

**T01 NEU** Vorschlag des Landesvorstandes für die Tagesordnung der 49. Landesversammlung in Leipzig

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.08.2018

Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia

1 **Freitag, 31.08.2018, 18:00 Uhr**

2 Begrüßung

3 TOP 1 Formalia

4 TOP 2 Politische Reden und Berichte

5 TOP 3 Sachsen in Europa

- 6 • Leitantrag "Sachsen in Europa - eine Modellregion für Innoation und  
7 europäische Integration"

8 TOP 4 Votum für die Europaliste

9 **Samstag, 01.09.2018, 10:00 Uhr**

10 Begrüßung

11 TOP 5 Politische Reden und Berichte

12 TOP 6 Kommunalwahl 2019

- 13 • Leitantrag "Wir gestalten! Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt!"
- 14 • Antrag „Die Stadt von morgen ist grün. Neue Wege für lebenswerte  
15 Metropolen“
- 16 • Antrag "Bedarfsorientierten Finanzausgleich für sächsische Kommunen und  
17 Landkreise auf den Weg bringen - Eigenverantwortung anerkennen und  
18 stärken"

19 TOP 7 Freiheit und Sicherheit

- 20 • Antrag "Sicherheit gibt es nur in Freiheit - NEIN zu massenhafter  
21 Überwachung - NEIN zum neuen Polizeigesetz!"

22 TOP 8 Landtagswahl 2019

- 23 • Antrag "Die Macht der CDU brechen - ein anderes Sachsen braucht BÜNDNIS  
24 90/DIE GRÜNEN"

25 TOP 9 Wahl der Delegierten für den Bundesfrauenrat

26 TOP 10 Wahl der Delegierten für den Länderrat

27 TOP 11 Wahl der Mitglieder der Rechnungsmission

28 TOP 12 Wahl der Mitglieder des Landesschiedsgerichts

29 TOP 13 Wahl der Delegierten zum Kongress der EGP

30 TOP 14 Verschiedenes

## **S1NEU** Sachsen in Europa – eine Modellregion für Innovation und europäische Integration

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Sachsen in Europa

1 Vor 28 Jahren haben die Menschen in Sachsen ein neues, europäisches Kapitel  
2 aufgeschlagen. Der Freistaat wurde im Zuge der deutschen Wiedervereinigung Teil  
3 der Europäischen Gemeinschaften und späteren Europäischen Union. Seither  
4 profitieren wir in besonderem Maße von der europäischen Solidarität. Mit  
5 Strukturfonds und anderen Fördermitteln der Europäischen Union konnte viel in  
6 Sachsen aufgebaut und entwickelt werden. In Mittel- und Osteuropa ist dieser  
7 frühe Beitritt ein Privileg, das wir GRÜNE zu schätzen wissen.

8  
9 Seit 2004 sind auch unsere direkten Nachbarländer Polen und Tschechien  
10 Mitglieder der EU. Die Menschen in allen drei Ländern der Region haben seit dem  
11 historischen Wegfall der Grenzkontrollen 2007 die Möglichkeit, ohne Schlagbäume  
12 und mit der Sicherheit einheitlicher EU-Regeln grenzüberschreitend zu leben. Im  
13 Nachbarland zu arbeiten, zu lernen oder einzukaufen ist für viele Menschen  
14 Alltag geworden. Die Freiheit aller Unionsbürger\*innen in einem Europa der  
15 offenen Grenzen leben zu können, ist das Fundament für eine Zukunft in Frieden.  
16 Gerade nach den für unsere Region und Nachbarländer so schmerzhaften Erfahrungen  
17 des letzten Jahrhunderts, in durch Nationalismus und Rassismus entfachten  
18 Kriegen mit Millionen Toten, brutalen Verbrechen und Vertreibungen möchten wir  
19 eine Zukunft des europäischen Zusammenhalts gestalten.

20  
21 Viele Menschen in Sachsen verbinden den europäischen Integrationsprozess heute  
22 mit negativen Auswirkungen der Globalisierung, wie dem starken wirtschaftlichen  
23 Wettbewerb in einer immer komplexeren und digital vernetzten Welt. Anstatt  
24 Antworten auf die grenzüberschreitenden Herausforderungen unserer Zeit zu geben,  
25 haben die Staatsregierungen in Sachsen unter Führung der sächsischen CDU  
26 insbesondere mit falscher Sparpolitik viele Probleme verschärft. Bis heute  
27 versucht die CDU, den Menschen mit einem selbstgefälligen Sachsenpatriotismus  
28 eine heile Welt vorzugaukeln, mit dem man vor den globalen Herausforderungen  
29 vermeintlich die Augen verschließen kann. Mit ihrem Rückzug ins Nationale treibt  
30 die CDU in Sachsen viele Menschen in die Hände von Populist\*innen, Rassist\*innen  
31 und Nationalist\*innen, die "ihr heiles Sachsen" vor der vermeintlich bösen Welt  
32 abschotten wollen.

33  
34 Wir GRÜNE setzen auf einen offensiven pro-europäischen Weg. Wir lehnen nationale  
35 Abschottung, in der Grenzkontrollen und sogenannte Auffangzentren als  
36 vermeintliche Sicherheitsstrategie verkauft werden, ab. Wir stellen uns gegen  
37 unsachliche Europakritik, bekennen uns zur Europäischen Union und wollen  
38 Reformen anstoßen, um diese demokratischer, transparenter und sozial gerechter  
39 zu machen. Anstatt Brüssel für bestehende Probleme verantwortlich zu machen,  
40 setzen wir uns dafür ein, grenzüberschreitende Lösungen gemeinsam mit den  
41 bestehenden europäischen Institutionen zu entwickeln.

42  
43 Unsere Region soll im europäischen Integrationsprozess eine Schlüsselrolle  
44 einnehmen. Mit weltoffenem, solidarischem und europäisch orientiertem

45 politischen Handeln vor Ort soll Sachsen eine europäische Modellregion werden.

46

47 ***Grenzübergreifende Zusammenarbeit für mehr Innovation, Umwelt- und Klimaschutz***

48

49 Sachsen und seine direkten Nachbarregionen in Nordböhmen und Niederschlesien  
50 sind noch immer stark geprägt vom Braunkohleabbau. Dieser zerstört die  
51 Naturlandschaft und verschärft die Klimakatastrophe. Kein Staat allein kann den  
52 Klimawandel aufhalten. Das darf aber auch nicht als Ausrede dafür herhalten,  
53 dass wir in Polen, Sachsen und Tschechien unsere Politik nicht ändern.

54

55 Wir GRÜNE in Sachsen wollen klimafreundliche Perspektiven für die Region  
56 entwickeln und Teil einer ambitionierten europäischen Klimaschutzpolitik sein,  
57 die die Ziele des Pariser Klimaabkommens wirklich erreichen kann.

58

59 Dazu muss die Staatsregierung sofort mit dem Einstieg in den Kohleausstieg  
60 beginnen und notwendige Strukturveränderungen vornehmen. Neben all den  
61 Strukturwandelförderinstrumenten, die derzeit im Rahmen der "Kohlekommission"  
62 diskutiert und in konkreten Programmen abgebildet werden, sollte sie die  
63 Möglichkeiten des Clean Energy Package der EU nutzen. In Sachsen ist mit der  
64 Strombörse in Leipzig bereits Infrastruktur vorhanden. Die Staatsregierung muss  
65 die Chancen der Digitalisierung dazu nutzen, das Energiesystem so umzubauen,  
66 dass viele kleine Stromerzeuger und innovative Unternehmen die Chancen eines  
67 dezentralen und grenzüberschreitenden Energiemarktes nutzen können und den  
68 aktiven Verbraucher\*innen mehr Teilhabe ermöglicht wird. Wenn Sachsen endlich  
69 seine längst nur noch politisch vorgeschobene Abhängigkeit von der  
70 Kohleverstromung auflöst, entstehen neue Chancen für eine ökologische  
71 Infrastruktur, für deren Unterstützung auch auf Mittel aus dem perspektivisch  
72 vorgesehenen Investitionshaushalt in der Eurozone zurückgegriffen werden kann.  
73 In Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn kann der Freistaat dazu beitragen, dem  
74 strukturschwachen Grenzraum mit Kohleabbaugebieten neue Perspektiven mit grüner  
75 Energie und grünem Wirtschaften zu ermöglichen.

76

77 Wir wollen eine EU, die eine weltweite Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt –  
78 gerade in einer Zeit eines US-Präsidenten, der den Klimawandel leugnet. Deshalb  
79 muss sich Sachsen dafür stark machen, dass die Bundesrepublik die ausgestreckte  
80 Hand europäischer Partner zur Einführung einer wirksamen CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf  
81 europäischer Ebene endlich ergreift. Zusammen mit einer entschlossenen  
82 Fortführung der Reformen im europäischen Emissionshandel ist dies das wichtigste  
83 Instrument für rasche Fortschritte beim Umsteuern in der Energieversorgung und  
84 bei der Treibhausgasreduktion in allen Sektoren. Zudem muss die EU zukünftig für  
85 eine Vielzahl von Klimaschutz-Sofortmaßnahmen mehr Mittel zur Verfügung stellen  
86 , um das im Pariser Abkommen festgelegte 2- bzw. 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Das  
87 Ziel des Pariser Klimaabkommens. steht für uns unverrückbar, denn mit den  
88 Naturgesetzen kann niemand verhandeln. Die bisherigen Selbstverpflichtungen der  
89 EU passen noch nicht zu diesem Ziel. Wir treten dafür ein, dass sie konsequent  
90 verschärft werden, um dann in nationale Reduktionsziele übersetzt zu werden, die  
91 wiederum in verbindliche Zielvorgaben auch auf Ebene der Bundesländer münden  
92 müssen.

93

94 Grenzübergreifende Investitionen Sachsens in Innovation und Forschung im Bereich  
95 grüner Energie, zusammen mit einer ökologischen Sanierung der Abbaugelände,  
96 können unserer Region neue Perspektiven eröffnen. Wenn die EU Vorreiterin im

97 Klimaschutz sein will, muss auch bei unseren Nachbarn der Kohleausstieg  
98 beginnen. Die gerade in Sachsen im Zuge der Sanierung des DDR-Altbergbaus  
99 gewachsenen, zum Teil weltweit einzigartigen Erfahrungen mit der Bewältigung von  
100 Bergbaufolgen des Braunkohletagebaus und mit Ansätzen zur Wiedernutzbarmachung  
101 sollen in die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit den Kohleregionen in Polen  
102 und Tschechien eingebracht werden.

103  
104 Für uns GRÜNE in Sachsen ist weiterhin auch der europa- und weltweite  
105 Atomausstieg wichtig. So möchten wir im Euratom-Vertrag die Privilegien der  
106 Atomkraft streichen. Uns liegt am Herzen, dass auch unser Nachbar Tschechien aus  
107 der Atomkraft aussteigt. Denn ein Störfall in einem tschechischen Atomkraftwerk  
108 hätte fatale Auswirkungen auf unsere gesamte Region.

109  
110 Lebendige Städtepartnerschaften führen dazu, neue Lebensgewohnheiten  
111 kennenzulernen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu identifizieren und  
112 letztendlich Vorurteile abzubauen. Die Förderung internationaler Kontakte  
113 zwischen den Bürger\*innen, Schulen, Unternehmen sowie Vereinen der Partnerstädte  
114 trägt damit auch zum Zusammenhalt Europas bei. Ob in Verwaltung, Wirtschaft,  
115 Kunst, Kultur, Wissenschaft, Jugend und Bildung – in vielen Bereichen können  
116 sächsische Kommunen von ihren Partnerstädten lernen und selbst wertvolle  
117 Erfahrungen weitergeben. Nicht zuletzt profitieren sächsische Kommunen auch vom  
118 Erfahrungsaustausch über die Umsetzung europäischen Rechts, z. B. bei der  
119 Einhaltung der EU-Feinstaubgrenzwerte und dem mit der drängenden Frage  
120 nachhaltiger Verkehrskonzepte verknüpften Recht auf saubere Luft. Um  
121 Städtepartnerschaften auch in Zukunft lebendig weiterzuführen und dort mit neuem  
122 Leben zu füllen, wo sie zuletzt ruhten, müssen die sächsischen Kommunen  
123 angemessen personelle Kapazitäten und finanzielle Mittel zur Kontaktpflege  
124 bereitstellen.

### 125 126 ***EU-Kohäsionsmittel – aus weniger künftig mehr machen***

127  
128 Für die kommende Förderperiode ab 2021 ist bereits absehbar, dass Sachsen  
129 infolge des Brexit und der inzwischen verbesserten wirtschaftlichen Lage  
130 Anspruch auf weniger Fördermittel als bisher haben wird. Sachsen hat in den  
131 letzten Jahren große finanzielle Solidarität durch die EU-Mitgliedstaaten  
132 erfahren und befindet sich mit dem frühen EU-Beitritt Ostdeutschlands in einer  
133 privilegierten Sonderrolle. Daher verstehen wir, dass EU-Fördermittel künftig  
134 verstärkt in Regionen fließen, die mit stärkeren Strukturproblemen zu kämpfen  
135 haben. Wir GRÜNE in Sachsen schreien daher nicht einfach nach mehr Geld aus  
136 Europa. Wir wollen die künftig zur Verfügung stehenden Gelder gezielter in  
137 Projekte europäischen Mehrwertes einsetzen, damit unsere Region  
138 grenzübergreifend profitiert.

139  
140 Wir wollen erreichen, dass die EU-Fördermittel so einfach wie möglich unter  
141 Einbeziehung der betroffenen Bürger\*innen vor Ort eingesetzt werden. Dazu setzen  
142 wir uns für die Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten in der  
143 Fördermittelvergabe ein. Etwa durch die Ausweitung von Vor-Ort-Entscheider\*innen  
144 , wie es in der laufenden Förderperiode mit lokalen Arbeitsgruppen der Fall ist.

145  
146 Wir fordern einen grenzübergreifenden Transformationsdialog zwischen Polen,  
147 Sachsen und Tschechien im Bereich Mobilität. Dieser soll sich nicht nur um die  
148 notwendigen Transformationen in der Autoproduktion drehen, sondern auch den

149 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und Investitionen in den  
150 transnationalen Güter- und Personenfernverkehr in den Fokus nehmen. Auch die  
151 Förderung des grenzüberschreitenden Radverkehrs darf hierbei nicht vergessen  
152 werden.

153  
154 Wir lehnen einen Ausbau der Elbe für die Binnenschifffahrt und den geplanten Bau  
155 einer weiteren Staustufe in Tschechien ab. Durch die Staustufe wären die  
156 Lebensräume geschützter Tiere und Pflanzen bedroht. Der Elbe fehlt durch den  
157 Klimawandel zunehmend das Wasser, eine Staustufe wäre daher eine teure  
158 Fehlinvestition.

### 159 ***Solidarische Nachbarn in einem sozialen Europa***

160  
161 Die europäische Säule sozialer Rechte soll keine Ankündigung bleiben. Jetzt  
162 müssen Taten folgen! - gegen den Widerstand der europäischen Konservativen, der  
163 auch aus der sächsischen CDU kommt. Die Schwäche der sozialen Dimension in der  
164 EU hat sich in den vergangenen Jahren auch in unserer Region offenbart. Ein  
165 Problem stellt das Lohndumping im Binnenmarkt dar. Dabei haben Unternehmen die  
166 Dienstleistungsfreiheit genutzt, die Arbeitnehmer\*innen konnten aber nicht vom  
167 örtlichen Tariflohn im Zielstaat profitieren. Mit der neuen EU-  
168 Entsenderichtlinie wird hier ein wichtiger Zwischenschritt hin zu weniger Lohn-  
169 und Sozialdumping vollzogen.

170  
171 Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer\*innen muss auch sozial abgesichert sein. Die  
172 Stärkung des sozialen Europas ist eine Schlüsselaufgabe für den künftigen  
173 Zusammenhalt der Europäischen Union. Wir wollen eine stärkere Koordinierung  
174 sowie Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarkts.  
175 Ein europäischer Mindestlohn, eine europäische Arbeitslosenversicherung und eine  
176 europäische Altersabsicherung müssen mit den wirtschaftlichen Freiheiten Schritt  
177 halten.

178  
179 Wir GRÜNE stehen zu einer demokratischeren und solidarischen Eurozone und laden  
180 unsere Nachbarn Polen und Tschechien dazu ein, dem Euro beizutreten. Für uns  
181 muss der Euro durch Solidität und Solidarität krisenfest werden. Dazu soll die  
182 Bankenunion vollendet und der bisherige Europäische Rettungsmechanismus  
183 demokratisiert und in einen Europäischen Währungsfonds, der durch das  
184 Europäische Parlament kontrolliert wird, überführt werden.

### 185 186 ***Sachsens Beitrag zu mehr Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union***

187  
188 Ein Europa mit aktiven Bürger\*innen können wir nur erreichen, wenn Menschen über  
189 die Grenzen hinweg immer wieder in Kontakt kommen. Daher wollen wir EU-  
190 Fördermittel, wie INTERREG viel stärker dazu nutzen, die grenzübergreifende  
191 Zusammenarbeit der Hochschulen, ausbildender Betriebe und auf dem aktiven  
192 Arbeitsmarkt zu fördern.

193  
194 Sprachbarrieren müssen aktiver abgebaut und insbesondere in den Euroregionen  
195 mehr nachbarsprachlicher Unterricht vom Kindergarten an gefördert werden. Im  
196 Bereich der Wissenschaft können ähnliche geschichtliche, gesellschaftliche und  
197 wirtschaftliche Ausgangslagen und Herausforderungen gemeinsam erforscht und  
198 Gesamtansätze für Problemlösungen erarbeitet werden. Auch die Idee einer  
199 gemeinsamen Europäischen Hochschule in unserer Region ist für uns GRÜNE ein  
200 Ziel.

201  
202 Perspektivisch wollen wir GRÜNE mit verstärkter Integration erreichen, dass eine  
203 europäische politische Öffentlichkeit entsteht, die zu mehr Transparenz und  
204 Demokratie in Europa führt. Wir wollen mehr gemeinsamen Dialog über europäische  
205 Themen. Wir GRÜNE sind bereit, mit einer transnationalen Liste bei kommenden  
206 Europawahlen anzutreten. Leider gab es hierfür noch keine Mehrheit im jetzigen  
207 Europaparlament. Wir, die sächsischen GRÜNEN, begrüßen die Entscheidung der  
208 European Green Party, europaweit mit zwei grünen Spitzenkandidierenden  
209 anzutreten.

210  
211 Bei der kommenden Europawahl haben alle EU-Bürger\*innen, die in Sachsen leben,  
212 die Möglichkeit, hier an der Europawahl teilzunehmen. Wir wollen für sie unter  
213 gleichen Bedingungen, wie für deutsche Staatsangehörige ein Landtagswahlrecht  
214 einführen. Dazu soll sich Sachsen den Initiativen zur Öffnung des Grundgesetzes  
215 anschließen. Perspektivisch sollte die Unionsbürgerschaft zu einer europäischen  
216 Staatsbürgerschaft fortentwickelt werden, so dass Unionsbürger\*innen in den  
217 Mitgliedstaaten, in denen sie leben, grundsätzlich die vollen bürgerlichen  
218 Rechte genießen.

219  
220 Sachsen soll alle bereits bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen, die EU  
221 bürgernah mitzugestalten. Vertreter\*innen, die Sachsens Staatsregierung bislang  
222 als Mitglieder im Rahmen des deutschen Kontingents für den Europäischen  
223 Ausschuss der Regionen hat bestimmen lassen, sollen künftig durch den Landtag  
224 gewählt und damit auf regionaler Ebene stärker demokratisch legitimiert werden.

225  
226 Die europapolitische Bildung in Sachsen muss deutlich gestärkt werden. Eine  
227 bürgernahe EU, in der die Menschen Lust haben, sich einzumischen und  
228 mitzubestimmen, kann nur gelingen, wenn die Bürger\*innen ihre europäischen  
229 Rechte und die Alltagsvorteile eines geeinten Europas kennen. Wir wollen daher,  
230 dass der Freistaat mit potenziellen Projektträgern ein Gesamtkonzept für die  
231 europapolitische Bildung im Land entwickelt. Die Förderbedingungen für  
232 europapolitische Bildungsprojekte freier Träger wollen wir verbessern und damit  
233 eine flächendeckende Europa-Informationsarbeit ermöglichen.

234  
235 Wir wollen das Subsidiaritätsprinzip parlamentarisch stärken. Mit dem Prinzip  
236 wird sichergestellt, dass die EU nur gesetzgeberisch tätig wird, wenn die Ziele  
237 einer Maßnahme besser auf EU-Ebene verwirklicht werden können. Das Europäische  
238 Parlament sollte Anhörungen zu erfolgreichen Subsidiaritätsrügen der  
239 Mitgliedstaaten durchführen und die Frage nicht mehr exekutiv durch die  
240 Kommission beschieden werden. Bei Rügen gegen das Subsidiaritätsprinzip über den  
241 Bundesrat halten wir GRÜNE uns an die rechtlichen Anforderungen des Instruments.  
242 Eine politische Vereinnahmung des Subsidiaritätsmechanismus, wie sie von CDU,  
243 LINKE und SPD in Sachsen betrieben wird, lehnen wir ab.

244  
245 ***Global und vor Ort Verantwortung tragen - fairen Handel und Daseinsvorsorge***  
246 ***stärken***

247  
248 Für uns GRÜNE in Sachsen ist klar, dass die EU mit dem neuen Mehrjährigen  
249 Finanzrahmen die Weichen im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele, den  
250 Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen, zu stellen hat. Zu diesen  
251 haben sich im September 2015 die Mitgliedstaaten verpflichtet. Mit ihnen sollen  
252 weltweit die Würde der Menschen gestärkt, Armut und Hunger überwunden, der

253 Planet geschützt, die Globalisierung gerecht gestaltet, Frieden gefördert und  
254 globale Partnerschaften aufgebaut werden. Wenn alle Staaten und die EU sich an  
255 den nachhaltigen Entwicklungszielen orientieren, profitieren davon nicht nur  
256 alle Menschen in Europa, sondern in der ganzen Welt.

257  
258 Wir GRÜNE in Sachsen setzen daher auch auf einen gerechten Multilateralismus,  
259 der dem Weltmarkt offen und transparent Regeln gibt. Wir brauchen eine faire  
260 Handelspolitik. Die Welthandelsorganisation muss so reformiert werden, dass  
261 ökologische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte eine wichtige  
262 Rolle im Welthandel spielen. Die abgeschlossenen Freihandelsabkommen der EU mit  
263 Ländern in Afrika und die bisherige EU-Agrarpolitik sind für Menschen vor Ort  
264 Teil der Fluchtursachen. Sie entziehen Vielen die Lebensgrundlage. Bestandteil  
265 der künftigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit muss daher die Evaluierung  
266 und Neuverhandlung von Freihandelsabkommen sowie eine entsprechende  
267 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik sein.

268  
269 Auch aus den Fehlern bei den Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA muss die  
270 EU lernen, indem sie Parlamente und Öffentlichkeit bei Verhandlungen zu  
271 Handelsverträgen zukünftig besser einbindet. Privilegien für Großkonzerne müssen  
272 dabei verhindert werden.

273  
274 Im Bereich der Daseinsvorsorge muss die EU dafür sorgen, dass jedem Bürger und  
275 jeder Bürgerin eine Grundsicherung zur menschenwürdigen Existenz gewährt wird,  
276 die frei von Wettbewerbsdruck des Welthandels ist. Für uns ist klar, dass  
277 beispielsweise sauberes Wasser niemals zu einer reinen Handelsware verkommen  
278 darf, bei der Zugang und Qualität von Konzerninteressen abhängig sind. Wir  
279 brauchen starke handlungsfähige Kommunen in Sachsen, die mit ihren Bürger\*innen  
280 selbstbestimmt über ihre kommunale Daseinsvorsorge entscheiden. Die EU hat dazu  
281 bereits Richtlinien, die die Gesundheit der Bürger\*innen schützen, wie etwa die  
282 Wasserrahmen- oder die Feinstaubrichtlinie.

### 283 284 **Fluchtursachen bekämpfen und Migration ermöglichen**

285  
286 Wir in Europa und in Sachsen tragen durch unseren Lebensstil zur Zerstörung der  
287 Lebensgrundlage vieler Menschen bei. Der von uns mitverursachte Klimawandel wird  
288 in Zukunft mehr Menschen zur Flucht zwingen. Wir GRÜNE wollen, dass Europa  
289 endlich Verantwortung übernimmt und Fluchtursachen bekämpft - insbesondere jene,  
290 die wir als Europäerinnen und Europäer mitverantworten.

291  
292 Auch deshalb dürfen wir die Verantwortung nicht an nordafrikanische Staaten  
293 abwälzen. Wir lehnen so genannte "Hotspots" in Nordafrika ab. Flüchtende sind  
294 dort von Menschenhandel, Folter und Vergewaltigung bedroht. Sie sollen die  
295 Chance erhalten, in Europa Asyl zu beantragen. Dazu bedarf es sicherer Wege in  
296 die EU. Die Seenotrettung durch Nichtregierungsorganisationen darf nicht länger  
297 verhindert, sondern soll durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten unterstützt und  
298 mit durchgeführt werden. Das Massensterben im Mittelmeer muss enden.

299  
300 Solidarität ist gerade bei der Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten nötiger  
301 denn je. Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union weigern sich, Geflüchtete  
302 aufzunehmen. Die Mittelmeerstaaten werden regelrecht allein gelassen. Wir  
303 fordern ein europäisches System zur Aufnahme von Geflüchteten. Dabei sollen die  
304 Größe und die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten berücksichtigt

305 werden.

306

307 Wir möchten die Kommunen in Sachsen dabei stärken, allen Einwohnerinnen und  
308 Einwohnern, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, gleichen Zugang zu Bildung,  
309 medizinischer Versorgung, öffentlichen Einrichtungen und weiteren Bereichen  
310 gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Der Freistaat Sachsen und die  
311 sächsischen Kommunen sollen dazu auch auf Mittel aus dem Asyl- und  
312 Migrationsfonds der EU, der auch in der kommenden Förderperiode fortgeführt  
313 werden soll, zurückgreifen.

314

315

### 316 ***Europäisches Handeln statt europafeindliche Scheinlösungen***

317

318 Der kulturelle Bruch der sächsischen CDU mit der Bundes-CDU ist eine Gefahr für  
319 ein weltoffenes und europäisches Sachsen. Die sächsische CDU näherte sich in den  
320 letzten Jahren sowohl europapolitischen, als auch grundrechtsmissachtenden  
321 Positionen rechtspopulistischer und rechtsradikaler Parteien, wie Fidesz in  
322 Ungarn, der PiS in Polen oder der ANO in Tschechien, an. Dies sehen wir mit  
323 großer Sorge. Wer nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit nutzen, ansonsten aber  
324 von gegenseitiger Solidarität und Integration wenig wissen und vermeintlich  
325 „homogene Gesellschaften“ erhalten will, handelt gegen unsere europäischen  
326 Grundwerte.

327

328 Statt, wie die Staatsregierung, rechtspopulistische Kräfte in Sachsen zu  
329 hofieren und europafeindliche Haltungen gesellschaftsfähig zu machen, müssen  
330 Grundrechtsverstöße und Angriffe auf die Demokratien in Mittel- und Osteuropa  
331 auf Regierungsebene im partnerschaftlichen Austausch offen kritisiert werden.  
332 Die von der sächsischen Staatsregierung gern betonten freundschaftlichen  
333 Kontakte zu rechtspopulistischen und nationalistischen Regierungen in  
334 Ostmitteleuropa sind ein Schlag gegen pro-europäische Stimmen in den Visegrád-  
335 Ländern, die ein Ende des europäischen Freiheitsgedankens und der europäischen  
336 Solidarität fürchten.

337

338 Wir setzen dagegen auf die europäische Integration und freuen uns, wenn sich  
339 Menschen unterschiedlicher Kulturen kennenlernen und ihr Zusammenleben gemeinsam  
340 im Rahmen der Möglichkeiten, die die EU bietet, rechtsstaatlich organisieren.  
341 Wir wollen die Grenzen in der Realität und in den Köpfen der Menschen  
342 überwinden, ohne die kulturelle Vielfalt zu mindern. Eine offene europäische  
343 Gesellschaft darf sich nicht von der Welt abschotten und muss solidarisch mit  
344 Menschen außerhalb Europas sein, wenn diese aus vielfältigen Gründen aus ihrer  
345 Heimat fliehen. Menschen aus allen Teilen der Welt, die gezwungen waren, ihre  
346 Heimat zu verlassen und ein Recht haben, in Europa zu leben, heißen wir in  
347 unserer Region in Mitteleuropa ausdrücklich willkommen!

348

349 Wir, die sächsischen GRÜNEN, leben gern in unserer Region. Wir möchten nicht  
350 länger dabei zusehen, dass sich Sachsen mit seiner Staatsregierung und  
351 selbstgefälligen Identitätspolitik von Europa und der Welt abschottet und  
352 Populist\*innen hofiert. Wir möchten mit unseren europäischen Nachbarn, den  
353 demokratischen rechtsstaatlichen Kräften und der Zivilgesellschaft die Region zu  
354 einer Modellregion für Innovation und europäische Integration umgestalten!

355

356 Dazu braucht es starke GRÜNE in einem starken Europa. Daher wollen wir auf allen



357 politischen Ebenen 2019 dafür kämpfen, dass die im Mai stattfindende Europawahl  
358 ein Erfolg für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen und GRÜNE in ganz Europa wird.  
359 Außerdem ist unser Ziel, dass es im neuen Europaparlament und künftigen  
360 Sächsischen Landtag eine pro-europäische und sozial-ökologische Mehrheit geben  
361 wird!

## **K01NEU** Wir gestalten! Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

### 1 **Starke Kommunen brauchen starke GRÜNE**

2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind angetreten den sozial-ökologischen Wandel zu  
3 gestalten. Wir möchten die Stärken der unterschiedlichen Regionen fördern und  
4 den Klimaschutz als Chance für eine nachhaltige Regionalentwicklung, die vor  
5 allem den Menschen nützt, sehen. Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und eine  
6 nachhaltige Politik vor Ort sind für uns maßgebend, um unsere Kommunen  
7 zukunftsfähig zu machen. Mit unseren Bürgermeister\*innen in Dresden, Leipzig und  
8 Chemnitz setzen wir dies bereits um. Aber auch darüber hinaus gestalten unsere  
9 kommunalen Mandatsträger\*innen in den Regionen das Lebensumfeld vieler Menschen.

10 GRÜNE Politik heißt auch, die Vielfalt an Pflanzen und Tieren, vielfältige  
11 Landschaft, unversiegelte Böden, sauberes Wasser und gesunde Luft für zukünftige  
12 Generation zu erhalten und nicht rücksichtslos zu verbrauchen. Unter sozialer  
13 Gerechtigkeit verstehen wir, dass jeder Mensch sein Recht auf gesellschaftliche  
14 Teilhabe verwirklichen kann. Niemand darf benachteiligt und ins  
15 gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. Wir wollen eine Kommune für ALLE und  
16 stehen für eine moderne, offensive und konsequente Gleichstellungspolitik, die  
17 wir als Querschnittsaufgabe, aber auch als eigenständigen politischen Bereich,  
18 in allen Politikfeldern ansehen.

19 Am 26. Mai 2019 finden in Sachsen die Kommunalwahlen statt. Wir GRÜNE stehen für  
20 Klima- und Naturschutz, die Energiewende, gute Bildung von Anfang an und starken  
21 sozialen Zusammenhalt in unseren Kommunen. Wir wollen eine nachhaltige  
22 Finanzpolitik zum Wohle kommender Generationen, regionale Wertschöpfung und eine  
23 moderne Verkehrspolitik, die Regionen anbindet und Großstädte umweltfreundlich  
24 in Bewegung hält.

25 Kommunalpolitik ist aber auch immer von landespolitischen Vorgaben abhängig.  
26 GRÜNE Politik vor Ort denken wir immer im größeren Zusammenhang und wollen daher  
27 auch die Voraussetzungen auf Landesebene schaffen, um unsere sächsischen  
28 Kommunen und Landkreise erfolgreich zu gestalten und ihnen dafür das  
29 Handwerkszeug bereit stellen.

### 30 **Die Menschen vor dem Klimawandel schützen**

#### 31 **Klimaschutz und Energiewende vor Ort umsetzen**

32 Der Klimawandel betrifft uns in Sachsen massiv. Ob Starkregenereignisse und  
33 Überflutungen oder überhitze Städte. Die Menschen in Sachsen leiden schon heute  
34 unter den Folgen und diese werden in Zukunft weiter zunehmen. Wir GRÜNEN sind  
35 die Vorreiter\*innen für aktiven Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik.  
36 Sachsen verschläft derzeit den Ausbau der Erneuerbaren Energien und setzt immer  
37 noch auf die klimaschädliche Kohle. Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe,  
38 die vor Ort umgesetzt werden muss. Wir wollen in den Kommunen Sachsens lokale  
39 Klimaschutzkonzepte entwickeln.

40 Die Kommunen müssen bei der Planung zur Produktion Erneuerbarer Energien  
41 maßgeblich einbezogen und es sollen ihnen die Investitionen dafür erleichtert  
42 werden. Denn die Kommunen sind ein entscheidender Motor bei der erfolgreichen  
43 Umsetzung einer dezentralen, bürgernahen Energiewende, wie wir GRÜNEN sie vor  
44 Ort machen. Wenn die Kommunen den Klimaschutz als zentrale Aufgabe wahrnehmen,  
45 bietet die Energiewende auch gerade im ländlichen Raum große Chancen,  
46 Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung in der Region zu steigern.

47 Ebenso wichtig wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist die  
48 Energieeinsparung. Eine bessere Wärmedämmung oder eine moderne Heizungsanlage  
49 wie auch der Einsatz von LED-Lampen rechnen sich - ökologisch und finanziell.  
50 Öffentliche Gebäude in Sachsen müssen energetisch auf den neusten Stand gebracht  
51 und an den Klimawandel angepasst werden. Investitionen in den Kommunen sind  
52 wichtig, denn sie schaffen Arbeitsplätze im Handwerk vor Ort und entlasten  
53 langfristig die kommunalen Kassen!

#### 54 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

##### 55 **1. Regionale Klimaschutzpläne und Klimaschutzkonzepte aufstellen**

56 Die Kommunen wissen selbst am besten, wie sie vor Ort erfolgreichen Klimaschutz  
57 betreiben können. Ob Investitionen in die Energiegewinnung oder  
58 Energieeinsparung sinnvoller sind, muss in ihrer Entscheidungshoheit bleiben.  
59 Grundlage von Klimaschutzplänen ist eine Erhebung aller Energiedaten, sowohl der  
60 Erzeugungs-, als auch der Verbrauchsdaten. Erst daraus kann eine erfolgreiche  
61 und breit getragene Strategie entwickelt werden. Daraus sollten lokal  
62 unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden, wie und wo das Klima am  
63 effektivsten geschützt werden kann.

##### 64 **2. Energieversorgung dezentral gestalten**

65 Die Energiewende stellt eine große Chance für die Kommunen dar. Wir unterstützen  
66 sie dabei, ihre Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen. Eine dezentrale  
67 Energieversorgung senkt die Strom- und Wärmekosten für Privathaushalte und  
68 Unternehmen vor Ort deutlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen daher auch die  
69 Neugründung von Stadt- und Gemeindewerken. Auch die weitere Gründung von  
70 Energie-Genossenschaften im Land ist uns ein besonderes Anliegen. Sie sind ein  
71 wichtiger Bestandteil, die nachhaltige Energiewende nicht nur den Großanbietern  
72 zu überlassen und bringen das Land und die Menschen voran.

##### 73 **3. Klimafreundlich bauen**

74 Die Nutzung regenerativer Energieträger soll bei allen Um- und Neubauten von  
75 Gebäuden in der Kommune zum Standard werden. Das Baurecht birgt hier erhebliche  
76 Potenziale zur langfristigen Umgestaltung der Städte und Gemeinden. Ein  
77 kommunales Dachkataster für Photovoltaik- und Solarwärme-Anlagen sowie  
78 Solarsatzungen fördern die Energieerzeugung aus der Sonne. Auch der Austausch  
79 der Heizanlagen auf Basis fossiler Brennstoffe durch regenerative Energieträger,  
80 gekoppelt mit Nahwärmenetzen, muss erheblich beschleunigt werden.

##### 81 **4. Klimatische Bedingungen in den Städten erhalten**

82 Ob Bäume, Grünfassaden oder begrünte Dächer, sie alle helfen, die Überhitzung  
83 der Städte in Grenzen zu halten, indem sie Sonnenlicht absorbieren und den  
84 Menschen Schatten spenden. Ebenso müssen bei der Ausweisung von Baugebieten  
85 Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen erhalten werden um die  
86 Luftqualität in den Städten erträglich zu halten.

87 **Eine intakte Umwelt für die Menschen erhalten**

88 **Umweltschutz und Naturschutz stärken**

89 Zur Lebensqualität in Sachsen gehört die nachhaltige Nutzung unserer  
90 Lebensgrundlagen. Die Erhaltung naturnaher Landschaften, der Artenschutz,  
91 naturgemäße Bewirtschaftung der Wälder, naturbelassene, unbelastete Gewässer,  
92 saubere Luft, gesunde Böden und die drastische Senkung des Flächenverbrauchs  
93 sind Garanten für die Lebensqualität vor Ort und somit für ein attraktives  
94 Wohnumfeld.

95 In der kommunalen Politik wird über die Flächennutzung entschieden:  
96 ressourcenschonendes Bauen, ökologische Baugebiete, Nutzung von Erneuerbaren  
97 Energien, Versickerung von Regenwasser, die Renaturierung der Bäche,  
98 Innenentwicklung vor Außenentwicklung.

99 Unsere Ziele sind Dorfkern-Erneuerungen statt tote Ortszentren. Denn diese sind  
100 sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Die Ausweisung der Gewerbe- und  
101 Baugebiete „auf der grünen Wiese“ in Konkurrenz zwischen Städten und Dörfern ist  
102 dagegen kontraproduktiv und kommt nicht nur den Kommunen, sondern auch der Natur  
103 teuer zu stehen. Dagegen schont Flächenrecycling durch Nachnutzung von  
104 Gewerbebrachen den Freiraum und macht unsere Orte lebenswerter.

105 Viele dieser umwelt- und naturschutzpolitischen Ziele lassen sich gerade auf der  
106 kommunalen Ebene sehr gut erreichen.

107 **Unsere Kernprojekte im Umwelt- und Naturschutz:**

108 **1. Tempo machen bei der Gewässerökologie und dem Hochwasserschutz**

109 Bäche und Flüsse sind wichtige, lebendige Bestandteile unserer Umwelt. Vielfach  
110 sind sie begradigt oder auf andere Weise nachteilig verändert. Wir wollen unsere  
111 Gewässer wieder zu lebenswerten Räumen mit einem artenreichen Spektrum an  
112 Pflanzen und Tieren entwickeln und gleichzeitig die Ziele der europäischen  
113 Wasserrahmenrichtlinie einhalten.

114 Hochwasser und Starkregen mit bisher ungeahntem Ausmaß können viele Menschen  
115 treffen. Hochwasserschutz ist Daseinsvorsorge und eine Gemeinschaftsaufgabe der  
116 Kommunen, des Landes und des Bundes. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den  
117 Flüssen und Bächen ausreichend Retentionsräume zur Verfügung zu stellen und dem  
118 technischen Hochwasserschutz vorzuziehen.

119 **2. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung kommunal halten**

120 Das Trinkwasser darf nicht privatisiert werden! Die Wasserversorgung und  
121 Abwasserbeseitigung sollen in kommunaler Hand bleiben. Der Schutz des  
122 Grundwassers, z. B. vor zu hohen Nitratstickstoff-Werten und Pestiziden, ist die  
123 Voraussetzung für die Versorgung unserer Bürger\*innen mit dem Lebensmittel  
124 Nummer 1 – dem Trinkwasser in bester Qualität. Zum Schutz unseres Grundwassers  
125 wollen wir einen verbindlichen Rahmen für die Kooperation der Wasserversorger  
126 und der Landwirtschaft setzen. Wir sehen ebenso die Abwasserbeseitigung als  
127 wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene. Es ist uns ein  
128 großes Anliegen, die Phosphor- und Stickstoffeinleitungen aus unseren  
129 Kläranlagen weiter zu senken und die Kosten für die Bürger\*innen dabei nicht zu  
130 erhöhen.

131 **3. Vorfahrt für Natur- und Umweltschutz auf öffentlichen Flächen**

132 Öffentliche Flächen bestimmen unser unmittelbares Lebensumfeld. Wir haben es in  
133 der Hand, ob hier Insekten, Vögel, Lurche, Reptilien oder Säugetiere ihren  
134 Lebensraum finden. Straßenbegleitgrün und kommunale Freiflächen bieten durch  
135 Einsaat von insektenfreundlichen Blümmischungen ideale Bedingungen, z. B. für  
136 Hummeln und Wild-Bienen. Bei der Pflege kommunaler Freiflächen haben Gifte  
137 nichts zu suchen. Pestizide wie Glyphosat gehören nicht auf unsere Äcker, was  
138 auf kommunalen Flächen verhindert werden kann.

#### 139 **4. Flächenverbrauch reduzieren**

140 Tag für Tag geht durch Versiegelung in Sachsen wertvoller Boden verloren. Dies  
141 auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen ist uns ein wichtiges Anliegen. Sämtliche  
142 Maßnahmen zur Nachnutzung von Brachen müssen ausgenutzt und vom Freistaat  
143 unterstützt werden. Naturschutzfachliche Ausgleichsflächen dienen dem Ausgleich  
144 von Eingriffen in die Natur. Für unsere kommunalen Naturschutzmaßnahmen brauchen  
145 wir deshalb die verlässliche Kenntnis aller Flächen in einem verbindlichen  
146 Kataster.

#### 147 **5. Baumschutz wieder in den Kommunen verankern**

148 Bäume erfüllen, wichtige und unverzichtbare Funktionen, so z. B. zur  
149 Verbesserung der Luftqualität, als Schattenspender und Biotope für eine Vielzahl  
150 von Tier- und Pflanzenarten. Sie wirken sich positiv auf das Mikroklima aus und  
151 sind orts- und stadtbildprägend. Wenn Fällungen unumgänglich sind, müssen die  
152 Bäume bilanziell ersetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen wieder  
153 Baumschutzsatzungen erlassen können, die diesen Namen verdienen und die  
154 Einschränkungen der Landesregierung zurückgenommen werden.

#### 155 **6. Ressourcenschonend wirtschaften**

156 Wir müssen auf allen Ebenen zu einem ressourcenschonenderen Wirtschaften  
157 zurückkehren und die Entstehung von Abfällen so weit wie möglich vermeiden.

158 Dabei bekommen Mehrwegsysteme in den Kommunen eine entscheidende Bedeutung:

159 alle nicht vermeidbaren Abfälle sind nach dem neuesten Stand der Technik zu  
160 verwerten. Wir unterstützen den Ansatz gut geführter Wertstoffhöfe als  
161 entsprechende Sammelstellen vor Ort und deren Ausbau.

#### 162 **Selbstbestimmte Mobilität bewegt Menschen**

##### 163 **Mobilität und Infrastruktur in Einklang mit Klima und Mensch gestalten**

164 Steigende Benzinpreise, die Verantwortung für den Klimaschutz und der  
165 demografische Wandel stellen die Verkehrspolitik vor große Herausforderungen. Es  
166 gilt, Mobilität sowohl in der Stadt, als auch im ländlichen Raum umweltgerecht  
167 und bezahlbar für alle Menschen zu organisieren. Die Integration der  
168 unterschiedlichen Verkehrsträger und die Reduzierung des motorisierten  
169 Individualverkehrs stehen dabei im Fokus unserer Bemühungen. Neben dem  
170 Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wollen wir intelligente  
171 Verkehrsdienstleistungen etablieren, wie z. B. Fahrradstationen,  
172 Anrufsammeltaxis, Carsharing sowie die Schaffung sogenannter "Shared Spaces", in  
173 denen alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig sind. Dort, wo es in den Kommunen  
174 entsprechende Ratsbeschlüsse zur Einführung von Tempo-30-Strecken auch auf  
175 innerörtlichen Landes- und Bundesstraßen gibt, um Lärm und Emissionen zu  
176 reduzieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, unterstützen wir dies. Die  
177 Nachfrage nach solchen Modellen ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen.

178 Der Erhalt des vorhandenen und oftmals maroden Landesstraßennetzes muss Vorrang  
179 vor Neubaumaßnahmen genießen. Neue Großprojekte im Straßenneubau sind ökonomisch  
180 und ökologisch unsinnig und werden auch vom Großteil der Bevölkerung nicht mehr  
181 mitgetragen. Wir fordern Investitionen in ein gut ausgebautes und bezahlbares  
182 öffentliches Verkehrsangebot. Ein wichtiges Anliegen ist zudem der Schutz vor  
183 Verkehrslärm. Wir verschließen uns daher nicht vollständig vor neuen  
184 Ortsumfahrungen, wenn kleinere Orte extrem stark von Durchgangsverkehr geplagt  
185 sind. In den letzten Jahrzehnten hat der zunehmende Kraftfahrzeug- und  
186 Flugverkehr zu einer kaum noch zu ertragenden Lärmbelastung für viele Menschen  
187 in Sachsen geführt.

188 Menschen können aber nicht nur durch ÖPNV, Radwege und Straßen miteinander in  
189 Verbindung gesetzt werden. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur gehört zu  
190 den wichtigen Zukunftsthemen unserer Kommunen. Gerade im ländlichen Raum sind  
191 schnelle Internetverbindungen ein harter Standortfaktor. Gesellschaftliche  
192 Teilhabe, Telearbeit und die Ansiedlung von Unternehmen kann somit in den  
193 Kommunen ermöglicht werden.

## 194 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen im Bereich Mobilität:**

### 195 **1. Mobilitäts-Angebote dem Bedarf anpassen**

196 Mobilität ist ein hohes Gut, auf das alle Bürger\*innen unabhängig von Wohnort  
197 und Alter ein Anrecht haben und bezahlbar sein muss. Hier darf sich das Land  
198 nicht aus der Verantwortung stehlen und die Kommunen allein lassen.

199 Bürger\*innen ohne eigenes Auto dürfen nicht von der Außenwelt abgehängt sein. Es  
200 müssen neue Bus- und Bahnhaltstellen geschaffen, statt geschlossen werden.  
201 Neue, flexible Systeme, wie z. B. Anrufsammeltaxis, Car-Sharing-Angebote und  
202 Bürgerbusse können ebenso dazu beitragen, die Versorgung - insbesondere im  
203 ländlichen Raum - zu verbessern. Barrierefreiheit muss in allen öffentlichen  
204 Verkehrsmitteln gegeben sein. Auch über eine intelligente Verkehrsvermeidung  
205 durch Hol- und Bring-Services zu Einkaufsmöglichkeiten sowie Behördengängen  
206 lässt sich Verkehr wirksam verringern.

### 207 **2. Mobilitäts- und Radwegekonzepte erstellen**

208 In einem Mobilitätskonzept werden die Teilbereiche Fußgänger- und Radverkehr  
209 sowie ÖPNV- und Kfz-Verkehr in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt.

210 Radwegekonzepte bieten die Chance der systematischen Erfassung des Bestandes,  
211 einer Gefahrstellen-Analyse und der Entwicklung eines lückenlosen Netzes.

### 212 **3. Lärmschutzpläne entwickeln**

213 Lärm stellt eine der größten gesundheitlichen Belastungen in den  
214 Industrieländern dar. Lärmschutz hat sich deshalb zu einer wichtigen Aufgabe der  
215 Kommunen entwickelt. Er muss daher als Querschnittsaufgabe betrachtet werden.  
216 Wir GRÜNEN wollen Lärmschutz daher nicht nur bei der Verkehrsplanung, sondern  
217 auch bei der Bauleitplanung und bei Baugenehmigungsverfahren einfordern und  
218 kommunal durchsetzen.

## 219 **Gesundes Essen für die Menschen**

### 220 **Lebensmittel regional erzeugen, fair gehandelte Produkte bevorzugen!**

221 Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft und die Vermarktung von Lebensmitteln  
222 aus der Region fördern und lehnen die Produktion von Lebensmitteln in

223 Agrarfabriken und vor allem durch Massentierhaltung ab. Das ist nicht nur  
224 ökologisch sinnvoll, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung ländlicher  
225 Räume durch regionale Wertschöpfung. Kurze Lieferwege, transparente  
226 Handelsstrukturen und maximale Frische sind für Verbraucher\*innen, Händler\*innen  
227 und unsere Umwelt gleichermaßen gut. Gerade vor dem Hintergrund der permanenten  
228 Lebensmittelskandale zeigen die Ansätze zur regionalen Vermarktung ihre  
229 herausragende Bedeutung. Hier wird aus der Region für die Region produziert und  
230 das mit hohen Qualitätsstandards. Das Konzept der regionalen Vermarktung zahlt  
231 sich für beide Seiten aus, denn die Nähe zu Erzeuger\*innen bringt den  
232 Verbraucher\*innen Sicherheit über die Herkunft und Qualität ihrer Lebensmittel.  
233 Gleichzeitig erhalten zum einen die Erzeuger\*innen faire Preise sowie mehr  
234 Stabilität und zum anderen ist die Unabhängigkeit und Zukunftsperspektive für  
235 Betriebe gesichert. Auch in den Städten wollen viele Menschen ihre Lebensmittel  
236 wieder selbst anbauen und beteiligen sich an Projekten wie der „Essbaren Stadt“.  
237 Die Nachfrage nach Bio-Produkten steigt seit Jahren kontinuierlich.

238 Ebenso wächst das Bewusstsein für die Bedeutung einer artgerechten Tierhaltung  
239 und für Produkte aus fairem Handel. Eine übergroße Mehrheit der  
240 Verbraucher\*innen lehnt zudem gentechnisch veränderte Lebensmittel ab.

241 Wir setzen uns für eine strukturelle Stärkung der Verbraucherberatung ein.  
242 Öffentliche Ausschreibungen für (Schul-)Mensen und Kantinen-Essen wollen wir so  
243 gestalten, dass gentechnikfreie, saisonale und regional erzeugte Lebensmittel  
244 vorrangig verwendet werden müssen. Alles, was nicht regional erzeugt werden  
245 kann, sollte aus fairem Handel stammen.

#### 246 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

##### 247 **1. Regionalvermarktungsinitiativen fördern**

248 Wir setzen uns für die Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten ein. Die  
249 kommunalen Verwaltungen können regionale Vermarktungsinitiativen durch die  
250 Bündelung und das Bereitstellen von Plattformen zur Darstellung (z.B. auf der  
251 Homepage der Kommune) und die Durchführung regionaler Märkte unterstützen. Bei  
252 der Beschaffung der Nahrungsmittel für interne und externe Veranstaltungen und  
253 Empfänger sollen regionale und fair gehandelte Produkte verwendet und beworben  
254 werden.

##### 255 **2. Ökologische und soziale Beschaffung als Standard einführen**

256 Das betrifft in den kommunalen Verwaltungen und Eigenbetrieben Produkte wie  
257 Arbeits- und Berufskleidung, Pflaster- und Natursteine, Büromöbel, Holz und  
258 Baumaterialien ebenso wie florale Dekorationsartikel, Papier- und  
259 Büromaterialien, Informations- und Kommunikationstechnologie, u.v.m.

##### 260 **3. Stadtgärten unterstützen**

261 In vielen Städten mangelt es an Grünflächen und der finanzielle und personelle  
262 Aufwand für die Pflege von Grünflächen nimmt ständig zu. Gleichzeitig möchten  
263 viele Menschen sich im Freien betätigen und ihre Lebensmittel wieder selbst  
264 erzeugen. Stadt- und Kleingärten sowie Urban Gardening-Projekte bieten hierfür  
265 eine Chance und müssen finanziell unterstützt werden. Glyphosate, Herbizide,  
266 Neonicotinoide und vieles andere mehr sollen weder auf kommunalen Flächen noch  
267 in Kleingärten verwendet werden.

##### 268 **4. Mehr Fair-Trade-Städte in Sachsen**

269 Fairer Handel ist ein wichtiges Instrument, um mehr Gerechtigkeit und  
270 Transparenz im internationalen Handel zu schaffen. Vor Ort bieten sich viele  
271 Gelegenheiten auf Fair-Trade-Produkte zu setzen, sei es im Rathaus, in  
272 öffentlichen Kantinen, Cafés, Sportvereinen oder im Lebensmittel-Einzelhandel.  
273 In Deutschland sind inzwischen mehr als 500 Städte Mitglied im Fair-Trade-Town-  
274 Netzwerk. Auch einige sächsische Städte wie Leipzig, Dresden, Freiberg und  
275 Markkleeberg sind schon Fair-Trade-Stadt und wir GRÜNEN wollen, dass diesen  
276 Titel noch mehr Kommunen erhalten.

## 277 **Bildung ist Menschenrecht**

### 278 **Gerechte Bildung und Chancengleichheit!**

279 Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Zukunft unserer  
280 Gesellschaft, deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität. Gute  
281 Bildung eröffnet Menschen in jedem Lebensalter eine Vielfalt von Möglichkeiten  
282 und Perspektiven. Wir GRÜNEN wollen allen Bürger\*innen den Zugang zu bester  
283 Bildung ermöglichen. Wir wollen Ganztagschulen ausbauen, damit die  
284 Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht vor der Schultür endet. Mehr Raum und  
285 Zeit für gemeinsames Lernen und Leben tut Kindern gut und fördert sie in ihrer  
286 Entwicklung. Dafür bedarf es aber auch der entsprechenden Räume. Hier darf sich  
287 das Land nicht aus der Verantwortung ziehen und muss die Kommunen beim  
288 Schulhaus- und Kindertagesstättenbau weiter unterstützen.

### 289 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

#### 290 **1. Auf den Anfang kommt es an**

291 Kita- und Hortplätze sollen besser finanziert werden, um den Betreuungsschlüssel  
292 senken zu können. Dadurch können Erzieher\*innen weniger Kinder betreuen und  
293 ihnen mehr Bildung ermöglichen.

294 Wir wissen, dass die ersten Jahre für die Entwicklung von Kindern entscheidend  
295 sind. Aus diesem Grund muss bereits in den Kindertagesstätten die Lust am Lernen  
296 und die Neugier der Kinder geweckt werden. Wir möchten Kindertagesstätten in die  
297 Lage versetzen, ihrem Bildungsauftrag besser gerecht werden zu können.  
298 Spielerisch sollen Kinder dort motorische, sprachliche und soziale Fähigkeiten  
299 erlernen.

#### 300 **2. Schulen zu Häusern des Lebens und Lernens machen**

301 Für die Qualität einer Schule ist eine gute Aufenthaltsqualität von Bedeutung.  
302 Wir brauchen Schulen, die Lust aufs Lernen machen! Neben einem angenehmen  
303 Raumklima sind hierfür eine ausreichende Anzahl an PC-, Aufenthalts- und  
304 Fachräumen sowie eine Mensa unverzichtbarer Bestandteil. Schulen können und  
305 sollen einen relevanten Beitrag zu Klimaschutz und Ressourcenschonung leisten,  
306 insbesondere da sich diese Investitionen langfristig auszahlen.

#### 307 **3. Breites Bildungsangebot vor Ort sichern**

308 Wir GRÜNEN fordern eine Schulentwicklungsplanung, die nahe am Wohnort alle  
309 schulischen Bildungsabschlüsse anbietet. Wohnortnahe Bildungseinrichtungen  
310 machen eine Gemeinde gerade für Familien attraktiv und schaffen Arbeitsplätze.  
311 Dabei setzen wir uns für den Erhalt auch kleiner Grundschulen, Schaffung neuer  
312 und Vergrößerung bestehender Berufsakademien als „Duale Hochschulen“ im  
313 ländlichen Raum, als auch Hochschulen und Volkshochschulen in Klein- und  
314 Mittelstädten ein.



315 **4. Hand in Hand arbeiten**

316 Schulen, Kitas und weitere Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen  
317 besser zusammenarbeiten. Durch eine gemeinsame kommunale Schulentwicklungs- und  
318 Jugendhilfeplanung soll die Kooperation und Vernetzung von Schulverwaltung und  
319 Jugendhilfe verbessert werden. Schulsozialarbeit verbessert die Chancen  
320 einzelner Schüler\*innen. Wir wollen sie daher an jeder Schule etablieren.

321 **5. Gesundes und leckeres Essen kostengünstig anbieten**

322 Eine gesunde Ernährung ist Voraussetzung für einen gelungenen Kita- und  
323 Schulalltag. Den Kindern soll eine hochwertige, gentechnikfreie, warme Mahlzeit  
324 aus möglichst regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln angeboten werden.  
325 Die Kosten für das Essen müssen in den Kommunen so gestaltet werden, dass  
326 niemand wegen seines finanziellen Status von dieser Verpflegung ausgeschlossen  
327 wird.

328 **6. Dem Analphabetentum den Kampf ansagen**

329 **6. Alphabetisierung stärken**

330 Der Anteil der Menschen, die weder lesen noch schreiben können oder sich damit  
331 sehr schwertun, ist erschreckend hoch. Dabei bedeutet dies oftmals einen  
332 Ausschluss vom öffentlichen Leben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass an allen  
333 Volkshochschulen niedrigschwellige Angebote geschaffen werden, damit jede Frau  
334 und jeder Mann eine Chance bekommt, mindestens Grundschulniveau zu erreichen.  
335 Dass dies auch viele Migrant\*innen einschließt, ist für uns eine  
336 Selbstverständlichkeit.

337 **Das Geld muss dem Menschen zu Gute kommen**

338 **Nachhaltige kommunale Finanzpolitik**

339 Solide Finanzen sind wichtig, um auch noch den nachfolgenden Generationen  
340 Möglichkeiten zu schaffen, die Zukunft zu gestalten ohne von Schuldenbergen  
341 erdrückt zu werden.

342 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

343 **1. Gerechter Kommunalen Finanzausgleich**

344 Städte, Gemeinden und Landkreise müssen gerecht und fair über den kommunalen  
345 Finanzausgleich bedarfsgerecht finanziert werden. Das Land Sachsen darf sich  
346 nicht weiterhin auf Kosten der Kommunen sanieren.

347 **2. Gender-Budgeting**

348 Geschlechtergerechtigkeit wollen wir herstellen, indem wir die Ausgaben im Sinne  
349 des Gender-Budgeting danach überprüfen, welchem Geschlecht sie vor allem zu Gute  
350 kommen.

351 **3. Transparenz und Bürgerbeteiligung**

352 Die wirtschaftlichen Beteiligungen unserer Kommunen wollen wir transparenter  
353 machen und die Beteiligung der Bürger\*innen bei der Erstellung des Haushalts  
354 über Bürgeranträge und -haushalte in kleinen Ortschaften flächendeckend  
355 ermöglichen.

356 **Alle Menschen sollen mitmachen können**

357 **Bürger\*innen-Beteiligung, Transparenz und Engagement stärken!**

358 Ohne engagierte Menschen, ohne Initiativen vor Ort und ohne ein demokratisches  
359 Miteinander wären unsere Kommunen nicht das, was sie sind: lebendig und  
360 lebenswert. Wir GRÜNEN sind selbst aus Bürger\*innen-Initiativen entstanden, für  
361 uns hat der Austausch mit Initiativen eine hohe Bedeutung. Demokratie lebt vom  
362 aktiven Einmischen – auch und gerade in den Kommunen. Kommunalpolitik muss  
363 deshalb transparenter und beteiligungsorientierter werden. Jede und jeder muss  
364 die Möglichkeit haben, sich in politische Prozesse einzubringen, unabhängig von  
365 Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Behinderung oder Herkunft. Dazu gehört,  
366 dass sich kommunale Vertreter\*innen gezielt gegen jede Form von Ausgrenzung  
367 wenden. Nazis haben in unseren Kommunen keinen Raum.

## 368 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

### 369 **1. Bürger\*innen-Information: transparent und verständlich**

370 Beteiligung setzt einen Meinungsbildungsprozess voraus, hierfür ist eine  
371 umfangreiche Informationsgrundlage die wesentliche Voraussetzung. Dafür muss  
372 Kommunalpolitik allerdings nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger sein.  
373 Wir wollen eine transparente Verwaltung, deren Daten und Informationen  
374 offengelegt werden. Nur so sind die Leistungen der Verwaltung für alle  
375 Bürger\*innen nachvollziehbar und die Akzeptanz für Verwaltungshandeln wird  
376 gesteigert. Sitzungen der Räte und Ausschüsse auf allen kommunalen Ebenen sollen  
377 nur in besonderen Ausnahmefällen nichtöffentlich tagen und auch via Live-Stream  
378 im Internet übertragen werden können. Vorlagen und Beschlüsse kommunaler Gremien  
379 müssen in verständlicher Art und Weise – nicht nur für Ratsmitglieder –  
380 dokumentiert werden und für alle zugänglich sein. Ratsinformationssysteme müssen  
381 zu verständlichen Bürger\*innen-Informationssystemen weiterentwickelt werden.

### 382 **2. Beteiligung stärken**

383 Politik muss sich stärker für informelle Beteiligungsformen wie  
384 Mediationsverfahren, Bürger\*innen-Kongresse, Dialogforen, dialogorientierte  
385 Einwohner\*innen-Versammlungen, Schlichtungs- oder Fachgespräche öffnen.  
386 Beteiligungsverfahren müssen aber auch gut konzipiert und ernsthaft durchgeführt  
387 werden. Daher setzen wir uns in den kommunalen Räten dafür ein, dass  
388 Qualitätskriterien für gute Bürgerbeteiligung verabschiedet werden. Bürger\*innen  
389 wollen sich aber nicht nur beteiligen, sie wollen auch mitentscheiden. Daher  
390 sind wir GRÜNEN gerade auf kommunaler Ebene offen für mehr direkte Demokratie:  
391 Bei Entscheidungen von großer Tragweite möchten wir verstärkt auf das Instrument  
392 des Bürgerbegehrens zurückgreifen. Damit geben gewählte Kommunalpolitiker\*innen  
393 keine Verantwortung ab, vielmehr wird damit die politische Kultur vor Ort  
394 bereichert. Menschen diskutieren und entscheiden somit auch zwischen den  
395 Wahlen, wohin es mit ihrer Kommune geht. Auf Landesebene setzen wir uns seit  
396 Langem für eine Absenkung der Quoten von Bürgerentscheiden und -begehren.

### 397 **3. Beteiligung von Anfang an**

398 Kinder und Jugendliche müssen mit unseren Entscheidungen von heute in Zukunft  
399 leben, daher fordern wir eine stärkere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an  
400 kommunalen Entscheidungen. Hier eignen sich verschiedene Formen der Kinder- und  
401 Jugendbeteiligung wie Jugendparlamente, Kinder- und Jugendversammlungen oder ein  
402 fester Tagesordnungspunkt im Jugendhilfeausschuss, bei dem ihre Belange  
403 vorgetragen werden können. Diese Beteiligung muss von allen ernst genommen  
404 werden: Beschlüsse der Jugendparlamente müssen Konsequenzen in den kommunalen  
405 Räten haben. Außerdem sollen Kinder und Jugendliche in ihren Gremien über ein

406 eigenes Budget verfügen können. Bei Entscheidungen der Schulentwicklung wollen  
407 wir gezielt die lokale Schüler\*innen-Vertretungen einbeziehen.

#### 408 **4. Kampf gegen Rechtsextremismus: Keine Toleranz für Intoleranz**

409 Wir GRÜNEN nutzen vor Ort alle Möglichkeiten, um den Kampf gegen  
410 Rechtspopulismus und menschenfeindliche Einstellungen fortzuführen und zu  
411 gewinnen. Dazu gehört die Prüfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um (Neo-)  
412 Nazi-Veranstaltungen, -Demonstrationen oder -Konzerte zu verhindern. Wir bieten  
413 menschenverachtenden Gedanken keinen Raum. Eine breite Unterstützung der lokalen  
414 Bündnisse gegen Rechtsextremismus und ein gezieltes Eintreten und Handeln gegen  
415 jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist dafür erforderlich.  
416 Kommunen dürfen nicht wegschauen, wenn sich vor Ort rechtsextreme Gruppierungen  
417 breit machen. Menschenfeindlicher Gesinnung muss immer mit Wachsamkeit und  
418 Präventionsarbeit begegnet werden.

#### 419 **5. Ehrenamtliches Engagement unterstützen**

420 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Kommune, die die Menschen unterstützt,  
421 aktiviert und für sie da ist. Wir haben dabei größten Respekt vor all den  
422 Menschen, die in den Vereinen, bei der Feuerwehr und Rettungsdiensten, in  
423 Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie in kommunalen Gremien ihre Zeit der  
424 Gesellschaft widmen. Um dieses wichtige ehrenamtliches Engagement zu  
425 unterstützen, muss mehr Augenmerk auf der Vereinbarkeit von Ehrenamt mit  
426 Ausbildung, Beruf und Familie liegen. Kommunale Räte, welche schließlich ebenso  
427 im Ehrenamt arbeiten, müssen angemessene Aufwandsentschädigungen erhalten. Dazu  
428 müssen den Fraktionen Personalbudgets zur Verfügung gestellt werden, um im  
429 ungleichen Kampf mit Verwaltungen ein wenig Chancengleichheit herzustellen.

#### 430 **Mensch geht's uns gut!**

##### 431 **Die Kommune ist für Alle da!**

432 Wir GRÜNEN wollen allen Menschen eine angemessene Teilhabe am sozialen und  
433 gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist von  
434 Armut betroffen oder bedroht, am stärksten Alleinerziehende und Kinder. Wir  
435 wollen Armut bekämpfen: Dazu brauchen die Menschen ein existenzsicherndes  
436 Einkommen, Bildung und Gesundheitsversorgung. Alle Menschen bedürfen der  
437 gleichen Wertschätzung und Beachtung. Alle müssen in den Kommunen dabei sein und  
438 mitmachen können, unabhängig von sozialem Statuts, Einkommen, Geschlecht, Alter,  
439 sexueller Identität, Herkunft, Religion oder Behinderung.

440 Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer Verantwortung gerecht teilen.  
441 Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung und sind derzeit in unseren  
442 Kommunalparlamenten unterrepräsentiert, obwohl die dort getroffenen  
443 Entscheidungen auch ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Wir wollen durch  
444 Gender-Mainstreaming und gezielte Frauenförderung in den Kommunen dazu  
445 beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Es gilt dabei natürlich auch,  
446 Frauen zu bewegen, sich verstärkt zur Wahl zu stellen, worin wir sie  
447 unterstützen wollen.

448 Menschen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben haben das Recht auf eine  
449 familienfreundliche Gestaltung von Sitzungen und Gremien in der Gemeinde.  
450 Jugendliche wollen wir in stärkerem Maße als bisher – auch in  
451 institutionalisierter Form – in kommunalpolitische Entscheidungen einbinden.  
452 Unser Ziel bleibt es, das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren einzuführen.

453 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

454 **1. Geschlechtergerechtigkeit vor Ort umsetzen**

455 Wir GRÜNEN setzen uns für gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Frauen und  
456 Männer ein. Darum wollen wir mehr Frauen in den Räten. Wir GRÜNEN wollen auf  
457 unseren Listen 50 % Frauen und 50 % Männer. Nur das ist gerecht und zielführend.

458 Durch eine konsequente Gleichstellungspolitik, Gender-Mainstreaming und Gender-  
459 Budgeting können die Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit  
460 herzustellen. Wir GRÜNEN stehen für gezielte Frauenförderung auf der kommunalen  
461 Ebene und fordern die finanzielle Sicherstellung von wichtigen Anlaufstellen für  
462 Frauen in Notsituationen (Frauenhäuser, Frauennotrufe etc.) sowie die verstärkte  
463 Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten vor Ort.

464 **2. Stadtteile und Dörfer mit und für Menschen entwickeln**

465 Wir wollen, dass Menschen in den Gemeinden oder ortsnah alles haben, was sie zum  
466 Leben und zum gesellschaftlichen Miteinander brauchen: bezahlbaren und  
467 barrierefreien Wohnraum, Versorgungsmöglichkeiten, Treffpunkte, soziale und  
468 kulturelle Angebote, Gesundheits- und pflegerische Versorgung,  
469 Mobilitätsangebote usw. Besonders gilt dies für Menschen mit Behinderungen oder  
470 Unterstützungsbedarf. Wir wollen Räume und Plätze schaffen bzw. ausbauen, an  
471 denen Generationen sich begegnen können. Mehrgenerationen-Häuser müssen in ihrer  
472 Existenz gesichert bzw. neu aufgebaut werden. Vielfältige Wohnformen für  
473 Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf, wie z.B. Mehrgenerationen-Wohnen und  
474 Alten-Wohngemeinschaften sollten überall selbstverständlich sein.

475 **3. Kommunale Vorbildfunktionen nutzen**

476 Der kommunale öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für  
477 die Privatwirtschaft ausüben. Neben Arbeitszeitmodellen für die Vereinbarkeit  
478 von Familie und Beruf, der Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und der  
479 Einstellung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderungen, zählt die  
480 Tarifbindung von kommunalen Gesellschaften. Die Gründung von  
481 Personalservicegesellschaften zur Umgehung von Tarifverträgen lehnen wir ab.

482 Kommunen und kommunale Gesellschaften sollen bei allen öffentlichen Vergaben die  
483 ILO-Kernarbeitsnormen und das Landestariftreuegesetz berücksichtigen.

484 **4. Räume für Jugendliche schaffen**

485 Jugendliche brauchen Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume. Möglichst selbst  
486 verwaltete Jugendzentren gehören in die Mitte der Kommune und dürfen nicht an  
487 den Rand gedrängt werden. Im ländlichen Raum wollen wir die Einrichtung von  
488 dörflichen Jugendräumen fördern und die mobile Jugendsozialarbeit stärken.

489 **5. Lokale Aktionspläne gegen Armut entwickeln**

490 Immer mehr Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche sind arm oder  
491 armutsgefährdet. Wir wollen, dass in den Kreisen und kreisfreien Städten  
492 regelmäßig Armuts- und Reichtumsberichte mit dem Ziel erstellt werden, lokale  
493 Aktionsprogramme gegen Armut zu entwickeln. Kern jeder Armutsbekämpfung ist die  
494 Sicherstellung eines ausreichenden Einkommens. Finanzielle Sicherheit ist ein  
495 Menschenrecht. Die betreuenden Behörden müssen zu einem wertschätzenden Umgang  
496 und fördernder Unterstützung der Leistungsberechtigten verpflichtet werden.  
497 Mögliche Unterstützungsleistungen müssen den Personen aktiv angeboten werden,  
498 die durch Anträge im bestehenden Angebotsdschungel überfordert sind. Wir setzen

499 uns dafür ein, dass die Kommunen in den Jobcentern auf eine großzügige und nicht  
500 auf kleinliche Sanktionsregelung hinwirken. Menschen, die als  
501 Langzeitarbeitslose am Rande der Gesellschaft stehen, sollten nicht zusätzlich  
502 einem unangemessenen Sanktionsdruck ausgesetzt werden. Neben der materiellen  
503 Unterstützung erfordert Armutsbekämpfung auch den optimalen Einsatz von  
504 Sozialarbeit, Beratungsleistungen und Förderprogrammen. Leicht zugängliche  
505 medizinische Versorgung in einer einladenden Umgebung sowie passende Bildungs-  
506 und Präventionsangebote bilden die notwendige Grundlage, damit Armut sich nicht  
507 verfestigt und Menschen ihre Stärken erkennen und nutzen können. Wir setzen uns  
508 für die Einführung von Sozialpässen für einkommensschwache Menschen ein. Diese  
509 sollen so gestaltet sein, dass sie nicht zu einer Stigmatisierung der  
510 Nutzer\*innen führen und eine vergünstigte Nutzung des ÖPNVs sowie öffentlicher  
511 und privater Einrichtungen im Bildungs-, Freizeit-, Sport- und Kulturbereich  
512 ermöglichen. Kommunen können viel dazu beitragen, dass Armut zwangsläufig  
513 bedeutet, am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben zu können.

## 514 **6. Inklusion von Anfang an**

515 Menschen mit Behinderungen gehören dazu, mitten drin in der Gemeinde, in der  
516 Stadt und im Dorf. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns für die Erstellung von  
517 kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein.  
518 Wir wollen mehr Beiräte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen in den  
519 Kommunen, damit die Expert\*innen in eigenen Angelegenheiten eine starke  
520 Interessenvertretung zur Gestaltung von Teilhabe, Selbstbestimmung und  
521 Barrierefreiheit direkt vor Ort haben.

### 522 **Mensch, mach mal lauter!**

### 523 **Mensch, sei aktiv!**

#### 524 **Vielfältige Angebote in Kultur und Sport für alle**

525 Kultur darf kein Luxus sein! Wir streben stattdessen eine gleichberechtigte  
526 Teilhabe aller Menschen an einem breit gefächerten kulturellen Angebot an.  
527 Kulturförderung ist auch eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer  
528 Städte und Gemeinden. Die kulturelle Infrastruktur mit Theatern, Festivals,  
529 Museen, Musikschulen, Kunstschulen, soziokulturellen Zentren, Bibliotheken und  
530 anderen kulturellen Initiativen dürfen bei Finanznot der Kommunen nicht auf dem  
531 Prüfstand stehen.

532 Sportvereine sind ebenso wie der nicht organisierte Breitensport  
533 gesellschaftlich unverzichtbar und bedürfen daher einer verlässlichen kommunalen  
534 Förderung. Hinzu kommt eine geringer werdende Bindung der Menschen an Vereine.  
535 Dem gesellschaftlichen Wandel müssen wir mit frei zugänglichen Sport-, Spiel-  
536 und Bewegungsräumen für Jung und Alt Rechnung tragen. Eine  
537 Sportstättenkonzeption, an der alle relevanten Akteur\*innen beteiligt werden,  
538 kann bei der Bewältigung der Zukunftsprobleme helfen.

#### 539 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

##### 540 **1. Kulturelles Engagement stärken und Freiräume für Kreative eröffnen**

541 So wichtig es ist, die bestehenden Kultureinrichtungen zu erhalten und  
542 Mitarbeiter\*innen fair zu bezahlen, so wichtig ist es für die Weiterentwicklung  
543 unserer kulturellen Infrastruktur, Freiräume für neue künstlerische Wege,  
544 Organisations- und Teilhabeformen zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die  
545 Projektförderung, die Beratung und Unterstützung für kulturell Engagierte und

546 neue kulturelle Initiativen ausbauen. Kreative und Kulturschaffende soll der  
547 Aufbau von eigenen Strukturen, Arbeits- und Präsentationsräumen ermöglicht  
548 werden.

## 549 **2. Kulturelle Bildung stärken - Zusammenarbeit mit Schulen**

550 Wir wollen kulturelle Bildung für alle, insbesondere für Kinder und junge  
551 Menschen mit verschiedenen sozialen Hintergründen, ermöglichen. Denn dies ist  
552 eine der Schlüsselkompetenzen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können.  
553 Deshalb wollen wir beispielsweise Museumspädagogik und Leseförderung, Musik- und  
554 Kunstschulen stärken und die Zusammenarbeit von Trägern und Initiativen mit den  
555 Schulen verbessern.

## 556 **3. Interkulturelle Arbeit und Ausrichtung von Einrichtungen**

557 Kultur kann einen wichtigen Beitrag zur Integration und interkulturellen  
558 Verständigung leisten. Wir wollen Kunst- und Kulturprojekte, die von und für  
559 Migrant\*innen gestaltet werden sowie Weiterbildungsangebote für Kulturschaffende  
560 zur Stärkung interkultureller Kompetenzen stärker fördern.

### 561 **Hier bin ich Mensch – hier darf ich's sein**

#### 562 **Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune stärken**

563 Integrationspolitik vor Ort ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Hier  
564 stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Integrationspolitik darf sich  
565 nicht ausschließlich auf das Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse  
566 reduzieren, sondern muss in allen Bereichen mitbedacht werden. Dabei gilt es,  
567 nicht über, sondern mit Migrant\*innen und Geflüchteten zu sprechen. Ein  
568 wichtiger Baustein dafür ist, Migranten-Beiräte in ihrer Arbeit aktiv zu  
569 unterstützen.

570 Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte. Diese  
571 sollen im Dialog mit den Beiräten für Migration und Integration, den  
572 Migrant\*innen-Vereinen, den Wohlfahrtsorganisationen und den Träger\*innen  
573 interkultureller und sozialer Projekte entwickelt werden. Wir setzen uns für das  
574 kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Staatsbürger\*innen ein.

575 Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für Weltoffenheit,  
576 Vielfalt und Toleranz, damit Diskriminierung und Ausgrenzung von Mitbürger\*innen  
577 in unserem Gemeinwesen keine Chance haben. Die lokalen Initiativen und Bündnisse  
578 gegen Rechtsextremismus benötigen größtmögliche Unterstützung. Wir GRÜNEN  
579 fordern ein offensives Auftreten der Kommunen gegen jede Form von Rassismus und  
580 rechtsextreme Tendenzen.

581 Wir wenden uns gleichzeitig gegen integrationswidrige und extremistische  
582 Verhaltensweisen wie Islamismus, Frauenfeindlichkeit oder Gewalt als Mittel der  
583 Konfliktlösung.

584

#### 585 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

##### 586 **1. Arbeit der Migranten-Beiräte unterstützen**

587 Durch aktive Mitarbeit in den Migranten-Beiräten können wir uns für die  
588 gesellschaftliche Integration von Migrant\*innen einsetzen und kommunale  
589 interkulturelle Projekte anstoßen.

##### 590 **2. Für Ausländerbehörden mit Willkommenskultur**

591 Die Ausländerbehörden sind wichtige Anlaufstellen für Migrant\*innen und  
592 Geflüchtete in den Kommunen. Wir wollen eine neue Willkommenskultur in den  
593 Ausländerbehörden etablieren, die Migrant\*innen und Flüchtlinge nicht als  
594 Bittsteller, sondern als Neu-Mitglieder unserer Gesellschaft begreift. Spezielle  
595 Schulungen können Verwaltungsmitarbeiter\*innen die erforderlichen Kompetenzen  
596 für eine migrationspezifische Beratung vermitteln. Dabei spielen Elemente aus  
597 interkulturellen Trainings eine wichtige Rolle. Mitarbeiter\*innen in den  
598 kommunalen Behörden müssen auf Dolmetscher\*innen zurückgreifen können.

### 599 **3. Flüchtlinge willkommen heißen**

600 Eine positive Willkommenskultur zeigt sich auch an der Art der Unterbringung.  
601 Darauf haben wir vor Ort Einfluss, können Kommunen bei der Suche nach geeigneten  
602 Immobilien unterstützen und deren Gestaltung positiv beeinflussen. Mit aktiver  
603 Unterstützung der Nachbarn wird das Einleben erleichtert sowie sprachliche und  
604 andere Schwierigkeiten am schnellsten überwunden. Oft ist es gerade die Hilfe  
605 von ehemaligen Geflüchteten und Einwanderern, die hier beste Hilfe leisten. Dies  
606 ist durch Kommunen zu unterstützen und zu fördern. Durch Unterstützung bei der  
607 Jobsuche wird Geflüchteten geholfen, eine selbstbestimmte Existenz aufzubauen.

### 608 **4. Diversity-Gedanken stärken**

609 Kommunale Verwaltungen und Unternehmen sind ein großer Arbeitgeber in Sachsen  
610 und sollten mit gutem Beispiel voran gehen. Diversity-Management macht dabei die  
611 positiven Aspekte, die sich durch die konstruktive Nutzung sozialer Vielfalt auf  
612 dem Arbeitsmarkt ergeben, in den Betrieben und Verwaltungen zum Thema und  
613 versucht sie für den Unternehmenserfolg nutzbar zu machen. Ziel ist nicht nur  
614 die individuelle Verschiedenheit im Sinne einer positiven Wertschätzung  
615 besonders hervorzuheben, sondern auch eine produktive Gesamtatmosphäre im  
616 Unternehmen zu erreichen, soziale Diskriminierungen von Minderheiten zu  
617 verhindern und die Chancengleichheit zu verbessern.

### 618 **Mensch, das macht mich nicht krank**

#### 619 **Gesundheit nachhaltig fördern**

620 In der medizinischen Versorgung brauchen wir einen Kulturwandel, in dem der  
621 Mensch als Sozialwesen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik steht. GRÜNE  
622 Gesundheitspolitik zielt auf eine ganzheitliche Betrachtung der Lebensqualität  
623 der Menschen - orientiert am Ansatz der präventiven Gesunderhaltung und der  
624 Förderung eines gesunden Lebensstils. Einer voranschreitenden Ökonomisierung des  
625 Gesundheitswesens müssen wir ein ganzheitliches und nachhaltiges  
626 Gesundheitskonzept von der Prävention über Bildung in Kindergärten, gesunde  
627 Ernährung, psychosoziale Betreuung bis zur Pflege und Sterbebegleitung anbieten.  
628 Das Patient\*innen-Interesse muss im Mittelpunkt der Versorgung stehen und die  
629 Strukturen am Ziel eines maximalen Nutzens für Patient\*innen ausgerichtet  
630 werden.

631 Aus dieser Zielvorgabe entwickeln sich die weiteren Maßnahmen zum qualitativ  
632 effizienten Umgang mit Ressourcen. Jede/r Bürger\*in hat einen Anspruch und das  
633 Recht auf gesunde Entwicklung (auch im Alter), Gesundheitsförderung durch  
634 Stärkung vorhandener Ressourcen, eine gesunde Umwelt und einen gesunden  
635 Arbeitsplatz.

#### 636 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

##### 637 **1. Prävention**

638 Auf kommunaler Ebene muss Prävention und das Bewusstsein für die eigene  
639 (psychische) Gesundheit einen höheren und verbindlicheren Stellenwert bekommen.  
640 Kinder müssen schon frühzeitig in der Familie, in Kitas und Schulen eine  
641 Gesundheitsschulung vermittelt bekommen.

## 642 **2. Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum**

643 Angesichts der Versorgungslücken in ländlichen und strukturschwachen Regionen  
644 sind neue nachhaltige Strukturen in der medizinischen Versorgung zu entwickeln,  
645 die eine wohnortnahe Versorgung nach hausärztlichen und fachärztlichen  
646 Gesichtspunkten sichern. Eine sozialraumorientierte Versorgung kann durch neu zu  
647 schaffende Versorgungspraxen, wie medizinische Versorgungszentren, die von  
648 verschiedenen Ärzten sowie Psychotherapeuten genutzt werden können, sowie der  
649 Übernahme einiger ärztlichen Tätigkeiten durch andere Heilmittelbringer und  
650 Versorgungsassistent\*innen in der Hausarztpraxis erreicht werden. Dadurch ist  
651 den Bürgern auch ein Mindestmaß an Arztwahl möglich. Unterstützend kann die  
652 Telemedizin, vor allem in ländlichen Regionen, eingesetzt werden.

## 653 **3. Krankenhausversorgung in der Fläche**

654 Für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum muss den Krankenhäusern die  
655 Möglichkeit geboten werden, mehr Patient\*innen und Krankheiten, auch ambulant  
656 oder teilstationär, zu behandeln. Diese Öffnung der Krankenhäuser für die  
657 ambulante Versorgung soll keine Schwächung des ambulanten Sektors (vor allem im  
658 Bereich der Fachärzte) zum Ziel haben, sondern das Potential stationersetzender  
659 Leistungserbringung im Gesundheitswesen ausschöpfen. Die Krankenhausverteilung  
660 in der Fläche muss die Grundversorgung und die zeitliche Erreichbarkeit vom  
661 Wohnort aus gewährleisten.

## 662 **4. Psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung**

663 Die seit Jahren kritisierte Unterversorgung in der psychiatrischen Versorgung  
664 der Bevölkerung ist durch eine Neuberechnung der Bedarfsplanung zu beheben.

665 Der Ausbau von Plätzen für betreutes Wohnen ist dem weiteren Ausbau von  
666 Heimplätzen vorzuziehen. Inklusion und ein Leben in normalen Arbeitsbezügen und  
667 Nachbarschaften muss in größerem Umfang außerhalb von Sondereinrichtungen  
668 ermöglicht werden. Ambulante Behandlung muss vor stationärer Behandlung stehen.  
669 Der Ausbau wohnortnaher Krisendienste, an die sich Betroffene und deren  
670 Angehörige wenden können, ist zwingend erforderlich. Zwischen Fachkliniken und  
671 der Gemeindepsychiatrie sind Verbundkooperationen zu fördern.

## 672 **Menschen den Weg in die Zukunft ebnen**

### 673 **Digitalisierung für Alle**

674 Immer noch ist Deutschland und auch Sachsen in Bereich der Digitalisierung  
675 Entwicklungsland. Egal ob Breitbandausbau, Handyempfang oder E-Government –  
676 Ländern wie Finnland oder Estland hängen wir weit hinter. Selbst einige  
677 Entwicklungsländer haben besser Netzabdeckungen als Sachsen. Hier ist noch viel  
678 zu tun, um den Menschen eine adäquate Teilhabe an der digitalisierten Welt zu  
679 ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Gleichzeitig müssen wir  
680 die Herausforderungen und die Vorbehalte der Menschen in einer digitalisierten  
681 Welt ernst nehmen und sie in die neue Zeit mitnehmen.

## 682 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

### 683 **1. Breitbandausbau**



684 Eine angemessene Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen ist überall,  
685 insbesondere aber auch in ländlichen Regionen ein wichtiges Thema. Dort wo der  
686 Markt versagt, müssen die Kommunen tätig werden und alle Möglichkeiten nutzen  
687 können. Landesweite Beratungsangebote und Förderprogramme des Landes und Bundes  
688 können genutzt und durch interkommunale Zusammenarbeit eine bessere Versorgung  
689 hergestellt werden. Wir GRÜNEN setzen uns in kommunalen Gremien dafür ein, dass  
690 die digitale Teilhabe auch in ländlichen Regionen besser wird.

## 691 **2. Freies WLAN**

692 Wir GRÜNEN unterstützen Initiativen für freies WLAN in den Kommunen und  
693 Landkreisen. Egal ob Freifunk oder von der Kommune bereitgestellte Netze – WLAN  
694 ist heutzutage genauso wie Breitband einen Grundvoraussetzung für digitale  
695 Teilhabe und den Wirtschaftsstandort Sachsen.

## 696 **3. E-Government**

697 Kommunale Behörden sollen und müssen in der Zukunft ankommen. Egal ob Anträge an  
698 Behörden, Auskunfts-Ersuchen, Terminvergaben oder Informationsvermittlung – es  
699 gibt unzählige Bereiche in denen Behörden mit digitalen Angeboten mehr Service  
700 und mehr Bürgernähe für die Menschen erreichen können. Wir GRÜNE fordern die  
701 konsequente Umsetzung von E-Government-Angeboten in den Kommunen. Nur so können  
702 die Potenziale für Bürokratiekosten-Entlastung und bürgerfreundlichen Zugang zu  
703 staatlichen Dienstleistungen gehoben und die Entwicklung innovativer und  
704 barrierefreier Anwendungen ermöglicht werden.

## 705 **4. Medienpädagogische Angebote**

706 Nicht nur in den Schulen müssen die Voraussetzungen für das Erlernen neuer  
707 digitaler Techniken geschaffen werden. Auch die Vermittlung der sachgerechten  
708 Benutzung digitaler Anwendungen ist uns GRÜNEN ein Anliegen. Medienpädagogische  
709 Angebote in und außerhalb der Schule spielen dabei eine entscheidende Rolle.  
710 Darüber hinaus muss auch den Vorbehalten der älteren Generation gegenüber der  
711 Digitalisierung mit entsprechenden Bildungsangeboten an den Volkshochschulen  
712 begegnet werden.

## 713 **No prosze! Haló!**

### 714 **Den europäischen Gedanken vor Ort sichtbar machen**

715 Das europäische Projekt hat zu einer Vielzahl von Errungenschaften von  
716 unschätzbarem Wert beigetragen, welches unbedingt unserer weiteren tatkräftigen  
717 Unterstützung bedarf. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, durch fortwährende  
718 Aufklärung vor Ort, immer wieder auf den Wert und die Bedeutung des  
719 zusammenwachsenden Europas hinzuweisen. Denn viele lokale umwelt- und  
720 verkehrspolitische Erfolge wie effektiver Lärmschutz, die Ausweisung von  
721 europäischen Schutzgebieten, die verbindliche Aufstellung von  
722 Luftreinhalteplänen oder die Verbesserung der Qualität unserer Flüsse und  
723 Gewässer sind erst aufgrund europäischer Entscheidungen möglich geworden.

### 724 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

#### 725 **1. Für den European Energy Award werben**

726 Die Energiewende muss vor Ort stattfinden und kann nur gelingen, wenn sie von  
727 allen gemeinschaftlich getragen wird. Dabei sind Bürger\*innen genauso gefragt  
728 wie die örtlichen Energieversorger. Der European Energy Award wurde auf der  
729 Grundlage des Schweizer Programms "Energistadt" entwickelt. Tragende Säulen

730 sind die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung Erneuerbarer Energien  
731 in der Kommune.

## 732 **2. Kooperationen und Vernetzungen aufbauen**

733 Die Bedürfnisse und Anforderungen von Kommunen und Regionen müssen in Europa  
734 mehr Gehör erhalten. Deshalb wollen wir GRÜNEN neue Kooperationen und  
735 Vernetzungen auf kommunaler und regionaler Ebene schaffen und bestehende  
736 stärken. Wegen unserer geografischen Lage müssen diese Kooperationen auch über  
737 Landes- und Staatsgrenzen hinweg geschlossen und praktiziert werden.

## 738 **3. Europäische Fördermittel abrufen**

739 Ob EFRE, ESF oder WiFi4EU: es gibt bis zu 200 Förderprogramme auf europäischer  
740 Ebene die von den Kommunen genutzt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass  
741 die klammen sächsischen Kommunen möglichst viele Projekte mit europäischen  
742 Fördermitteln vor Ort umsetzen. Dafür bedarf es einfacher, unbürokratischer  
743 Richtlinien. An die Stelle bizarrer Kontrollbürokratie muss eine zielorientierte  
744 Vertrauenskultur treten.

## 745 **Mensch nicht kriminalisieren – Kommunale Sicherheitspolitik**

746 Das Sicherheitsempfinden der Menschen nimmt in den letzten Jahren ab, obwohl  
747 sich dies aus den nackten Zahlen der Kriminalitätsstatistiken nicht erklären  
748 lässt. Dies hat viel mit der derzeitigen Informationslandschaft zu tun, in der  
749 negative Ereignisse viel mehr wahrgenommen werden und ein Gefühl der  
750 Unsicherheit hinterlässt. Die Antwort darauf kann aber keine weitere Aufrüstung  
751 der unteren Polizeibehörden/ Ordnungsämter oder Überwachung des öffentlichen  
752 Raums sein.

## 753 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

### 754 **1. Polizeibehörden abrüsten**

755 Mitarbeiter\*innen der Polizeibehörden/ Ordnungsämter sollen den Menschen auf  
756 Augenhöhe begegnen. Dafür bedarf es weder Schlagstock, noch Handfesseln, noch  
757 Pfefferspray, für deren offensive Anwendung es sowieso keine Rechtsgrundlage  
758 gibt. Ein martialisches Auftreten zerstört das Vertrauen der Menschen und  
759 schreckt nur noch mehr ab.

### 760 **2. Keine Verbotszonen**

761 Wir Grünen werden keine Alkoholverbotzonen, Demonstrationsverbotszonen oder  
762 anderweitige Sicherheitsbereiche dulden, welche den Menschen ihre Rechte nehmen,  
763 sich im öffentlichen Raum regelkonform zu verhalten. Verdrängung von  
764 Menschengruppen um Plätze oder Parks „clean“ zu halten oder anlasslose  
765 Personenüberprüfungen durchzuführen sind keine Lösung, sondern verlagern die  
766 Probleme nur. Durch Verfehlungen Einzelner das Leben aller Menschen  
767 einzuschränken, ist einer liberalen, demokratischen Kommune nicht würdig.

### 768 **3. Videoüberwachung einschränken**

769 Datenschutz und Persönlichkeitsrechte sind ein hohes Gut in einem demokratischen  
770 Staatswesen. Massenhafte Überwachung des öffentlichen Raums stört das  
771 Sicherheitsempfinden vieler Menschen erheblich und ebnet den Weg hin zu einem  
772 autoritären Überwachungsstaat. Auch verhindern Überwachungskameras keine  
773 Straftat. Wir Grünen wollen die Überwachung des öffentlichen Raums soweit wie

774 möglich zurückfahren. Für die Aufklärung von Verbrechen braucht es genügend  
775 Personal in den Polizeibehörden und keine flächendeckende Videoüberwachung.

776 **Wir GESTALTEN – für unsere Gemeinde, für unsere Stadt, für unsere Region.**

777 Wir GRÜNEN haben Ideen, wir verlassen ausgetretene Pfade, wir suchen neue Wege.

778 Wir bewahren und gestalten Lebensqualität und menschliches Miteinander für  
779 nachhaltige und zukunftsfähige Kommunen in Sachsen. Wir machen ökologische,  
780 gerechte und soziale Politik – **für die Menschen in Sachsen!**

## **KO2NEU** Die Stadt von morgen ist grün. Neue Wege für lebenswerte Metropolen

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

1 Sachsens Großstädte wachsen, teilweise schneller, als noch vor einigen Jahren  
2 angenommen wurde. So hat sich beispielsweise Leipzig mit einem Zuwachs von  
3 jährlich über 10.000 Menschen zur am schnellsten wachsenden deutschen Großstadt  
4 entwickelt. Auch Dresden verzeichnete in den letzten Jahren einen Zuwachs von  
5 jährlich über 5.000 Menschen. Die Geburtenraten sind hoch, der Zuzug stark.  
6 Viele Prognosen über Schrumpfungsprozesse in den Großstädten, auf deren  
7 Grundlage noch vor Jahren zentrale politische Entscheidungen getroffen wurden,  
8 haben sich als falsch erwiesen.

9 Das Wachstum und der Zuzug in die urbanen Ballungsräume birgt vielfältige  
10 Chancen. Zusammen mit den großen Städten wird ganz Sachsen vielfältiger,  
11 lebendiger und klüger. Was unsere sächsische Großstädte auszeichnet, sind die  
12 vergleichsweise niedrigen Mieten und die Freiräume, in denen sich Menschen  
13 ausprobieren können, die Kreative anziehen und das Leben deutlich entspannter  
14 und interessanter machen als in anderen deutschen Großstädten.

15 Im Moment steht diese Entwicklung auf dem Spiel. Das Wachstum stellt die  
16 Großstädte vor große Herausforderungen: Wohnraum, Infrastruktur und soziale  
17 Daseinsvorsorge müssen dem Zuwachs folgen, ohne die gesellschaftliche Spaltung  
18 voranzutreiben. Gleichzeitig werden im Zuge des Wachstums die Fehlentwicklungen  
19 in den Großstädten immer deutlicher. Der Ausverkauf der Städte, die zunehmende  
20 soziale Spaltung in der Stadt, die zunehmende Immobilienspekulation und auch die  
21 Sommerhitze in den dicht bebauten Quartieren zeigen uns: Wir werden Wege finden  
22 müssen, diese Fehlentwicklungen zu überwinden. Bei diesen Herausforderungen  
23 lässt der Freistaat die Großstädte weitgehend allein. Das wollen wir  
24 ändern. Wachsende Städte brauchen eine breite Akzeptanz für ökologische  
25 Mobilität, für eine Stadtentwicklung mit lebendigen und sozial gemischten  
26 Quartieren und genügend Freiräumen, für innovative Bildungskonzepte, gute  
27 Arbeitsplätze und größere Internationalität, für eine innovative Verwaltung und  
28 moderne Konzepte der Daseinsvorsorge. Sie können damit auch wichtige Impulse für  
29 ihr Umland geben und so durch eine gute Vernetzung dazu beitragen, Sachsen  
30 insgesamt als Region attraktiver zu machen.

31 Wir wollen die Spaltung zwischen der wachsenden Stadt und dem sich leerenden  
32 ländlichen Raum nicht verstärken, sondern sie überwinden – nicht nur, indem wir  
33 den ländlichen Raum in seiner Anbindung stärken, sondern auch, in dem die  
34 Verantwortung der Städte für das umliegende Land stärker wahrgenommen wird. Die  
35 kulturellen, wirtschaftlichen und medizinischen Angebote der Stadt müssen noch  
36 stärker als heute die ländliche Bevölkerung einbeziehen und zugleich müssen die  
37 Potentiale von Klein- und Mittelstädte für Wohnraum und Arbeitsplätze gehoben  
38 werden. Wir wollen Großstädte und ländlichen Raum als zusammengehörende  
39 Metropolregionen zusammen denken und systematisch stärken.

40 Wir wissen nicht, ob sich das gegenwärtige Wachstum in den Städten angesichts  
41 des möglichen demografischen Wandels verstetigen wird. Wir wollen als  
42 Stadtgesellschaften vorbereitet sein und unsere Städte, unsere Schulen und Kitas

43 so bauen, dass sie, wenn nötig, schnell aufgestockt und auch schnell anderweitig  
44 genutzt werden können. Die Flexibilität der Strukturen soll eine grundlegende  
45 Leitplanke unserer Stadtplanung werden.

46 Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte das Wachstum nicht nur bewältigen,  
47 sondern als Chance für eine zukunftsfähige Entwicklung in allen Bereichen  
48 nutzen. Dazu müssen wir uns nicht am Status Quo, sondern an den positiven  
49 Beispielen anderer europäischer Metropolen orientiert. Städte wie Kopenhagen  
50 oder Wien, Barcelona oder Groningen zeigen jeweils auf ihre Weise, dass die  
51 Zukunft der lebenswerten Stadt in sozialer Vielfalt und Internationalität, in  
52 ökologischer Mobilität und in gelebten Freiräumen und starken Kommunen liegt,  
53 die für eine umfassende Daseinsvorsorge vom Wohnen bis zur Bildung sorgen.  
54 Lebenswerte Metropolen sind machbar. Die Stadt von morgen ist grün.

#### 55 **Gutes Wohnen für alle**

56 In den sächsischen Großstädten herrscht ein rapide zunehmender Wohnraummangel,  
57 insbesondere im unteren und mittleren Preissegment. Die Schaffung bezahlbaren  
58 und attraktiven Wohnraums ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen der  
59 Gegenwart. Um die damit verbundenen stadtbau- und sozialpolitischen Aufgaben  
60 anzugehen, ist es dringend an der Zeit, eine gemeinwohlorientierte Boden- und  
61 Wohnungspolitik durchzusetzen.

62 Wir müssen den Ausverkauf unserer Städte an die Meistbietenden stoppen. Die  
63 derzeitig massive Immobilienspekulation treibt einen Keil in die Gesellschaft.  
64 Sie vertreibt vor allem die Schwächsten der Gesellschaft und hat die  
65 Wohnungssuche zu einem *survival of the fittest* gemacht. Weil in der Folge  
66 insbesondere Einkommensschwache aus bestimmten Vierteln verdrängt werden, ballen  
67 sich soziale Problemlagen in bestimmten Vierteln. Diese Entwicklung müssen wir  
68 stoppen. Wir wollen, dass Wohnungen wieder zuallererst zum Wohnen da sind und  
69 dass Mieter\*innen anständig und fair behandelt werden.

70 Um das Recht auf Wohnung zu gewährleisten und den sozialen Frieden zu erhalten,  
71 brauchen wir ein Ende des Ausverkaufs von knappem Boden in den Städten. Wir  
72 wollen stattdessen, dass Grundstücke der Kommunen und des Freistaates nur noch  
73 nach Erbbaurecht vergeben werden, um Immobilienspekulationen deutlich  
74 einzudämmen. Das beendet auch die unsägliche Praxis der öffentlichen Hand, an  
75 den jeweils Meistbietenden zu verkaufen, um dann festzustellen, dass keine  
76 bezahlbaren Wohnungen auf den verkauften Grundstücken entstehen. Wir setzen uns  
77 dafür ein, die Steuervorteile beim Verkauf von Immobilien durch Unternehmen  
78 abzuschaffen.

79 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein gezieltes Vorgehen gegen Fehlverhalten im  
80 Wohnungsmarkt: Wir werden die staatlichen Möglichkeiten vollends ausschöpfen im  
81 Kampf gegen den spekulativen Leerstand von Wohnungen, exorbitante Mietpreise und  
82 gezielte Vertreibung von Altmietler\*innen durch die Eigentümer. Dazu braucht es  
83 in Sachsen ein Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum beispielsweise  
84 durch dessen Umwidmung in Ferienwohnungen.

85 Wir wollen die kommunale Durchsetzung von Milieuschutzsätzen ermöglichen, in  
86 dem wir als Freistaat die rechtlichen Voraussetzungen für ein Umwandlungsverbot  
87 von Eigentumswohnungen und die Nutzung des Vorkaufsrechts schaffen.

88 Die energetische Sanierung darf nicht dafür missbraucht werden, Mieter\*innen aus  
89 ihren Wohnungen zu vertreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Zukunft nur  
90 noch zu einem sehr geringen Teil auf die Miete umgelegt werden kann und

91 gleichzeitig deutlich stärker steuerlich gefördert wird. Wir wollen zudem eine  
92 energetische Sanierung, von der Mieter\*innen rasch profitieren und die nicht zu  
93 sozialer Verdrängung führt. Daher haben für uns Maßnahmen Priorität, die einen  
94 hohen ökologischen Nutzen haben und zu keiner Erhöhung der Warmmiete führen.  
95 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für ein Förderprogramm  
96 Heizkostenbremse ein, welches Energiesparmaßnahme fördert, die sich schnell  
97 bezahlt machen.

98 Wir brauchen unbestreitbar deutlich mehr Sozialwohnungen in Sachsen. Allerdings  
99 muss der soziale Wohnungsbau so erfolgen, dass er den Problemen am Wohnungsmarkt  
100 wirksam begegnet. Ein Hauptproblem besteht darin, dass Sozialwohnungen viel zu  
101 schnell aus der Mietpreisbindung herausfallen: Heute endet im sozialen  
102 Wohnungsbau die Belegungsbindung schon nach zehn Jahren: Das ist viel zu kurz:  
103 Deshalb wollen wir die Bindungsfristen für Belegungsrechte auf mindestens 25  
104 Jahre verlängern und vorrangig nicht profitorientierte, kooperative Träger  
105 fördern, die dauerhaft öffentliches Wohneigentum bereitstellen. Zudem müssen  
106 entscheidende Fehlkonstruktionen bei der Inanspruchnahme des sozialen  
107 Wohnungsbaus beseitigt werden. Dazu gehört, dass das Verbot für preiswerte  
108 Mieten in der Förderrichtlinie des Landes gekippt wird und die Einkommensgrenzen  
109 für die Inanspruchnahme von Wohnberechtigungsscheinen erhöht werden, um den  
110 wohnungspolitischen Realitäten zu begegnen. Um den Bedarf von ca. 5.000  
111 Wohnungen zu decken, wollen wir die Förderung auf 200 Mio. EUR/Jahr erhöhen.

112 Zur Finanzierung wohnungspolitischer Maßnahmen wollen wir die Grunderwerbssteuer  
113 anheben. Derzeit weist Sachsen mit 3,5% den niedrigsten Satz bundesweit auf. Im  
114 Vergleich zu anderen Bundesländern, die bis 6,5% erheben, verliert der Freistaat  
115 jedes Jahr hunderte Millionen Euro. Ein höherer Steuersatz kann der  
116 Immobilienspekulation entgegenwirken und erhebliche zusätzliche Einnahmen  
117 generieren, die gezielt für die Unterstützung einkommensschwacher Familien oder  
118 Baugruppen beim Wohnungsbau durch Zuschüsse und Darlehen genutzt werden kann.  
119 Auf diese Weise können wir gezielt Menschen unterstützen, die für sich eine  
120 langfristige Perspektive in Sachsen aufbauen wollen.

121 Derzeit weist Sachsen mit 3,5% den niedrigsten Satz bundesweit auf. Im Vergleich  
122 zu anderen Bundesländern verzichtet der Freistaat damit auf Einnahmen in  
123 Millionenhöhe, die gleichzeitig der Immobilienspekulation entgegenwirken  
124 könnten. Eine angemessene Anhebung des Steuersatzes kann eine  
125 verantwortungsvolle Wohnungspolitik ermöglichen, mit der wir als Land dafür  
126 Sorge tragen, dass z.B. einkommensschwache Familien auch in Zukunft genügend  
127 bezahlbare Wohnungen finden können

128 Mit einem revolvingierenden Wohnfonds sollen Kommunen beim Sozialen Wohnungsbau,  
129 beim Aufbau öffentlichen Wohneigentums und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts  
130 unterstützt werden. Zur Finanzierung wollen wir einen Teil der  
131 milliarden schweren Rücklagen des Freistaates nutzen. Die Mittel der Fonds werden  
132 damit nicht auf den globalen Finanzmärkten, sondern direkt in Sachsen zum Nutzen  
133 der Menschen eingesetzt.

134 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen echten Mietspiegel: Echte Vergleichbarkeit  
135 gibt es nur, wenn auch die Bestandsmieten in die Mietspiegel einbezogen werden  
136 und damit den Mieter\*innen ein realistischer Überblick gegeben wird, welche  
137 Mieten tatsächlich fair sind.

138 Wir fordern, dass sich der Freistaat für steuerliche Förderung der  
139 Wohnungsgemeinnützigkeit sowie eine Reform der Grundsteuer mit dem Ziel einer  
140 Bodenwertbesteuerung einsetzt, um Spekulation einzudämmen.

#### 141 Wohnungslosigkeit entgegenwirken

142 In den wachsenden Städten sind viele Menschen wohnungslos. Für uns ist eine  
143 eigene Wohnung der Schlüssel zur sozialen Teilhabe. Deswegen wollen wir die  
144 Wohnungslosenhilfe massiv ausbauen und eine Wohnungslosenstatistik einführen.  
145 Mieter\*innen, die von Räumung bedroht sind, brauchen aufsuchende Hilfe und  
146 frühzeitige Beratung durch soziale Träger und Sozialämter. Im Mietrecht wollen  
147 wir GRÜNE die entstandenen Lücken im Kündigungsschutz schließen.

148 Die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe brauchen mehr sozialpädagogische  
149 Fachberatung, damit die Vermittlung von weiteren Hilfsangeboten wie zum Beispiel  
150 der Suchthilfe und der psychiatrischen Beratung funktioniert. Auch das ambulante  
151 Betreuungsangebot ist auszubauen. Dringend erforderlich sind außerdem spezielle  
152 Angebote in der Wohnungslosenhilfe für Alleinerziehende. Der Katalog präventiver  
153 Maßnahmen muss vor allem das Frühwarnsystem stärken. Neben den  
154 Schuldnerberatungsstellen müssen auch die Schnittstellen zwischen den Jobcentern  
155 und Fachstellen sowie den Gesundheits- und Sozialdiensten ausgebaut und  
156 personell verstärkt werden. Wir wollen die Kommunen unterstützen, genügend  
157 Wohnungskontingente bereitzustellen, um eine möglichst schnelle Integration von  
158 wohnungslosen Menschen in abgeschlossenen dauerhaften Wohnraum mit  
159 wohnbegleitenden Hilfen zu ermöglichen, ohne die Bedingung, vorher  
160 „Wohnfähigkeit“ zu erlangen (Housing First).

#### 161 **Soziale Vielfalt macht uns stark – vielfältige Quartiere erhalten und schaffen**

162 Wir wollen, dass unsere Stadtviertel sozial durchmischt bleiben und vielfältiger  
163 werden. Gerade Städte in Ostdeutschland zeigen den besorgniserregenden Trend  
164 auf, dass die verschiedenen sozioökonomischen Einkommensgruppen zunehmend unter  
165 sich bleiben, dass die Vielfalt in den Vierteln abnimmt und ältere und ärmere  
166 Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung vertrieben werden. Wenn eine Gesellschaft  
167 zusammenhalten soll, wenn Menschen sich gegenseitig verstehen sollen und in den  
168 Dialog miteinander treten sollen, dann müssen sie sich auch begegnen können.  
169 Deswegen fördern wir mit den Möglichkeiten von Landes- und Kommunalpolitik die  
170 Diversität der Wohnformen im Quartier: Wir wollen, dass in einem Viertel große  
171 und kleine Wohnungen, teurere und billigere Wohnungen nebeneinander bestehen  
172 können, insbesondere auch, indem wir Sozialwohnungsprojekte ausgeglichen auf die  
173 verschiedenen Viertel der Stadt verteilen und den Milieuschutz in Sachsens  
174 Städten konsequent durchsetzen.

175 Neben der Erweiterung bestehender Quartiere werden ganze Viertel neu entstehen.  
176 Wir wollen diese neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Einwohner\*innen bauen  
177 mit transparenten Planungs- und Abwägungsverfahren und unter breiter Beteiligung  
178 der Öffentlichkeit. Für die Akzeptanz braucht es Vorteile für alle, auch den  
179 bisherigen Anwohner\*innen: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen,  
180 Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés, Ärzt\*innenpraxen, Senior\*innen-  
181 und Nachbarschaftstreffe, Spiel- und Sportplätze, Grünflächen und öffentliche  
182 Verkehrsmittel sollen von Anfang an mit eingeplant werden. Entscheidend für den  
183 Erfolg sind die konsequente soziale Mischung und die Vernetzung mit dem  
184 städtischen Umfeld. Neue Quartiere sollen nicht Profitinteressen dienen, sondern  
185 an vorrangig durch gemeinnützige Träger, Genossenschaften, Baugruppen, das  
186 Studierendenwerk oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften entwickelt werden.

187 Wagenplätze betrachten wir als eine gleichberechtigte Wohnform, für die genügend  
188 Raum auch in innenstadtnahen Bereichen bereitgestellt werden muss.

189  
190 Für Menschen mit Behinderung und für eine alternde Stadtgesellschaft brauchen  
191 wir vermehrt barrierearme Quartiere. Nicht nur Wohnungen sondern auch Fußwege,  
192 Parks und die sonstige Infrastruktur müssen für alle Menschen geeignet sein.  
193 Aber auch Vereinsräume, Einkaufsmöglichkeiten und Praxen müssen gut zugänglich  
194 sein. Bei der Planung von neuen Gebäuden und Anlagen soll dies immer mitgedacht  
195 werden. Außerdem wollen wir den barrierearmen Umbau der Städte und Viertel  
196 vorantreiben und finanziell fördern.

197 Unsere Städte werden attraktiv durch ihre Freiräume: Für uns ist es essentiell,  
198 dass wir diese auch für die Generationen nach uns erhalten. Das bedeutet, dass  
199 wir als Städte Flächen definieren, die wir nicht verkaufen, sondern die als  
200 Innovationsorte erhalten bleiben, mit permanenten Zwischennutzungen für neue  
201 kulturelle und unternehmerische und soziale Projekte, damit wir als Städte auch  
202 in Zukunft die Früchte unserer Experimentierflächen und damit unserer  
203 Innovationsfähigkeit schaffen können. Wir wollen durch konzeptgebundene  
204 Finanzierungen gezielt Baugruppen, Kollektivhäuser und Kulturprojekte fördern,  
205 die sich dafür entscheiden, dauerhaft in einem Quartier zu leben und sich zu  
206 engagieren. Das stärkt den Zusammenhalt vor Ort. Angesichts zunehmend  
207 schwindender Freiräume für Künstler und Kreative wollen wir eine Atelier- und  
208 Ladenprojektförderung auflegen, mit der ein Beitrag für vielfältige Quartiere  
209 geleistet werden kann.

## 210 **Die lebenswerte Stadt braucht mehr Grün**

211 Wir alle haben es in diesem Jahr erlebt: Wenn es in den Nächten heiß bleibt und  
212 viele von uns schlechter schlafen, dann sorgt das nicht nur für unkonzentrierte  
213 Kinder in der Schule und schlechtere Laune am nächsten Tag im Job. Vor allem für  
214 viele ältere und kranke Menschen stellen derart hohe Temperaturen auch ein  
215 erhebliches gesundheitliches Risiko dar. Unser Energieverbrauch durch  
216 Klimaanlage steigt und die Bäume verlieren teilweise schon im Sommer ihr Laub.

217 Unsere Städte heizen sich als Folge des Klimawandels und jahrzehntelanger  
218 Betonpolitik immer stärker auf. Das Mikroklima in den Städten wird zu einem  
219 erheblichen Problem für ein gutes Leben in der Großstadt. Diesem Effekt wollen  
220 wir entgegenwirken, damit die Gesundheitsrisiken durch Wärme in der Stadt nicht  
221 weiter stiegen: Alle zukünftigen Stadtentwicklungs- und Bauprojekte in der Stadt  
222 müssen diesem Effekt berücksichtigen und entgegenwirken: Wir setzen uns für  
223 klimaintelligenten Stadtbau ein, mit mehr Frischluftschneisen und mehr  
224 Verdunstungsflächen in unseren Städten.

225 Wir wollen grüne Oasen in der Stadt erhalten, neue schaffen, und vor allem auch  
226 ein gesundes Gleichgewicht herstellen zwischen dem notwendigen Schaffen von  
227 neuem Wohnraum durch Nachverdichtung und einer lebenswerten, erholsamen  
228 Stadtnatur. Uns ist es wichtig, die Balance zwischen zusätzlicher Bebauung und  
229 städtischem Grün zu halten. Unser Ziel ist es, vor allem zusammenhängende  
230 größere Grünflächen zu erhalten oder neu zu erschließen. Neue städtische Parks  
231 und eine konsequente Begrünung, die mehr ist als ein paar kleine Bäume auf einer  
232 Betonfläche sind notwendig um den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Zur  
233 Umsetzung wollen wir ein Förderprogramm für ökologischen Stadtumbau und  
234 Freiflächenentwicklung auflegen, mit dem sowohl Konzepte als auch konkrete  
235 Stadtentwicklungsmaßnahmen gefördert werden.



236 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Ausbau und die bessere Förderung von Fassaden-  
237 und Dachbegrünungen in den Städten. Es braucht endlich wieder die Möglichkeit  
238 für die Kommunen wirksame Baumschutzsatzungen zu erlassen, um zu verhindern,  
239 dass privater Kahlschlag zur Verödung und Überhitzung unserer Städte beiträgt.

240 Eine grünere Stadt muss auch über ihre Ernährung nachdenken. Zahlreiche  
241 Beispiele zeigen, dass Lebensmittel auch aus den Großstädten heraus möglich ist.  
242 Projekte wie *Urban Gardening* und *Urban Farming* wollen wir als GRÜNE sowohl  
243 hinsichtlich der Flächenbereitstellung als auch des persönlichen Engagements  
244 besser unterstützen und fördern.

#### 245 **Die Stadt von morgen fährt besser ohne Auto nachhaltige Mobilität für eine** 246 **lebenswerte Stadt**

247 Die immensen Herausforderungen einer wachsenden Stadt sind schon heute im  
248 alltäglichen Verkehr zu beobachten. Die steigende Einwohnerzahl führt auch zu  
249 mehr Staus in den Stoßzeiten und erheblichen Parkplatzproblem in einzelnen  
250 Stadtteilen. Bleibt der Anteil des Autoverkehrs konstant, droht das  
251 Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahren den Verteilungskampf um den nicht  
252 erweiterbaren öffentlichen Raum anzuheizen und das Verkehrsnetz zu überlasten.  
253 Auch die verkehrliche Lärmbelastung und die Gefährdung unserer Gesundheit durch  
254 Feinstaub drohen zu steigen. Wir müssen deshalb den Anteil des Autoverkehrs  
255 deutlich senken, um nicht zukünftig im dauernden Verkehrsinfarkt zu leben.

256 Wollen wir die Lebensqualität unserer Großstädte erhalten und verbessern, müssen  
257 wir bei der Mobilität konsequent umsteuern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen  
258 konsequent auf die ökologische Mobilität mit Fuß und Rad, Bussen und Bahn. Wir  
259 wollen ein friedliches Miteinander auf der Straße erreichen, mit echter  
260 Gleichberechtigung von Fußgänger\*innen, Rad, Auto und Logistikverkehr.  
261 Insbesondere den Wirtschaftsverkehr wollen wir intelligenter und kleinteiliger  
262 nach Amsterdamer Vorbild durch die Städte steuern, denn das veränderte  
263 Konsumverhalten von uns allen führt auch dazu, dass wir intelligentere und  
264 innovative Lösung für die tägliche Paketflut an alle Haushalte brauchen. Wir  
265 wollen, dass der Verkehr in den Städten sicherer wird: Wir verfolgen als  
266 Leitziel der Verkehrsplanung, dass es keine Unfälle mit Todesfolge mehr in der  
267 Stadt gibt (Vision Zero). Dafür brauchen wir intelligente Verkehrskonzepte, die  
268 Sicherheit und Gesundheit einen Vorrang vor Schnelligkeit einräumen. Wir wollen  
269 gemeinsam mit den Arbeitgeber\*innen neue Konzepte entwickeln, die das  
270 Pendelaufkommen in den Großstädten reduziert – zum Beispiel durch mehr Home  
271 Office, mehr Gleitzeit und arbeitsnahe Wohnungen, Schulen und Kitas für  
272 Beschäftigte. Neue städtische Quartiere sollen möglichst autofrei vorrangig an  
273 ÖPNV-Knotenpunkten und in einer Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Handel  
274 entstehen. Bei der Investitionsförderung in Verkehrsinfrastruktur soll die  
275 Vernetzung von Rad und ÖPNV (Multimodalität) vorrangig gefördert werden.

276 Stehende Autos nehmen in der Stadt viel Platz in Anspruch. Wir GRÜNEN haben uns  
277 deshalb viele Jahre dafür eingesetzt, dass die sächsische Bauordnung novelliert  
278 wird und damit Gemeinden in die Lage versetzt werden zu regeln, wie, wo und in  
279 welcher Anzahl Auto- oder Fahrradstellplätze zu schaffen sind. Damit waren wir  
280 erfolgreich, diese kommunale Eigenständigkeit bei der Stellplatzordnung ist seit  
281 diesem Jahr möglich. Wir wollen den nächsten Schritt gehen und die rechtssichere  
282 Grundlage für die Ausweitung von CarSharing Möglichkeiten im öffentlichen Raum  
283 schaffen, um den Anreiz für den Besitz eines eigenen Autos in der Großstadt zu  
284 reduzieren.

285 Mit Bus und Bahn für bessere Mobilität für alle

286 Wer in Großstädten wirksam den Autoverkehr reduzieren will, muss konsequent den  
287 ÖPNV stärken – nur dieser ist in der Lage ökologisch und soziale den Verkehr der  
288 Zukunft zum größtmöglichen Nutzen aller abzuwickeln. Dazu muss der ÖPNV in den  
289 Großstädten noch attraktiver werden, als er jetzt schon ist. Eine ausreichende  
290 Finanzierung dafür muss sichergestellt werden. Taktfrequenz, Haltestellendichte,  
291 Verkehrsknotenausbau, Umlandvernetzung und Tarifgestaltung müssen so organisiert  
292 werden, dass das Umsteigen auf den ÖPNV ein Angebot ist, das man nicht ablehnen  
293 kann. Dies gelingt nur, wenn die Staatsregierung die Regionalisierungsmittel des  
294 Bundes konsequent an die Zweckverbände, die für die Bestellung von Bus und Bahn  
295 zuständig sind, weiterleitet und mehr Geld für den Personennahverkehr zur  
296 Verfügung stellt.

297 Fahrrad fahren aber sicher

298 Auch in Sachsen steigen immer mehr Menschen aufs Rad und bestimmen zunehmend das  
299 Stadtbild. Allein der dafür nötige Platz, die dafür nötige sichere Infrastruktur  
300 steht aktuell noch nicht ausreichend zur Verfügung – das wollen wir GRÜNE  
301 ändern. Fuß- und Radverkehrsförderung ist preiswerter als die Förderung jedes  
302 anderen Verkehrsmittels, dabei umweltfreundlich, stadtverträglich und leistet  
303 einen Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Umwelt- und  
304 Lebensqualität.

305 Eine sichere Radverkehrsinfrastruktur, die Entwicklung eines durchgängigen  
306 Radverkehrsnetzes mit Hauptverbindungen und Nebenrouten, die flächenhafte  
307 Öffnung von Einbahnstraßen in Gegenrichtung, die Schaffung diebstahlsicherer  
308 ebenerdiger Fahrradabstellmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet sowie eine  
309 breite Imagekampagne zur Schaffung von Radkultur, gegenseitiger Rücksichtnahme  
310 und Verständnis sind längst überfällige Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs.  
311 Um nicht nur innerhalb der Städte zügig und sicher voranzukommen, müssen  
312 zukünftig auch Fahrradschnellstraßen geplant werden, um für nachgefragte  
313 Pendlerbeziehungen wie z.B. zwischen Leipzig und Halle auch Radfahrenden ein  
314 attraktives Angebot zu bieten.

315 Wir wollen eine bessere Vernetzung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern.  
316 Ein Schlüsselement sind Fahrradparkhäuser an wichtigen Umsteigepunkten wie  
317 Bahnhöfen, die über das reine Abstellen hinaus weitere Dienstleistungen wie  
318 Reparaturen und Fahrradverleih anbieten.

319 Der Freistaat muss die Städte bei der Planung des Radverkehrs besser  
320 unterstützen. Dazu braucht es endlich ein eigenes Referat Radverkehr im  
321 Verkehrsministerium, das die Kommunen bei der Beantragung und Planung von  
322 Radwegen unbürokratisch unterstützt und berät. Über die bloße Förderung von  
323 Radwegen hinaus soll die Umsetzung integrierter Konzepte in den Großstädten  
324 finanziert werden, um z.B. den Ausbau von Radnetzen, Fahrradquartiere,  
325 separierte Fahrradwege oder Vorrangschaltungen für Radfahrer zu realisieren.

326 Jeder Weg beginnt zu Fuß

327 Die meisten Wege in den Städten werden zu Fuß zurückgelegt. Daran muss sich auch  
328 die Verkehrsplanung orientieren. Zu Fuß gehen soll attraktiver und sicherer  
329 werden. Wir wollen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen mit kurzen  
330 Wartezeiten und langen Grünphasen. Barrieren und Hindernisse, die  
331 Fußgänger\*innen zu Umwegen zwingen, sollen verschwinden oder durchlässig gemacht  
332 werden. Mit gesicherten Überwegen in kurzen Abständen, mit Zebrastreifen,

333 Mittelinseln oder Gehwegvorstreckungen werden wir alle künftig leicht und sicher  
334 über die Fahrbahnen kommen. Ein engmaschiges barrierefreies Gehwegenetz soll  
335 Menschen zu Fuß und auch allen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind,  
336 zugutekommen.

337 Plätze und Gehwege sind soziale Räume für Begegnung und Aufenthalt. Radwege  
338 wollen wir deshalb von den Bürgersteigen auf die Fahrbahn bzw. separierte  
339 Radwege (protected bikelanes) verlagern und das Parken von Autos auf  
340 Gehwegflächen Zug um Zug reduzieren. Stattdessen soll dort durch mehr  
341 Sitzgelegenheiten und Grün die Aufenthaltsqualität erhöht werden. Der marode  
342 Zustand vieler Gehwege und eine oft unzureichende Beleuchtung führen zu  
343 Unsicherheiten. Neben der notwendigen Gehwegsanieuerung soll die Umstellung der  
344 Lampen auf LEDs dazu genutzt werden, die Straßenbeleuchtung besser auf die  
345 Belange der Fußgänger\*innen auszurichten.

#### 346 **Nur eine gesunde Stadt kann lebenswert sein**

347 Wer in der Stadt wohnt, ist mitunter teilweise deutlich stärkeren  
348 Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt als auf dem Land: Lärmbelastung und  
349 Feinstaubspitzen an viel befahrenen Straßen, die hohe Unfallgefahr an  
350 innerstädtischen Kreuzungen, höhere Stresslevel und Angst durch hohe  
351 Mietbelastungen: Stadtleben ist der Gesundheit nicht immer zuträglich. Deswegen  
352 wollen wir auf allen Ebenen darauf hinwirken, dass man als Mensch in der Stadt  
353 in Zukunft deutlich gesünder alt werden kann.

354 Darüber hinaus braucht es aber auch eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung  
355 in den Städten.

356 Die medizinische Versorgung in der Stadt ist teilweise sehr ungleich verteilt.  
357 Viele ärztliche Praxen konzentrieren sich in bessergestellten Vierteln. Wir  
358 wollen gemeinsam mit der ärztlichen Selbstverwaltung ausloten, wie wir die  
359 Verteilung von Praxen in den verschiedenen Stadtvierteln deutlich gerechter  
360 gestalten können und wir eine – auch vom Umland genutzte – optimale ärztliche  
361 Versorgung in den Großstädten gewährleistet werden kann.

362  
363 Aber Gesundheit ist keine rein ärztliche Aufgabe. Viele Akteur\*innen sind hier  
364 auf kommunaler Ebene aktiv. Uns ist es wichtig diese in Rahmen von kommunalen  
365 Gesundheitsplänen zu unterstützen und miteinander zu vernetzen. Wir sehen die  
366 Gesundheitsämter als Ansprechpartner\*innen für das kommunale  
367 Gesundheitsmanagement. Zusammen mit ihnen wollen wir an Plänen für gesunde  
368 Kommunen arbeiten.

369 Wir bekennen uns klar zu den Krankenhäusern in kommunaler Hand als wichtiger  
370 Baustein der örtlichen Gesundheitsversorgung. Wir werden uns auf Landesebene  
371 dafür einsetzen, dass die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die  
372 kommunalen Krankenhäuser verbessert werden.

#### 373 **Eine kluge Stadt braucht alle Talente**

374 Der Kinderanteil in allen drei Großstädten wächst, doch schon jetzt zeigen sich  
375 deutliche Unterschiede im bedarfsgerechten Ausbau von Bildungsangeboten. GRÜNE  
376 Ideen für Bildungsangebote gehen aber über die Quantität hinaus, schon jetzt  
377 zeigt sich an den Bildungsübergängen, wie unterschiedlich die jeweiligen  
378 Stadtteile aufgestellt sind. Darüber hinaus müssen wachsende Städte einen neuen  
379 Fokus auf Angebote des lebenslangen Lernens und inklusive Bildung legen. Wir

380 wollen ein Kulturangebot, dass auch finanziell den verschiedenen Erwartungen in  
381 einer vielfältigen Stadtgesellschaft entspricht und ausgebaut wird.

### 382 Bildungsangebote von der Kita bis zur Hochschule

383 Die steigenden Geburtenraten und der Zuzug von jungen Familien führen dazu, dass  
384 viele Eltern es schwer haben, einen geeigneten Kita-Platz zu finden. Auch fünf  
385 Jahre nach der Einführung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz fehlt  
386 es an Einrichtungen und Erzieher\*innen. Die wachsenden Städte wurden nicht nur  
387 hier jahrelang von der sächsischen Staatsregierung nur unzureichend bei der  
388 Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzten  
389 sich für eine Ausbildungsoffensive für Erzieher\*innen ein und einer höheren  
390 Entlohnung. Die wachsenden Kommunen müssen bei der Finanzierung von Kita-Plätzen  
391 entlastet werden: ein flexibler, bedarfsgerechter und dynamisierter  
392 Landeszuschuss unterstützt die Kommunen und entlastet die Eltern. Wir setzen uns  
393 ferner für ein Kita-Qualitätsgesetz auf Bundesebene ein. Bei dem nach wie vor  
394 erheblichen Investitionsbedarf bei Neubau und Sanierung von Kitas werden die  
395 Kommunen immer noch zu wenig unterstützt, so dass sie z.T. auf langfristig  
396 teurere Mietmodelle zurückgreifen. Um Kitas in kommunalem Eigentum realisieren  
397 zu können, wollen wir die Kommunen mit einem bedarfsgerechten  
398 Investitionsprogramm unterstützen. Die zunehmende Segregation in den Großstädten  
399 ist bereits in den frühen Jahren spürbar. Kitas in sozial benachteiligten  
400 Quartieren werden allein gelassen, wenn es darum geht, den Herausforderungen mit  
401 individueller Förderung von Sprache und sozialen Kompetenzen zu begegnen. Wir  
402 streiten für eine bessere Personalausstattung und zusätzliche Budgets für Kitas  
403 in Stadtteilen, in denen besonders viele Einkommensschwache und wenig  
404 bildungsnahe Eltern leben.

405 Um dem wachsenden Bedarf nach Schulen in den Großstädten nachzukommen streiten  
406 wir für ein Sofort-Programm Schule, das die Kommunen finanziell und strukturell  
407 bei der Umsetzung der Schulnetzplanung unterstützt. Wir wollen die Chance, die  
408 sich aus der Notwendigkeit von Schulneubauten ergibt, nutzen und pädagogisch  
409 innovative Bauten realisieren, die der Idee vom Raum als dritten Pädagogen  
410 gerecht werden. Dafür braucht es eine moderne sächsische Schulbauempfehlung,  
411 deren Leitlinien verbindlich bei der Vergabe von Schulbaufördermitteln sind.

412 Schon jetzt sind die Bildungschancen in den Großstädten höchst unterschiedlich  
413 verteilt. Während in dem einen Viertel 80% der Grundschüler eine  
414 Bildungsempfehlung für das Gymnasium bekommen, bekommt in anderen Stadtteilen  
415 nicht einmal jeder zehnte die Chance. Welchen Bildungsweg ein Kind einschlägt,  
416 darf nicht davon abhängen, in welchem Stadtteil seine Eltern wohnen. Dazu müssen  
417 wir gezielt Schulen in benachteiligten Lagen unterstützen. Nicht nur der  
418 ländliche Raum, sondern auch Schulen in sozialen Problemlagen der Großstädte  
419 haben mit dem Lehrermangel zu kämpfen. Wir wollen, dass Schulen mit Kindern aus  
420 benachteiligten Lebenslagen besonders gefördert werden, um die besten Lehrkräfte  
421 zu bekommen und zusätzliche Förderung umzusetzen.

422 Die wachsende Zahl von Studierenden in Sachsen stellt die Großstädte auch vor  
423 Herausforderungen. Wir wollen daher die Studentenwerke unterstützen und mehr  
424 Geld für studentisches Wohnen bereitstellen. In Städten wo der Wohnraum knapp  
425 wird, werden bezahlbare Wohnheime immer attraktiver, doch seit Jahren werden die  
426 Studentenwerke nicht ausreichend finanziert. Wir wollen, dass bei den  
427 Studierendenwohnheimen der bestehende Sanierungsstau aufgelöst und neue  
428 Wohnheime mit innovativen Konzepten geschaffen werden. Damit kann der Freistaat

429 einen konkreten Beitrag leisten, um dem angespannten Wohnungsmarkt  
430 entgegenzuwirken. Damit Studierende und Absolvent\*innen ihr Potential in der  
431 Region entfalten wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen neue Wege finden,  
432 damit ein Ankommen auch im sächsischen Arbeitsmarkt möglich ist: Ob innovative  
433 Start-ups, Selbstständige oder Freiberufler, wir brauchen in Sachsen einen neuen  
434 Gründergedanken, der dieses Innovationspotential fördert und unterstützt. Ob  
435 Mikrokredite oder Beratungsangebote, wir wollen, dass diese Menschen sich in  
436 Sachsen verwirklichen können. Auch Jobmessen und eine integrierte, regionale  
437 Arbeitsmarktberatung an den Hochschulen kann dazu führen, dass die  
438 Absolvent\*innen in der Region bleiben.

#### 439 Regionale Bildungslandschaften stärken

440 Kinder wachsen in ihrem Stadtteil auf. Im Laufe der Zeit wird ihr  
441 Bewegungsradius immer größer. Dem Bedürfnis nach regionaler Verortung und  
442 Vernetzung wollen wir durch die Gestaltung von kommunaler Bildungslandschaften  
443 Rechnung tragen. Regionale Bildungslandschaft bestehen aus einem verzahnten  
444 System von klassischen Bildungsangeboten, Freizeiteinrichtungen, Sportvereinen,  
445 kulturellen Einrichtungen, Gemeinden, Angeboten der Offenen Kinder- und  
446 Jugendarbeit und der Jugendhilfe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen in den  
447 Quartieren eine bessere Verzahnung der Bildungseinrichtungen, verantwortliche  
448 Bildungsübergänge, Bildungsinstitutionen die in den Stadtteil wirken und sich  
449 öffnen – nicht nur institutionell sondern auch architektonisch.

#### 450 **Kultur braucht Freiräume**

451 Ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität der sächsischen Großstädte ist die  
452 reichhaltige Kulturszene. Doch die Freiräume, in denen sich insbesondere die  
453 freie Szene entwickeln konnte, ist zunehmend bedroht. Zahlreiche Theater,  
454 Galerien, Proberäume und Clubs mussten schon schließen – weil andere Nutzungen  
455 mehr Profit bringen. Wir wollen die Vielfalt der Kultur erhalten. Dazu gehört  
456 für uns auch die Vielfalt der kulturellen Orte. Wir setzen uns dafür ein, solche  
457 Flächen städtebaulich zu sichern, in öffentlicher Hand zu halten oder neu  
458 anzukaufen, um sie für Kulturschaffende zu erhalten. Dabei sollte die Vergabe in  
459 Erbbaupacht gestärkt und vermehrt Genossenschaftsmodelle ermöglicht  
460 werden. Anders als die großen Theater erhalten Gruppen der Freien Szene bisher  
461 keine Investitionszuschüsse, um ihre Räume auszubauen oder zu sanieren. Statt  
462 Leerstand zu verwalten, sollen öffentliche und private Flächen und Räume zur  
463 Zwischennutzung für Kulturprojekte zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns  
464 für eine Zwischennutzungsagentur oder andere geeignete Modelle einsetzen, die  
465 Künstler\*innen Räume zeitlich begrenzt vermittelt.

#### 466 Soziokultur und migrantische Kultur unterstützen

467 Der Zuzug von jungen Menschen und steigende Geburtenraten bringen nicht nur  
468 einen  
469 steigenden Bedarf von Bildungsangeboten mit sich, sondern auch mehr Nachfrage  
470 nach  
471 soziokulturellen Angeboten. Diese wollen wir stärker unterstützen. Besser als  
472 bisher muss es dabei gelingen, kultur- und bildungsferne Klientel anzusprechen.  
473 Angesichts des stark wachsenden Anteils von Bürger\*innen mit  
474 Migrationsgeschichte wollen wir außerdem neue Ansätze für vielfaltsorientierte  
475 Kulturarbeit fördern. Sachsen ist Einwanderungsland, aber im Vergleich zu  
476 anderen Großstädten ist migrantische und postmigrantische Kultur bisher kaum im  
477 Fokus der Kulturförderung.

## 478 Bewahrung von Kulturgut und Stadtgeschichte

479 Unsere Städte sind reich an historischen Kulturgütern: Diese reiche Geschichte  
480 wollen wir nachhaltig bewahren für eine Zukunft, in der sich ein verschärfendes  
481 Klima insbesondere mit Feuchtigkeitsschäden die geschützte Bausubstanz vor neue  
482 Herausforderungen stellt. Deshalb setzen wir uns auf Landesebene für eine  
483 bessere Förderung des Denkmalschutzes, auch für Privatpersonen ein.

## 484 **Eine lebenswerte Stadt braucht gute Arbeit**

485 Die Großstädte beherbergen eine umfassende Arbeitswelt mit vielen Betrieben und  
486 Dienstleistungsunternehmen, mit Behörden, Wissenschaftsstandorten und sozialen  
487 Einrichtungen. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Großstädten  
488 gesunken und es waren immer wieder größere Neuansiedlungen zu verzeichnen.  
489 Dennoch brauchen wir ein neues Herangehen an Wirtschaft und Arbeit in den  
490 Großstädten. Wir müssen weg von der Fokussierung auf Großansiedlungen und müssen  
491 die Innovationskraft von kleinen und mittelständischen Betrieben, von  
492 Gründer\*innen, von Menschen, die progressive Ideen haben, stärken. Durch eine  
493 gezielte Vergabe von Geldern im Rahmen von öffentlichen Aufträgen sollen diese  
494 in der Region bleiben und so auch das Umland und Mittelzentren stärken – die  
495 entsprechenden Rahmenbedingungen wollen wir durch ein modernes Vergabegesetz  
496 erreichen.

497 Wir wollen eine wachsende Stadt, in der gute Arbeitsplätze in den Quartieren  
498 entstehen und so ökologische und soziale Arbeitsverhältnisse geschaffen werden  
499 und sich die Wirtschaftsstruktur der Stadt und nicht umgekehrt anpasst, durch  
500 kurze Wege, eine gute lokale Verankerung und eine stärkere Kooperation zwischen  
501 Industrie und Wissenschaft. Dazu wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die  
502 Kooperation der Wirtschaft mit den örtlichen Wissenschaftseinrichtungen  
503 verbessern, um unsere Städte zur wirklichen Innovationszentren zu machen.  
504 Insbesondere die Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte,  
505 Auszubildenden und Absolventen sollen stärker genutzt werden.

506 Gründungskultur ist eine wichtige Impulsgeberin für unsere Städte. Wir wollen  
507 den Gründer\*innen nicht reinreden, sondern gute Rahmenbedingungen schaffen,  
508 damit diese sich mit ihren Ideen verwirklichen können. Dafür werden wir günstige  
509 Räume vorhalten und Co-working-Spaces als Orte fürs Netzwerken unterstützen. Der  
510 Kontakt zu etablierten Unternehmen, Business Angels und Wagniskapitalgeber\*innen  
511 ist stärker fördern. Um Gründungen zu erleichtern und eine Kultur der  
512 Selbständigkeit und Risikobereitschaft zu unterstützen, werden wir den  
513 bürokratischen Aufwand reduzieren und die vorhandenen Beratungsstellen auch für  
514 die Konzeptphase ausbauen. Mit einem Mentoringprogramm wollen wir insbesondere  
515 Frauen auf dem Weg in die Selbständigkeit und Teilzeitgründungen unterstützen.  
516 Wir setzen uns dafür ein, dass Talente nicht aus Finanzierungsgründen abwandern  
517 und wollen die Förderung der besten Ideen.

## 518 **Die Stadt der Zukunft – digital und vernetzt**

519 Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte zu Smart Cities werden. Dazu müssen  
520 wir die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung stärker nutzen als bisher, um  
521 den vielfältigen Anforderungen an moderne Kommunikation und Infrastruktur  
522 genügen. Schlüssel dafür ist der flächendeckende Ausbau mit Breitbandnetzen der  
523 nächsten Generation. Auf dieser Grundlage wollen wir die Umsetzung intelligenter  
524 Verkehrssteuerungssysteme für den Personen- aber vor allem für den Lieferverkehr  
525 unterstützen, die mehr Menschen und Waren pünktlich und bezahlbar an ihr Ziel

526 bringen, ohne dabei die Luft in gesundheitsschädlichem Ausmaß zu verschmutzen  
527 und ohrenbetäubende Lärmpegel in der Innenstadt zu erzeugen. Zugleich wollen wir  
528 die Leistungen der Daseinsvorsorge in den Städten, von der Stromerzeugung bis  
529 zur Müllentsorgung stärker miteinander vernetzen.

530 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine stärkere Digitalisierung von  
531 Verwaltungsprozessen erreichen. Unser Ziel ist es, dass zukünftig die  
532 Kommunikation der Unternehmen und der Bürger\*innen mit der Verwaltung in der  
533 Regel digital abgewickelt werden kann.

534 Damit eine stärkere Digitalisierung und Vernetzung gelingen kann, müssen die  
535 Städte in Sachsen Vorreiter beim Thema Datenschutz und Datensicherheit werden.  
536 Es braucht stärkere Anstrengungen und Investitionen in diesen Bereichen, das  
537 gilt auch und gerade für die kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge, wie  
538 Stromerzeuger.

### 539 **Eine moderne Stadt braucht eine moderne Verwaltung**

540 Um das Gemeinwesen in unseren Städten lebenswert gestalten zu können, braucht es  
541 eine starke Verwaltung. Sie ist der Garant dafür, dass Anträge zügig bearbeitet  
542 werden, Verkehrsplanungen nicht ins Stocken geraten und die Bürger\*innen ihre  
543 Ansprüche auch durchsetzen können.

544 Die Verwaltung in den Großstädten ist aufgrund einer jahrelangen verfehlten  
545 Personalplanung in vielen Bereichen am Limit. Das zeigt nicht zuletzt der hohe  
546 Krankenstand in der kommunalen Verwaltung. Wir wollen die Verwaltungen wieder  
547 mit dem Personal ausstatten, das sie brauchen, um ihre Aufgaben reibungslos zu  
548 erfüllen. Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiver, leistungsfähiger  
549 machen, damit die Kommunen im Kampf um die besten Köpfe eine Chance haben. Den  
550 öffentlichen Dienst machen wir zu einem Modellprojekt für ein gutes  
551 betriebliches Gesundheitsmanagement und wertschätzende Personalführung und -  
552 entwicklung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für konsequente Gleichstellung und  
553 werden daher noch stärker Anstrengungen unternehmen, um den Frauenanteil in  
554 Spitzenpositionen der Verwaltung zu erhöhen. Wir wollen unsere Verwaltungen  
555 mehrsprachig machen, davon profitieren die Mitarbeiter\*innen ebenso wie die  
556 Bürger\*innen der Städte.

557 Einstellungsverfahren in den öffentlichen Dienst sollen vereinfacht werden, um  
558 die Einstellung neuen Personals zu beschleunigen. Wir setzen uns für  
559 Musterausschreibungen für identische Aufgabenbereiche ein, die nach einer  
560 Musterzustimmung durch den Hauptpersonalrat keine Einzelzustimmung mehr  
561 benötigen.

### 562 **Selbstbestimmung in Freiheit und Sicherheit**

563 Viele Menschen ziehen nicht nur wegen Arbeit oder Ausbildung in eine Stadt. Sie  
564 kommen auch auf der Suche nach Selbstverwirklichung und Vielfalt, Freiheit und  
565 dem Nebeneinander vieler verschiedener Lebensentwürfe. Wir möchten sichere  
566 Städte. Dafür setzen wir auf eine ausreichende Personalausstattung der  
567 öffentlichen Behörden. Was wir aber nicht brauchen, ist Geldverschwendung mit  
568 reinen Symbolmaßnahmen wie Videokameras und hochgerüsteten Sicherheitsdiensten.  
569 Wir wollen, dass der öffentliche Raum auch öffentlich bleibt. Polizist\*innen  
570 sollen im Stadtteil vor allem als Ansprechpartner\*innen zu Fuß auftreten. Um  
571 immer wieder auftretender Stigmatisierung entgegenzuwirken, setzen wir zudem auf  
572 verpflichtende Fortbildungen der Bediensteten im Bereich Antirassismus und  
573 Geschlechtersensibilität. Dem Streben nach der Privatisierung und nach der

574 stärkeren Überwachung des Öffentlichen Raums werden wir uns widersetzen. Deshalb  
575 lehnen wir die Möglichkeiten zu verdachtsunabhängigen Personenkontrollen durch  
576 die – im Übrigen für viele Kommunen stigmatisierende – Ausweisung sogenannte  
577 gefährlicher Orte ebenso ab, wie die Ausweisung von Alkoholverbotzonen.

578 **Die lebenswerte Stadt braucht Weltoffenheit und eine starke Stadtgesellschaft**

579 Demokratie funktioniert nur dann richtig gut, wenn die Verwaltung verlässlich  
580 und schnell arbeitet und der städtische Versorgungsauftrag erfüllt wird; sie  
581 funktioniert, wenn es einen kritischen und starken Journalismus vor Ort gibt,  
582 der Missstände aufdeckt und Bürger\*innen eine starke Stimme gibt; sie  
583 funktioniert besser, wenn Menschen ein gutes Einkommen haben und sich neben der  
584 Arbeit auch gesellschaftlich engagieren und für ihre Stadt Verantwortung  
585 übernehmen können. Wir wollen unsere Städte in all diesen Bereichen stabiler  
586 aufstellen, hin zu einer selbstbewussten und gemeinwohlorientierten  
587 Stadtgesellschaft, in der es selbstverständlich ist, sich für das Miteinander  
588 und eine gute Zukunft einzusetzen. Wir fordern dementsprechend eine umfassende  
589 Beteiligung der Bürger\*innen an allen kommunalpolitischen Prozessen von  
590 einzelnen Bauvorhaben bis zum Bürgerhaushalt.

591 Die Stadt der Zukunft ist eine noch internationalere Stadt als heute: Damit  
592 Sachsens Großstädte zu Orten des Zusammentreffens, der Forschung und Bildung,  
593 der internationalen Verständigung und Produktivität werden können, begreifen wir  
594 Internationalität in all ihren Facetten als Selbstverständlichkeit und  
595 Bereicherung. Wir brauchen eine Kultur der Weltoffenheit und eine gelebte  
596 Willkommenskultur, nicht nur in den Behörden, sondern in der Stadtgesellschaft.  
597 Nur so können unsere Städte sich den Herausforderungen der Zukunft stellen und  
598 attraktiv für Menschen aus aller Welt sein, die hier leben und arbeiten wollen.  
599 Für alle Neuankommenden bedeutet eine Stadt oft Orientierungslosigkeit. Mit dem  
600 Willkommenszentrum im Leipzig haben wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein innovatives  
601 Projekt realisiert. Das Nebeneinander von Behörden, Angeboten und Dienstleistung  
602 kann hier gebündelt werden um das ankommen zu erleichtern. Ein Pilotprojekt  
603 welches auch für andere Städte Vorbild sein kann.



**KO3NEU** Bedarfsorientierten Finanzausgleich für sächsische Kommunen und Landkreise auf den Weg bringen - Eigenverantwortung anerkennen und stärken

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

1 **1. Reformbedarf des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes**

2 Das kommunale Finanzausgleichssystem stellt über seine Mittelverteilung eine  
3 entscheidende Finanzierungsquelle der sächsischen Kommunen dar. Daneben werden  
4 den Kommunen und Landkreisen finanzielle Mittel über eine Vielzahl von  
5 zweckgebundenen Förderprogrammen zur Verfügung gestellt. Diese entscheidenden  
6 Bausteine sind daran zu messen, ob so die Aufgabenerfüllung der sächsischen  
7 Kommunen gesichert und gleichzeitig ihre finanzielle Eigenverantwortung  
8 gewährleistet werden kann. Die Einschätzungen dazu gehen zwischen  
9 Landesregierung und kommunaler Familie auseinander. Dass Konflikte bei der  
10 Verteilung knapper, finanzieller Ressourcen aufkommen und Begehrlichkeiten auf  
11 beiden Seiten bestehen, ist im Grunde nicht verwunderlich. Die aktuelle Praxis  
12 des kommunalen Finanzausgleichs kombiniert mit Förderprogrammen ist allerdings  
13 nicht im Stande, solche Konflikte einigermaßen zu befrieden und das obwohl die  
14 Einnahmenseite konjunkturbedingt recht positiv aussieht.

15 Die aktuelle Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes weist  
16 deutliche Defizite auf:

- 17 • **Intransparenz und veraltete Zahlen:** Es wird auf veraltete Daten für die  
18 Ermittlung der Mittelverteilung zurückgegriffen, wodurch das System nur  
19 punktuell und sehr langsam auf veränderte Situationen reagiert. Dies wird  
20 durch den aktuellen FAG-Entwurf der Staatsregierung für die Jahre 2019 bis  
21 2020 eindrucksvoll sichtbar. Die Datenbasis für die Berechnungen stellen  
22 die Jahre 2013 bis 2016 dar. Hinzu kommen der intransparente Umgang der  
23 Staatsregierung mit den verwendeten Daten sowie die intransparenten  
24 Absprachen unter Regierungsdominanz im FAG-Beirat.
- 25 • **Eingriff in die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen:** Jede Kommune hat  
26 klare Pflichtaufgaben und zusätzlich freiwillige, aber absolut sinnvolle  
27 Leistungen, welche sie erfüllen muss. Die zu diesen Aufgaben passende  
28 Mittelverwendung erfordert dezidierte, individuelle Entscheidungen der  
29 kommunalen Akteure vor Ort. Die aktuelle Kombination aus hohen  
30 zweckgebundenen Investitionsmitteln des FAG und den unzähligen  
31 Förderprogrammen lässt eine Entscheidung durch die Verantwortlichen vor  
32 Ort jedoch nur im marginalsten Maße zu. Prioritäten und investive Vorhaben  
33 werden nicht am individuellen Bedarf, sondern an den jeweils passenden  
34 Mitteln des FAG und bzw. oder den vorgeschriebenen Verwendungszwecken von  
35 Förderprogrammen ausgerichtet. Die aktuelle Konstruktion verschiebt die  
36 Bedarfsentscheidung hin zur Staatsregierung und verlagert sie damit weg  
37 von den regionalen, gewählten Volksvertretern.
- 38 • **Keine Bedarfsorientierung, sondern starre Verteilungsregelungen:** Seit  
39 Jahren beobachten wir nicht nur in Sachsen, dass immer noch Menschen aus  
40 dem ländlichen Raum abwandern. Auf der anderen Seite wachsen größere

41 Städte und haben alle Folgeerscheinungen zu tragen. Aufgrund der im  
42 Sächsischen Finanzausgleichsgesetz geregelten Mittelverteilung ist dies  
43 besonders fatal für kleinere Gemeinden: Das Problem hierbei ist die  
44 Ermittlung der Bedarfsmesszahlen und die hiermit verbundene  
45 „Einwohnerveredelung“ nach Anlage 1 SächsFAG. Ob es gerechtfertigt ist,  
46 dass für einen Bewohner einer kleinen Gemeinde (< 1500 Einwohner) nur fast  
47 halb so viel Geld ausgeschüttet wird, wie für einen Bewohner einer Stadt  
48 mit über 35.000 Einwohnern, kann bezweifelt werden. Eine sachgerechte  
49 Datengrundlage für die Spreizung ist nicht festzustellen. Die  
50 Einwohnerveredelung scheint willkürlich und anhand fiktiver Schätzungen  
51 festgelegt zu sein.

52 Es ist deshalb unverständlich, dass der sächsische Finanzminister Dr. Matthias  
53 Haß (CDU) Anfang April 2018 klargestellt hat, dass es keine Veränderungen am  
54 bestehenden Finanzausgleichssystem geben wird.

55 Bestehende Ausgleichsregeln werden lediglich weitergeführt und im Rahmen dieser  
56 bestehenden Regeln werden Anpassungen vorgenommen. Das Problem sieht er in einer  
57 Diskrepanz zwischen der guten Finanzlage und der *Stimmung* in den Kommunen, die  
58 mit vorgegriffenen Wunschlisten aufwarten würden. Auch 28 Jahre nach der  
59 politischen Wende will die Regierung offenbar die Kommunen weiterhin „am  
60 goldenen Zügel“ führen und verweigert ihnen ein „mehr“ an finanzieller  
61 Eigenverantwortung. Darin zeigt sich indessen eine altbekannte Überheblichkeit,  
62 denn nach Art. 82 Abs. 2 der Sächsischen Verfassung ist den Gemeinden das Recht  
63 gewährleistet, ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener  
64 Verantwortung zu regeln. Mangelnde Transparenz und unzureichende Kommunikation  
65 politischer Entscheidungen der Staatsregierung mit den Kommunen leisten ihren  
66 übrigen Beitrag zur Unzufriedenheit im Land.

## 67 **2. Unsere Lösungsansätze für ein zeitgemäßes Finanzausgleichssystem**

### 68 ***Mit deutlichen Schritten zur großen Reform!***

69 Eine Reform des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes ist notwendig. Einige  
70 Verteilungsmechanismen müssen den aktuellen Herausforderungen und  
71 Zielvorstellungen angepasst werden. Die grundlegenden Prinzipien der  
72 gleichmäßigen Einnahmenentwicklung in vertikaler und horizontaler Perspektive  
73 müssen um eine Kostenbetrachtung der Aufgaben ergänzt werden.

74 Eine Totalrevision des SächsFAG birgt aufgrund der Komplexität der verschiedenen  
75 Mechanismen, ihrer Wechselwirkungen untereinander und der daraus resultierenden,  
76 schwer kalkulierbaren Verteilungseffekte ein gewisses Risiko. Daher wollen wir  
77 uns in klaren, überschaubaren Modernisierungsschritten dem eigentlichen Ziel  
78 nähern: Die Selbstverwaltungshoheit und finanzielle Eigenverantwortung der  
79 sächsischen Kommunen erhöhen und den Übergang zu einem bedarfsorientierten  
80 Finanzausgleichsgesetz vollziehen.

### 81 **Finanzielle Mittelverteilung klar an Bedarfen orientieren und mehr Verantwortung 82 vor Ort belassen!**

83 Angesichts des politischen Ziels, den ländlichen Raum attraktiver zu gestalten  
84 und seiner weiteren Entvölkerung entgegen zu wirken, müssen die starre Spreizung  
85 bei der Einwohnerveredelung verringert und sinnvolle Alternativen zu den  
86 bisherigen Gemeindegrößenklassen gefunden werden. Die Zuweisungspauschalen  
87 unterschiedlich großer Gemeinden müssen sich am tatsächlichen Zuschussbedarf  
88 orientieren. Die derzeitige Verteilungsregelung gehört dringend auf den

89 Prüfstand, um eine bedarfsorientierte Mittelverteilung zu gewährleisten, auch  
90 wenn dies gegebenenfalls zu einer Erhöhung der Ausgleichsmasse führen muss. In  
91 eine neue Regelung soll die Sicherstellung einer Mindestfinanzkraft der Kommunen  
92 integriert werden. Damit wollen wir gewährleisten, dass neben der Erfüllung der  
93 Pflichtaufgaben für alle Kommunen auch die Erbringung freiwilliger Aufgaben  
94 möglich bleibt. Das SächsFAG kann imstande sein, auf veränderte Bedarfe durch  
95 Wachstum und Schrumpfung gleichermaßen zu reagieren, aber nur wenn es  
96 modernisiert und reformiert wird.

97 Zur Stärkung der lokalen und regionalen Entscheidungskompetenzen sollen die  
98 Kommunen selbst entscheiden, worin sie investieren. Dazu sollten Mittel, die  
99 bisher über spezielle Förderprogramme finanziert werden in das FAG überführt  
100 werden. Zusätzlich sollte das FAG in der Lage sein, Mittel so einzusetzen, dass  
101 Anreize zur Entwicklung von nachhaltigen, zukunftsorientierten Investitionen und  
102 freiwillige kommunale Aufgaben ermöglicht werden, ohne dass kleinteilige  
103 Vorschriften die Richtung kommunaler Innovationen vorschreiben. Die grundlegende  
104 Prioritätensetzung, welche Maßnahmen vorrangig zu finanzieren sind, bleibt so  
105 vor Ort bei den Stadt-, Gemeinde- und Kreisräten. Ein höherer Anteil  
106 ungebundener Finanzmittel würde zudem Konflikte mit der doppelten  
107 Haushaltsführung vermeiden und Haushaltsbuchungen sowie -abschlüsse  
108 vereinfachen.

#### 109 **Sozialer Nebenansatz zum Ausgleich von sozialen und demografischen Disparitäten!**

110 Die Sozialkosten, wie bspw. Nettokosten für Unterkunft und Asyl, ALG II sowie  
111 Jugend- und Sozialhilfe, sind in den Kommunen sehr unterschiedlich verteilt. Ein  
112 sozialer Nebenansatz kann diese ungleiche Lastenverteilung austarieren.  
113 Besonders die kommunalen Ausgaben im Rahmen des SGB-II werden als geeigneter  
114 Indikator für solch einen Verteilungsmechanismus erachtet. Dieser Ausgabenposten  
115 ist nicht nur der größte Posten an Sozialausgaben in den Kommunen. Die Ausgaben  
116 für Leistungen nach dem SGB-II geben zudem eine Tendenz über weiter anfallende  
117 soziale Folgekosten an.

118 Ein sozialer Nebenansatz muss unterschiedliche demografische Bedingungen  
119 berücksichtigen und den Bedarf sowohl schrumpfender als auch wachsender Städte  
120 und Regionen abbilden. Dabei wollen wir auch Anreizkomponenten integrieren,  
121 damit Kommunen proaktiv einer Verfestigung sozialer Hilfsbedürftigkeit  
122 entgegenwirken bzw. Strukturen der Daseinsvorsorge einer schrumpfenden  
123 Bevölkerung anpassen, also Gestalten statt Verwalten!

#### 124 **Nebenansatz für Kita-Betreuung schaffen!**

125 Ein Kita-Betreuungsansatz inklusive eines Finanzierungsanteils für Investitionen  
126 verteilt Gelder zum Zweck der frühkindlichen Bildung anhand der vorhandenen  
127 Kinderbetreuungsplätze der öffentlichen und freien Träger und wäre eine  
128 sinnvolle Ergänzung des aktuellen Schüleransatzes. Der jetzt noch außerhalb des  
129 SächsFAG verteilte Landeszuschuss nach § 18 SächsKitaG von aktuell 600 Millionen  
130 Euro im Jahr 2018 soll hier einfließen. Administrativ aufwendige Programme  
131 können entfallen und unbürokratisch über diesen Nebenansatz ausgereicht werden.  
132 Der Nebenansatz muss so gestaltet werden, dass die aufwendige  
133 Fremdkinderabrechnung der Kommunen untereinander entfallen kann, welche aktuell  
134 notwendig ist, wenn Wohnsitz und in Anspruch genommener Betreuungsplatz in  
135 unterschiedlichen Gemeinden liegen. Desweiteren muss die Möglichkeit für  
136 Sonderinvestitionszuschüsse, z.B. aufgrund stark steigender Geburten- oder

137 Zuzugszahlen erhalten bleiben. Hierdurch wird dem eigentlichen Zweck von  
138 Förderprogrammen als temporäre finanzielle Maßnahme entsprochen.

139 ***Ökologischer Lastenausgleich und flächeninduzierte Anreizstrukturen!***

140 Naturschutz ist eine wichtige Aufgabe der Kommunen. Bisher gibt es keine  
141 sinnvollen Anreizstrukturen für kommunale Naturschutzpolitik. Die Verwaltung von  
142 Schutzflächen (bspw. Natur- und Landschaftsschutzflächen), die hiermit für eine  
143 Gemeinde bzw. einen Landkreis verbundenen Kosten sowie die verminderte  
144 wirtschaftliche Nutzungsfähigkeit solcher Flächen werden an keiner Stelle im FAG  
145 berücksichtigt. Empfehlenswert ist z.B. ein Ausgleich für einen  
146 überdurchschnittlich hohen Anteil an Schutzflächen im Gebiet einer Gemeinde oder  
147 eines Landkreises. Den Lastenausgleich erhält dann der Träger der Aufgaben und  
148 Lasten. Der überdurchschnittliche Flächenanteil wird mit einer Pauschale pro  
149 Flächeneinheit vergütet, die nach der Art der Schutzfläche abgestuft  
150 ausgestaltet ist. Als Effekt hätten Kommunen ein Interesse daran, Schutzflächen  
151 auszuweisen. Zumindest jedoch würde dieser Lastenausgleich dem Naturschutz  
152 entgegenstehende Interessen ein Stück weit befrieden. Denkbar wäre diesen  
153 Ausgleich als Sonderlastenausgleich, ähnlich dem Ausgleich für Straßenbaulasten,  
154 einzuführen.

155 ***Bedarfsfaktoren erkennen und evaluieren!***

156 Eine Reform des Finanzausgleichssystems muss den sehr unterschiedlichen  
157 Gegebenheiten und Entwicklungen der Kommunen im Land gerecht werden, ohne eine  
158 zentralistische Über- oder Fehlsteuerung zu bewirken. Anhand geeigneter  
159 Indikatoren sollen unterschiedliche Zuschussbedarfe der Kommunen benannt werden.  
160 Auf Grundlage vergleichbarer Zahlen und transparenter Daten sind entsprechend  
161 bedarfsorientierte Verteilungsmechanismen so zu konstruieren und regelmäßig zu  
162 evaluieren, dass Extreme vermieden werden. Eine Reform muss sich an zentralen  
163 Staats- und Verfassungszielen und an den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts  
164 orientieren. „Frieden“, „Gerechtigkeit“, die „Bewahrung der Schöpfung“, die  
165 Stärkung des Selbstverwaltungsrechts und der finanziellen Eigenverantwortung der  
166 sächsischen Kommunen werden maßgebende Projektionsflächen eines modernen  
167 Finanzausgleichssystems sein.

168 ***Partizipativen Prozess beginnen!***

169 Die Größe dieser Herausforderung darf uns nicht abschrecken, das SächsFAG zu  
170 reformieren und die Verteilungsmechanismen insgesamt zu verbessern. Eine  
171 bedarfsorientierte Reform ist keine einfache Angelegenheit und lässt sich nicht  
172 allein technokratisch von außen lösen. Vielmehr braucht es einen im geeigneten  
173 Rahmen stattfindenden diskursiven Erörterungsprozess, der den Kommunen die  
174 Chance gewährt, ihre Bedarfsforderungen zu artikulieren, der auch die  
175 Erwartungen an die Aufgabenerfüllung durch das Land und dessen finanzielle  
176 Möglichkeiten berücksichtigt. Diese gemeinsame Erarbeitung wäre das Zeichen  
177 eines respektvollen Umgangs der Staatsregierung mit der kommunalen Familie. Im  
178 Ergebnis ist es durchaus möglich, dass sich die Finanzmasseaufteilung  
179 verschiebt. Das SächsFAG muss den Entwicklungen unserer Zeit angepasst werden.  
180 Diese Strategie von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen beendet das bisherige  
181 Wegdiskutieren bekannter Probleme.

## Begründung

### **Bedarfsorientierten Finanzausgleich für sächsische Kommunen und Landkreise auf den Weg bringen - Eigenverantwortung anerkennen und stärken**

Politische Gestaltungsmöglichkeiten werden dort konkret erfahrbar, wo sie auf die Lebenswirklichkeit der Menschen treffen. Dem Handeln der Kommunen und Landkreise kommt daher eine hohe Bedeutung zu, sowohl was die Akzeptanz unseres politischen Systems betrifft als auch die Verbesserung der tatsächlichen Lebensumstände der Bürger\*innen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen haben daher Hochachtung vor allen, die sich hier verantwortungsvoll einbringen und vor Ort unsere grundgesetzlichen Werte leben und damit einen Beitrag leisten, solidarisch, offen und sicher zusammenzuleben sowie unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Anstrengungen, gutes Leben für alle zu gestalten, finden unsere volle Unterstützung. Dazu gehört auch, die Städte, Gemeinden und Landkreise bedarfsorientiert finanziell auszustatten. Dieser Ausdruck der Wertschätzung der Leistungen der kommunalen Familie wird durch die derzeitigen Regelungen zum Finanzausgleich und der tatsächlichen Fördermittelpraxis durch die Landesregierung nur unzureichend umgesetzt. Es entsteht der Eindruck, dass zentrale politische Vorstellungen über die Steuerung der Finanzströme durchgesetzt werden sollen. Damit werden die kommunale Autonomie schleichend ausgehöhlt und den Verantwortlichen vor Ort Entscheidungsspielräume genommen. Dabei wissen diese am besten, an welchen Stellen Nachjustierungen und neue Schwerpunktsetzungen angezeigt sind. Die aktuellen Maßnahmen der Staatsregierung ändern dies grundsätzlich nicht, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und erzielen nur einen leicht durchschaubaren Placeboeffekt.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für die Anerkennung der Leistungen und Verantwortung unserer Städte, Gemeinden und Landkreise. Grundlage dafür ist eine finanzielle Ausstattung, die es erlaubt, pflichtige und freiwillige Aufgaben in Eigenverantwortung erfüllen zu können. Aufgrund der nur eingeschränkten kommunalen steuerlichen Erhebungskompetenz kommt dabei der Beteiligung der Gemeinden am allgemeinen Einnahmeaufkommen entscheidende Bedeutung zu. Dies ist eine originäre Aufgabe des Freistaates und geschieht über die Regelungen des kommunalen Finanzausgleiches, die Ausreichung von Fördermitteln und weitere Instrumente. Hier sind grundsätzliche Änderungen notwendig. Wenn Pflichtaufgaben, wie z.B. der Neubau bzw. die Sanierung von Schulgebäuden, nur mit Hilfe extra aufgelegter Fördermittelprogramme erfüllt werden können, ist dies ein Zeichen für eine ungenügende und nicht sachgerechte Finanzausstattung unserer Kommunen. Weiterhin sind die Anforderung und Probleme vor Ort inzwischen so vielschichtig und differenziert, dass ein kommunaler Finanzausgleich, der einen Schwerpunkt auf die reine Einwohnerzahl legt, nicht sachgerecht ist sowie Ungerechtigkeiten entstehen lässt und verstärkt.

Wir wollen daher mehr und mehr die tatsächlichen Bedarfe der kommunalen Familie in den Blick nehmen. Dabei wären wir keineswegs Vorreiter, sondern folgen nur den Schritten, die andere Bundesländer bereits mit Erfolg gegangen sind. Auch hier zeigt sich die nunmehr bereits Jahrzehnte andauernde Modernisierungsschwäche CDU-geführter sächsischer Regierungen. Wir wollen diesen Stillstand auch im Bereich der Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise endlich überwinden. Dabei gehören alle Instrumente, auch wenn sie in der Vergangenheit ihre Berechtigung hatten, auf den Prüfstand. Unser Ziel ist dabei klar: Die finanzielle Ausstattung der Kommunen und Landkreise muss die tatsächlichen Bedarfe widerspiegeln und so gestaltet sein, dass vor Ort über die konkrete Verwendung entschieden werden kann. Dazu ist es zum Einen notwendig, die ungebundenen Finanzzuweisungen zu erhöhen und kleinteilige, überspezialisierte Förderprogramme möglichst zurückzufahren. Nebenbei wird dabei noch Bürokratie abgebaut. Zum Anderen wollen wir uns endlich auf den Weg machen, den kommunalen Finanzausgleich an den tatsächlichen Bedarfen auszurichten. Eine solche grundlegende Änderung ist nicht von heute auf morgen möglich. Sie muss alle Akteure mit einbeziehen. Beispiele insbesondere aus Hessen und Schleswig-Holstein (unter GRÜNER Regierungsbeteiligung) zeigen, dass eine Umstellung möglich ist, die den Bedürfnissen aller Betroffenen - Groß-, Mittel- und Kleinstädte, Dörfer sowie Landkreise - Rechnung trägt. Jeder Weg beginnt jedoch mit den ersten Schritten. Und so wollen wir Umstände, die die Bedarfe der

Städte, Gemeinden und Landkreise schon heute beeinflussen, bisher aber im kommunalen Finanzausgleich keine Rolle spielen, zunächst innerhalb des bestehenden Systems berücksichtigen.

Aktive Beiträge zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir durch die Einführung eines ökologischen Lastenausgleiches belohnen.

Den Herausforderungen des demographischen Wandels, der sich auch in Zu- und Wegzugsbewegungen ausdrückt, stellen wir uns mit einem sozialen Nebenansatz. Gleiches gilt für das Schultern der Herausforderungen im Bereich der Kinderbetreuung.

Damit begeben wir uns auf den Weg, unsere Kommunen finanziell angemessen auszustatten, ihnen ihre verfassungsrechtlich garantierten Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugeben und damit die Wertschätzung entgegenzubringen, die sie schon lange verdienen!

**V4** Sicherheit gibt es nur in Freiheit – NEIN zu massenhafter Überwachung – NEIN zum neuen Polizeigesetz!

Antragsteller\*in: Valentin Lippmann (KV Dresden), Juliane Hundert (KV Dresden), Anne Kämmerer (KV Meißen), Jürgen Kasek (KV Leipzig), Hannes Merz (KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Freiheit und Sicherheit

1 Die schwarz/rote Koalition in Sachsen plant eine so noch nie da gewesene  
2 Verschärfung des sächsischen Polizeirechts. Mit umfassenden neuen Befugnissen  
3 für die Polizei und immer größeren Eingriffsmöglichkeiten in die Grundrechte des  
4 Einzelnen sucht Sachsen im Wettbewerb um das schärfste Polizeigesetz  
5 Deutschlands den Anschluss zum bayrischen Polizeiaufgabengesetz.

6 **Wird der Freistaat zum Polizeistaat?**

7 Mit den Plänen für das neue Polizeirecht soll die Polizei umfassende neue  
8 Befugnisse erhalten. Dazu gehört die Möglichkeit, künftig Telekommunikation, wie  
9 Telefon und SMS, allein zu präventiven Zwecken zu überwachen. Das bedeutet, dass  
10 dafür kein konkreter Verdacht einer Straftat vorliegen muss. Unter den gleichen  
11 Voraussetzungen darf die Polizei auch Auskünfte über sog. Verkehrs- und  
12 Nutzungsdaten einholen und damit auf elektronische Kommunikationsdienste, wie  
13 Online-Banking, Facebook, Amazon usw. zugreifen. Die Bestandsdatenauskunft wird  
14 auf Verträge mit Telemedienanbietern ausgeweitet. Zudem werden weitgehende  
15 Befugnisse für die Polizei zur Erhebung von personenbezogenen Daten, ihrer  
16 Speicherung und Weitergabe eröffnet. Dies schafft die Grundlagen für riesige  
17 polizeiliche Datenbanken, in denen Informationen zu fast allen Bürger\*innen  
18 gesammelt werden können.

19 In einer Zone von 30 km um die sächsischen Außengrenzen darf zukünftig sog.  
20 intelligente Videoüberwachung zur Anwendung kommen, also jene Form der  
21 Videoüberwachung, die automatisiert Gesichter mit Datenbanken abgleichen kann  
22 und die in der Lage ist, Bewegungsprofile von Personen zu erstellen. Diese  
23 Möglichkeit gibt es für die Polizei daher künftig auf der Fläche von mehr als  
24 einem Drittel des Freistaates. Sie kann somit beispielsweise in ganz Bautzen  
25 oder auch großen Teilen Dresdens zum Einsatz kommen. Bei dieser sog.  
26 intelligenten Videoüberwachung werden tausende von Personen ohne Anlass erfasst  
27 und gerastert, so wie dies bei der automatisierten Kennzeichenerfassung bereits  
28 seit Jahren der Fall ist. Auch diese soll nun ausgebaut und zum festen  
29 Bestandteil sächsischer Polizeikontrolle werden, obwohl die bisherigen  
30 Erfahrungen belegen, dass damit weder effektiv Straftaten verhindert noch in  
31 einer vertretbaren Größenordnung gestohlene Fahrzeuge entdeckt werden. Dieser  
32 geplante Ausbau der automatisierten und flächendeckenden Überwachung führt dazu,  
33 dass zukünftig noch mehr Bürger\*innen anlasslos gerastert werden.

34 Auch im Umgang mit sog. Gefährdern und deren Kontakt- und Begleitpersonen werden  
35 der Polizei umfangreiche Befugnisse an die Hand gegeben. Dies ist vor allem  
36 deshalb so problematisch, da die neuen Rechtsbegriffe sehr weit gefasst sind und  
37 dadurch potenziell Jeder und Jede verdächtigt werden kann. Anders als die  
38 Koalition und das Sächsische Innenministerium glauben machen wollen, geht es bei  
39 den sog. Gefährdern nämlich nicht nur um Personen, die möglicherweise eine

40 terroristische Straftat vorbereiten könnten, sondern um alle Menschen, bei denen  
41 gemutmaßt wird, dass sie in Zukunft Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen  
42 könnten. Gegen Gefährder dürfen zukünftig weitreichende Aufenthalts- und  
43 Kontaktverbote verhängt oder sogar das Tragen einer Fußfessel angeordnet werden.  
44 Maßnahmen, wie zum Beispiel die Aufnahme in jene Datenbank, die durch die sog.  
45 intelligente Videoüberwachung genutzt wird, sollen künftig nicht einmal dem  
46 Richtervorbehalt unterliegen, obwohl hiervon auch Kontakt- und Begleitpersonen  
47 der sog. Gefährder betroffen sein können.

48 Zu den großen Knackpunkten der Polizeirechtsnovelle gehört die massive  
49 Verwässerung der Gefahrenbegriffe und Senkung der Eingriffsschwellen für bereits  
50 bestehende Befugnisse. Damit kann die Polizei immer weiter im Vorfeld und  
51 bereits dann mit teils massiven Grundrechtseingriffen tätig werden, wenn  
52 überhaupt noch gar keine konkrete Gefährdungssituation vorliegt. So soll  
53 zukünftig beispielsweise die „normale“ Videoüberwachung von Straßen und Plätzen  
54 bereits beim Vorliegen einer abstrakten Gefahr – also faktisch immer –  
55 eingesetzt werden können.

56 Nicht zuletzt geht mit dem neuen Polizeirecht eine weitere Militarisierung der  
57 Polizei einher. Die Verwendung von Handgranaten und Maschinengewehren soll  
58 künftig ebenso zulässig sein wie besondere Formen von Munition.

59 Während sich Staatsregierung und Koalition offenbar in der Einschränkung der  
60 Grundrechte mehr als einig sind, hat man sich erneut bisher nicht zur dringend  
61 notwendigen Einführung einer Kennzeichnung für Polizeibedienstete oder einer  
62 unabhängigen Beschwerdestelle geeinigt, wie wir GRÜNE sie als zentrales Element  
63 einer bürgernahen Polizei fordern. Diese Einseitigkeit zeigt einmal mehr, dass  
64 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Sachsen gegen die drohende Erosion  
65 verteidigt werden müssen.

#### 66 **Für einen Freistaat der diesen Namen verdient – NEIN zur Aushöhlung unserer** 67 **Grundrechte**

68 Noch nie lebten die Menschen in Deutschland so sicher wie heute, gleichzeitig  
69 waren die Bestrebungen, die Befugnisse der Sicherheitsbehörden auszubauen und  
70 die damit verbundenen massiven Eingriffe in die Grundrechte, selten so  
71 erfolgreich. Nach jeder Straftat werden unter dem Vorwand der  
72 Terrorismusbekämpfung die Bürger\*innenrechte weiter eingeschränkt, ohne dass ein  
73 Nachweis erbracht werden muss, dass dies notwendig sei – vielmehr wird zunehmend  
74 nach dem Prinzip vorgegangen, alles technisch Machbare auch gesetzlich zu  
75 ermöglichen. Die größte Gefahr für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind jedoch  
76 nicht gewaltbereite Fanatiker\*innen, sondern jene Politiker\*innen, die unsere  
77 Grundrechte immer weiter zum angeblichen Schutz vor Bedrohungen aushöhlen und  
78 damit an den Grundpfeilern unseres freiheitlichen Rechtsstaates rütteln.

79 Über 25 Jahre nach der friedlichen Revolution scheint es zudem, als würden auch  
80 all jene Erkenntnisse schamlos über Bord geworfen, die nach Jahrzehnten der  
81 Diktatur Eingang in unsere Verfassungsordnung gefunden hatten. Auch aufgrund der  
82 Erfahrungen mit dem Staatssicherheitsdienst legten die Mütter und Väter der  
83 Sächsischen Verfassung eine strikte Trennung von Polizei und Geheimdienst fest.  
84 So heißt es in Art. 83 Abs. 3 der Sächsischen Verfassung: „Der Freistaat  
85 unterhält keinen Geheimdienst mit polizeilichen Befugnissen.“ Mit der  
86 Möglichkeit, die Telekommunikation bereits dann zu überwachen, wenn noch keine  
87 konkrete polizeiliche Gefahr oder der Anfangsverdacht für eine Straftat  
88 vorliegt, werden der Polizei nun aber nachrichtendienstliche Befugnisse



89 eingeräumt und so genau diese Trennung zunehmend aufgegeben. Aus der Tradition  
90 der Bürger\*innenrechtsbewegung und als die liberale Rechtsstaatspartei in  
91 Sachsen ist es auch deshalb unsere Aufgabe, gegen den geplanten Frontalangriff  
92 von CDU und SPD auf die Bürger\*innenrechte zu kämpfen.

93 Statt unverhältnismäßiger Befugnisse für die Sicherheitsbehörden braucht es in  
94 Sachsen mehr Polizei in der Fläche, eine bessere Revierstruktur und bessere  
95 Präventionsarbeit zur Verhinderung von Radikalisierung. Wir GRÜNE haben hierzu  
96 in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von konkreten Vorschlägen unterbreitet.

97 Wir wollen keine Polizei, die massenhaft Menschen überwacht. Wir wollen uns frei  
98 und ohne die ständige Angst bewegen, dass der Staat unser Telefon abhört, unsere  
99 Autokennzeichen und Gesichter scannt oder uns überall anhalten und durchsuchen  
100 darf. Wir wollen frei demonstrieren können und nicht von Panzerwagen und  
101 Polizeibediensteten mit Maschinengewehren begleitet werden. Wir kämpfen für ein  
102 Land, in dem wir ohne Überwachung und in größtmöglicher Freiheit leben können.

103 Die Pläne der schwarz/roten Koalition zur Ausweitung der Überwachung der  
104 Bürger\*innen laufen diesem Anspruch an eine freie Gesellschaft zuwider. Sie  
105 zeigen, dass es starke GRÜNE und eine wachsame Zivilgesellschaft braucht, um  
106 unsere Freiheit und die Errungenschaften des liberalen Rechtsstaates zu  
107 verteidigen. Wir unterstützen sächsische und bundesweite Bündnisse, die sich  
108 gegen die Aushöhlung unserer Grundrechte durch neue Polizei- und  
109 Sicherheitsgesetze aussprechen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese  
110 grundrechtsfeindlichen und Freiheit begrenzenden polizeilichen Befugnisse nicht  
111 zur Anwendung kommen und bitten unsere Landtagsfraktion eine entsprechende  
112 Normenkontrollklage gegen das Gesetz anzustreben.

**V1NEU** Die Macht der CDU brechen – ein anderes Sachsen braucht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Landtagswahl 2019

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich den aktuellen gesellschaftlichen  
2 Herausforderungen und der Entwicklung hin zu einer rechtskonservativen Regierung  
3 entgegenstellen und für ein freiheitliches und fortschrittliches Sachsen  
4 kämpfen. Sachsen braucht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

5 Das politische Erdbeben in Sachsen liegt nun fast ein Jahr zurück. Bei der  
6 Bundestagswahl 2017 brach die CDU dramatisch ein und die rechtsnationale AfD  
7 wurde stärkste Kraft im Freistaat. Allen wurde vor Augen geführt, dass eine  
8 demokratische Regierungsbildung jenseits der AfD eine der Herausforderungen bei  
9 der kommenden Landtagswahl werden wird. An der Stimmungslage im Freistaat hat  
10 sich seit der Bundestagswahl nicht viel geändert, wie die jüngsten  
11 Meinungsumfragen verdeutlicht haben.

12 Viele Menschen in Sachsen haben vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hohe  
13 Erwartungen an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gerade in Zeiten, in denen sich die  
14 gesellschaftliche Spaltung vertieft, gerade in Zeiten, in denen zunehmend  
15 einfache Antworten auf komplexe politische Fragen als vermeintlich vernünftige  
16 Politik verkauft werden, ist es GRÜNE Aufgabe diesen Menschen 2019 eine moderne,  
17 glaubwürdige politische Alternative mit liberaler und humanitärer Haltung  
18 anzubieten.

19 **Mit Rechtspopulismus kann Sachsen keine lebenswerte Zukunft haben**

20 Die CDU hat aus der Bundestagswahl nichts gelernt. In Sachsen hat sie die  
21 schwersten Verluste im Bundesgebiet hinnehmen müssen. Und obwohl der Wahlkampf  
22 im Freistaat unter Führung des damaligen CDU-Generalsekretärs und heutigen  
23 Ministerpräsidenten Michael Kretschmer ein Anbieterwahlkampf nach  
24 Rechtsaußen war, hat die CDU massiv an die AfD verloren. Statt daraus die  
25 richtigen Schlüsse zu ziehen, führt die CDU mit ihrem verantwortungslosen  
26 Rechtsaußen-Kurs den Freistaat Sachsen weiter in eine rechtskonservative,  
27 rückwärtsgewandte Richtung. „Wir haben verstanden“, so der Ausspruch der CDU  
28 nach der Bundestagswahl, doch der verhallte schneller, als erwartet. Ein  
29 wirkliches Verstehen hätte von der sächsischen Union vor allem die Erkenntnis  
30 erfordert, dass ihr Politikstil eine Kehrtwende braucht. Eine neue politische  
31 Kultur in Sachsen, die klar Haltung zeigt und das Heft des Handelns in die Hand  
32 nimmt, statt das rechtsnationale Geschäft der AfD zu imitieren. Sie hatte nie  
33 wirklich eine Idee davon, wohin sie mit Sachsen gesellschaftlich und politisch  
34 will. Die sächsische CDU-Politik soll einzig und allein zur Sicherung des  
35 eigenen Machterhaltes dienen.

36 Die Arroganz der CDU gegenüber den drängenden Problemen in unserem Land hat  
37 Sachsen auch in die aktuelle schwere gesellschaftliche Schieflage gebracht:  
38 Aufmärsche von Neonazis und Rechtspopulisten, eine Polizei und  
39 Sicherheitsbehörden, die den Gegnern von Freiheit und Demokratie viel zu viel  
40 Raum gelassen haben und eine Regierung, die lieber Scheindebatten führt, anstatt  
41 endlich Haltung gegenüber Feinden unserer pluralistischen Gesellschaft zu

42 zeigen, haben die derzeitige Wahrnehmung Sachsens schon viel zu lange  
43 geschädigt.

44 In einer Situation aber, in der wie selbstverständlich demokratische  
45 Errungenschaften in Frage gestellt werden, gesellschaftliche Tabubrüche an der  
46 Tagesordnung sind, in der wir sehen, wie groß und weit verbreitet die Skepsis  
47 gegenüber unserer gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zukunft  
48 ist, braucht es eine Regierung mit Haltung und eine Besinnung auf die Werte, die  
49 unsere Gesellschaft stark machen können: Freiheit, Solidarität und Engagement.

50 Die Sächsische Union war und ist dazu nicht in der Lage. Sie hat das  
51 gemeinschaftliche Leben, den sozialen Zusammenhalt und die Vermittlung von  
52 Werten unserer Demokratie verantwortungslos dem bloßen Machterhalt geopfert.  
53 Eine starke Bürgerschaft wurde als Gefahr für die Macht der CDU diskreditiert  
54 und funktionierende zivilgesellschaftliche Strukturen aktiv behindert. Jeder  
55 gesellschaftliche Protest, jede Bürgerinitiative, die die Allmachtsphantasien  
56 der Regierungspartei in Frage gestellt hat, sei es das entschlossene und  
57 friedliche Engagement gegen Neonazis oder der Kampf gegen sinnlose  
58 Verkehrsgroßprojekte oder den Braunkohleabbau, wurde teilweise mit mehr Härte  
59 bekämpft als die Gegner unserer freiheitlichen Grundordnung.

60 Auch derzeit übt sich die CDU mehr in einer Überbietungsrhetorik mit der AfD und  
61 führt Scheindebatten über Grenzschiebungen und Abschiebungen anstatt die  
62 drängendsten Zukunftsprobleme anzugehen. Die existentiellen Herausforderungen  
63 durch den Klimawandel, der sich gerade wieder in einem Hitzesommer gezeigt hat,  
64 die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in den Großstädten, der Pflegenotstand  
65 und die zunehmende bedrohte Daseinsfürsorge im ländlichen Raum sind Themen, die  
66 viele Menschen weit mehr bewegen, und es sind dringende Probleme in unserem  
67 Land, die gelöst werden müssen. Statt einseitig rechtspopulistische AfD-  
68 Forderungen zur Regierungsmaxime zu erheben, verdienen die Menschen in unserem  
69 Land, dass ihre Probleme gelöst werden.

70 Mit Blick auf die jüngste Umfrage, die ein weiteres Erstarken der AfD und  
71 deutliche Verluste bei der CDU prognostiziert, dürfte eigentlich allen klar  
72 sein, dass der Kurs der rechtsanbiedernden Haltungslosigkeit weder die AfD  
73 schwach, noch die Union stark macht. Mit dieser Politik der Haltungslosigkeit  
74 wird Sachsen faktisch in die Unregierbarkeit oder in die Hände der AfD geführt.

75 Diese Politik in Sachsen muss beendet werden!

76 Der CDU wird der eigene Machterhalt immer wichtiger sein, als eine klare  
77 politische Haltung. Eine Regierungspartei, die weder die Zukunft Sachsens  
78 gestalten will, noch die Anliegen der Menschen in Sachsen wirklich interessiert,  
79 kann dieses Land nicht verantwortungsvoll weiterentwickeln. Daran ändert auch  
80 eine neue Regierungsmannschaft nichts. Neue Köpfe allein bringen noch keine neue  
81 Politik. Was wir seit dem Wechsel auf der Regierungsbank erleben, ist kein  
82 besserer Regierungsstil. Die Borniertheit des Systems Tillich wurde durch den  
83 Populismus von Michael Kretschmer ersetzt. Ein Ministerpräsident, der durchs  
84 Land reist und fulminant allen Alles verspricht, sich aber nie wirklich auf  
85 etwas Konkretes festlegt ist kein guter Regierungschef. Ein Ministerpräsident,  
86 der das Land spaltet, die Pressefreiheit angreift, Engagement und Zivilcourage  
87 diskreditiert, ist keiner der seine Kraft für das Wohl der Einwohner\*innen des  
88 Landes einsetzt. Eine Politik aus leeren Versprechungen und politischem  
89 Opportunismus um des Machterhalts willen verstärkt die gesellschaftliche

90 Spaltung in unserem Land, indem zunehmend Bevölkerungsgruppen gegeneinander  
91 ausgespielt werden.

## 92 **Die Landtagswahl 2019 wird zur Abstimmung über unsere gesellschaftliche Zukunft**

93 Am 01. September 2019 wird in Sachsen ein neuer Landtag gewählt. Viele Menschen  
94 sorgen sich vor dem Wahlergebnis und davor, wie es im Freistaat und mit der  
95 gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Bundesland weitergehen wird. Ein  
96 „Weiter so“ darf es nicht geben, wenn Sachsen eine lebenswerte Zukunft haben  
97 soll. Es wird im kommenden Jahr darum gehen, ob Optimismus und Zuversicht dieses  
98 Land nach vorne bringen werden oder Rückwärtsgewandtheit und Angst Sachsen  
99 regiert. Es wird darum gehen, den Wahlkampf als einen Kampf um die zentralen  
100 Werte unserer Gesellschaft und für die Demokratie zu führen.

101 Sachsen braucht einen Befreiungsschlag, der die verkrusteten Strukturen, die  
102 große Teile von Politik und Verwaltung in Sachsen prägen, beseitigt. Wir  
103 brauchen eine gesellschaftliche Modernisierung in unserem Freistaat. BÜNDNIS  
104 90/DIE GRÜNEN werden deshalb den Wahlkampf 2019 zu einem Kampf für  
105 Menschlichkeit, Demokratie, Liberalität und für die Modernisierung unserer  
106 Gesellschaft bestreiten.

107 Denn, es gibt ein anderes Sachsen als es derzeit von CDU, AfD und anderen  
108 rückschrittlichen Kräften beschworen wird – ein optimistisches, weltoffenes und  
109 engagiertes Sachsen. Dieses Sachsen sind all jene Menschen, die wollen, dass  
110 endlich die drängenden Zukunftsprobleme in unserem Land gelöst werden. Es ist  
111 das andere Sachsen, dass sich für bezahlbare Mieten einsetzt, Bürgerkraftwerke  
112 gründet, Nachbarschaftskultur lebt, Integration selbst in die Hand nimmt und  
113 nicht zuletzt aufsteht gegen nationalistische Bestrebungen und Rechtsextreme.

114 Die Landtagswahl 2019 wird darüber entscheiden, ob Intoleranz, Hetze und  
115 Spaltung unser Land dominieren, oder ob Freiheit, Menschlichkeit und  
116 Gerechtigkeit regieren. Wir GRÜNE kämpfen bei der Landtagswahl für ein anderes  
117 Sachsen.

## 118 **Ein anderes Sachsen ist möglich**

119 Viele Menschen in diesem Land stehen für das andere Sachsen: für ein Sachsen das  
120 Haltung zeigt gegen antidemokratische Tendenzen, für ein Sachsen in dem  
121 Menschlichkeit und Gerechtigkeit mehr wert sind, für ein Sachsen, in dem die  
122 drängenden Zukunftsprobleme angegangen statt Scheindebatten geführt werden. Wir  
123 haben in den letzten Jahren erlebt, wie viele Menschen helfen, wenn es drauf  
124 ankommt, wie viele Bürger\*innen sich einbringen wollen, weil sie Ideen haben,  
125 die Sachsen besser machen. Es sind diese Menschen, die wollen, dass der  
126 gesellschaftliche Fortschritt weiter geht – für eine tatsächliche  
127 Gleichstellung, mehr Beteiligungsrechte und soziale Gerechtigkeit.

128 Diesen Menschen müssen wir die politischen Rahmenbedingungen bieten, damit sie  
129 sich einbringen und verwirklichen können. Dafür reicht es nicht, in Sachsen die  
130 Politik nur in Nuancen besser zu machen. Es geht um eine grundsätzlich andere  
131 politische Kultur für und mit den Menschen in unserem Land. Die Menschen, die  
132 für ein anderes Sachsen stehen und dafür leben, sollen sich in Selbstbestimmung  
133 und Eigenverantwortung einbringen und Verantwortung übernehmen können. Es ist  
134 unsere Aufgabe als GRÜNE im kommenden Jahr den Menschen ein politisches Zuhause  
135 zu geben, die optimistisch in die Zukunft blicken, die dieses Bundesland noch  
136 nicht abgeschrieben haben, und die in Sachsen für eine gesellschaftliche  
137 Modernisierung eintreten. Wir stehen deshalb als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen

138 Aufbruch in eine liberale Bürgergesellschaft als Gegenentwurf zur Arroganz der  
139 Macht. Sachsen gehört den Menschen die hier leben und wirken, Sachsen gehört  
140 keiner Partei. Es wird Zeit, dass wir mit den Menschen unser Land  
141 voranbringen und laden deshalb alle Menschen ein, die ein anderes Sachsen  
142 wollen, dafür mit uns gemeinsam zu streiten.

#### 143 **Ein anderes Sachsen braucht neue Mehrheiten**

144 BÜNDNIS 90/DIE in Sachsen wollen mit den Menschen dieses Land verändern. Doch  
145 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN allein wird dieses Land nicht zu einem besseren machen  
146 können. Dazu braucht es nicht nur eine breite Unterstützung all jener Menschen,  
147 die ein anderes Sachsen wollen, sondern auch andere politische Mehrheiten im  
148 Freistaat.

149 Unser Ziel ist es daher, die Macht der CDU bei der nächsten Landtagswahl zu  
150 brechen. Nur so kann die Ursache der derzeitigen Misere in Sachsen in Gestalt  
151 einer Regierungspartei, der ihr eigener Machterhalt wichtiger ist als die  
152 Verteidigung der zentralen Werte und Errungenschaften unseres demokratischen  
153 Rechtsstaates, beseitigt werden. Uns ist bewusst, dass dies in Anbetracht der  
154 aktuellen Umfragewerte und vieler offener Fragen eine Mammutaufgabe ist – aber  
155 wir sind bereit, uns dieser Herausforderung zu stellen – für Sachsen und die  
156 Menschen in unserem Freistaat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind bereit dazu, mit allen  
157 demokratischen Kräften, die für ein weltoffenes, freiheitliches und gerechteres  
158 Sachsen stehen, Gespräche zu führen, wie es gelingen kann, die Macht der CDU im  
159 Freistaat zu überwinden.

160 Ein anderes Sachsen ist möglich – mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mit all jenen  
161 Menschen, die tagtäglich dafür einstehen. Wir nehmen diesen Kampf auf!

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **V5NEU** Nachhaltig und zukunftsfähig – GRÜNE Wirtschaft für Sachsen

Gremium: LAG Wirtschaft  
Beschlussdatum: 10.08.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

### 1 **Transformation in Richtung einer nachhaltigen Bioökonomie**

2 In vielen Wirtschaftszweigen werden knappe natürliche Ressourcen verschwendet,  
3 sie werden unwiederbringlich verbraucht. Schutz und Erhaltung unserer  
4 natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Luft werden vernachlässigt. Dies  
5 kann verändert werden: traditionsreiche Branchen in Sachsen (z.B. Baustoff-,  
6 Textil- sowie Chemie- und Kunststoffindustrie) können den Wachstumskern einer  
7 nachhaltigen Wirtschaft bilden.

8 Sachsen hat das Potenzial, gerade auch anstelle der vielerorts Naturraum  
9 bedrohenden Großlandwirtschaft auf umweltschonende, zukunftsfähige Agrarkonzepte  
10 umzuschwenken und dadurch nachhaltig gesicherte Arbeitsplätze zu erhalten und zu  
11 schaffen. Das gleiche kann in der Forstwirtschaft durch eine Umstellung weg von  
12 der Energieerzeugung hin zu höheren Wertschöpfungszyklen geschehen. Dadurch  
13 können in ländlichen Räumen Existenzgrundlagen in nachhaltigen  
14 Wirtschaftszweigen bewahrt werden. Keiner der primären Wirtschaftssektoren  
15 Sachsens ist derzeit hinreichend auf den fortschreitenden Klimawandel  
16 vorbereitet. Weiterhin werden in Sachsen unvermindert nicht-erneuerbare  
17 Rohstoffe wie Braunkohle, Erze, Spate, Kies und Sand abgebaut, deren Förderung  
18 bei erheblicher Umweltschädigung mit nur wenig langfristigem wirtschaftlichem  
19 Potential einhergeht. Gleichzeitig erzeugt die Produktion der gewerblichen  
20 Wirtschaft einen erheblichen Importbedarf an Rohmaterialien auf nicht  
21 nachwachsender Basis für die Produktion von Fahrzeugen  
22 und Fahrzeugteilen, Datenverarbeitungsgeräten sowie elektronischen und optischen  
23 Geräten. Das bedeutet, dass Sachsens Wirtschaft heute stark von fossilen  
24 Rohstoffen abhängig ist. Häufig dienen Sachsens Betriebe als verlängerte  
25 Werkbank für derzeit stark im Umbruch befindliche Branchen, deren Produktion im  
26 Freistaat betrieben wird, aber deren Zukunftsentscheidungen außerhalb Sachsens  
27 gefällt werden, insbesondere in der Mikroelektronik und im Automobilbau. Mittel-  
28 und langfristig ist die sächsische Wirtschaft derzeit weder nachhaltig noch  
29 stabil.

30 Wir GRÜNE suchen einen Weg, der auf nachhaltig erzeugten und nachwachsenden  
31 Rohstoffe basiert. Mit dieser Strategie verbindet sich ein klarer Vorrang für  
32 hochwertige, langlebige Erzeugnisse aus Naturmaterialien. Besonders für  
33 nachwachsende Rohstoffe bemühen wir uns um die Umsetzung des Prinzips der  
34 „Verwendungskaskaden“. Diese sollen bei einer höherwertigen Nutzung beginnen und  
35 erst am Ende der stofflichen Verwendungen in Kompostierung oder Verbrennung  
36 münden. Fossile Rohstoffe könnten in weiten Teilen der gewerblichen Wirtschaft  
37 Sachsens ersetzt und ansonsten deutlich stärker als bisher in Kreislaufsystemen  
38 bewahrt werden, wo zahlreiche Recyclingschleifen möglich sind.

39 Teile der sächsischen Baustoff- und Textilindustrie arbeiten bereits in hohem  
40 Maße mit nachwachsenden Rohstoffen. Vom modernen Holzbau bis hin zur Produktion  
41 von Automobilteilen aus Faserverbundstoffen bieten sich überzeugende

42 Entwicklungspotentiale. Synergien können sich aus der Kombination mit bio-  
43 basierten Kunststoffen der Chemieindustrie ergeben. Die Holz und Kunststoffe  
44 verarbeitende Industrie in Sachsen ist bereits gut entwickelt. Die Möbel- und  
45 Papierindustrie sind im Hinblick auf die Verwendungen von gesundheitsschädlichen  
46 Zusätzen, Neben- und Reststoffen weiterzuentwickeln, um die gefahrlose  
47 Weiterverwertung von Abfallprodukten im Verwertungskreislauf sicherzustellen.  
48 Derzeit kleine Branchen wie die Pharma- und Kosmetikindustrie können bio-basiert  
49 auch in ländlichen Regionen wachsen. Im Maschinenbau und in der Mikroelektronik  
50 gibt es in Sachsen bereits die Kompetenzen, die erforderlichen neuen Konzepte  
51 für eine ressourcenbewusste und zukunftsfähige Wirtschaftsweise durch digitale  
52 Steuerungstechnik und robuste Anwendungen für Großanlagen einsatztauglich zu  
53 machen.

54 Vertrauensvolle Kooperationen von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugern  
55 einerseits und verarbeitender und recycelnder Wirtschaft andererseits sind eine  
56 sinnvolle und notwendige Ergänzung zu marktbasierter Konkurrenz. Sie  
57 ermöglichen, dass ehemalige Rest- und Abfallstoffe volkswirtschaftlich sinnvoll  
58 und ökologisch nachhaltig genutzt werden können. Diesen Wandel werden wir GRÜNEN  
59 durch eine Wende der gesamten Innovationspolitik, Gründungs-, Wachstums- und  
60 Ansiedlungsförderung unterstützen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit allen  
61 betroffenen Akteuren regionale und lokale Übergänge zu nachhaltigem Wirtschaften  
62 entwickeln. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk dem sächsischen Handwerk, dem  
63 Mittelstand und dem Dienstleistungssektor.

64 Wir wirtschaften für ein lebenswertes Sachsen, heute und in der Zukunft. Wir  
65 GRÜNEN wollen aussteigen aus Umwelt- und Naturzerstörung, aus Verschwendung und  
66 Abfallproduktion. Wir stehen für einen verantwortungsvollen Wandel gemeinsam mit  
67 den Menschen und für die Menschen. Nur so erhalten wir die Entwicklungschancen  
68 zukünftiger Generationen. Gesunde Nahrungsmittel, langlebige Konsumgüter,  
69 attraktive Wohn(um)welten auf der Basis von produktiven und widerstandsfähigen  
70 Naturräumen kennzeichnen den Wandel hin zu einer nachhaltigen Bioökonomie.

#### 71 **Wirtschaft mit allen und für alle gestalten**

72 Auch 30 Jahre nach '89 benötigen wir weiterhin Anstrengungen, um unsere  
73 Wirtschaftsstruktur breit und nachhaltig aufzustellen und damit gegen Krisen  
74 abzusichern. Einige Großansiedlungen der letzten Jahre haben kurzfristig Impulse  
75 für die betroffenen Regionen gebracht. Die Mittel zur Anwerbung solcher  
76 Investitionen sind dann vernünftig ausgegeben, wenn sich Zuliefernetzwerke und  
77 Synergien entwickeln lassen. Sie sind verloren, wenn Werke nach dem Auslaufen  
78 von Förderung wieder schließen. Wir GRÜNEN setzen daher auf die Stärkung  
79 regionaler Wirtschaftsnetze.

80 Innovationen kommen oft mit Neugründungen auf dem Markt. Viele gute Ideen werden  
81 im Umfeld sächsischer Hochschulen und Universitäten entwickelt, durch  
82 Experimente im Handwerksgewerbe und durch Kooperation mit Dienstleistern.  
83 Kreativität und Design sind für einen Markterfolg teilweise ebenso wichtig wie  
84 Material- oder Prozesskosten. Manchmal fehlt es nach Projekten der europäischen  
85 und bundesdeutschen Forschungs- und Innovationsförderung am Erstkunden, der  
86 einem marktreifen, innovativen Material, einem Prozess, einem Produkt oder einer  
87 Dienstleistung Sichtbarkeit verleiht. Mit einer Reorientierung öffentlicher  
88 Beschaffungspraxis auf Innovationen und Nachhaltigkeit wollen wir GRÜNEN hier  
89 Hilfestellung leisten. Damit kann der Markteintritt insbesondere für biobasierte  
90 oder rohstoff- und energiesparende Neuerungen beschleunigt werden. Zudem wollen

91 wir GRÜNEN Gründer\*innen sowie ihre Netzwerke auch außerhalb der Großstädte  
92 stärker unterstützen. Geeignete Räume für Vernetzung sind an einigen Orten auch  
93 mit Zuschüssen etablierter Unternehmen entstanden, haben sich aus Initiativen  
94 für Co-Working oder Sharing Economy entwickelt. Unser Ziel ist, dass diese  
95 Netzwerke dichter werden. Sie sollen Gründer\*innen dabei helfen, nützliche  
96 Kontakte aufzubauen und Ideen wirtschaftlich tragfähig umzusetzen.

97 In den kommenden Jahren wird sich nicht nur der Fachkräftemangel verschärfen,  
98 sondern viele Unternehmen werden aus Altersgründen von ihren bisherigen  
99 Inhaber\*innen nicht weiter geführt werden. Diese demografische Entwicklung hat  
100 massive Auswirkungen auf Lebensqualität und Beschäftigungsstrukturen besonders  
101 im ländlichen Raum. Daher wollen wir GRÜNEN hier Anstrengungen intensivieren und  
102 u.a. in den Ausbau von Unternehmens- und Übernahmenetzwerken investieren.  
103 Nachfolgeinteressierte Menschen wollen wir effektiv qualifizieren und mit  
104 Coachings dabei unterstützen, die Unternehmer\*innenlücke im Freistaat zu  
105 reduzieren. Dazu müssen bereits vorhandene Förderstrukturen entbürokratisiert  
106 und an die Bedarfe von Gründer\*innen und Jungunternehmer\*innen angepasst werden.

107 «Industrie 4.0» schafft mit der intelligenten Vernetzung von Maschinen und  
108 Abläufen in der Industrie mit Hilfe von Informations- und  
109 Kommunikationstechnologie ideale Voraussetzungen für eine flexible, an die  
110 Bedürfnisse der Kund\*innen angepasste Produktion. Damit die sächsische  
111 Wirtschaft davon profitieren kann, sind große Investitions- und  
112 Qualifizierungsanstrengungen in der privaten Wirtschaft und bei der öffentlichen  
113 Hand notwendig. Digitalisierung kann darüber hinaus helfen, den Fachkräftemangel  
114 des kommenden Jahrzehnts mittels Automatisierung abzuschwächen. Sie kann  
115 außerdem auch Chancen für eine bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und  
116 familiären oder ehrenamtlichen Aufgaben für Frauen und Männer eröffnen. Drittens  
117 wird es im Wirtschafts- und Privatleben möglich, Wege zu sparen. Folglich  
118 braucht Sachsen mehr Qualifizierung von Arbeitssuchenden (mit oder  
119 Migrationshintergrund), Beschäftigten, Unternehmer\*innen sowie eine modernisierte  
120 Bildungsinfrastruktur, um den Herausforderungen des digitalen Zeitalters gerecht  
121 zu werden. Wir GRÜNEN stehen für mehr Glasfaser, weniger Beton; mehr vernetzte  
122 Mobilitätssysteme, weniger Straßenbau; mehr eGovernment, weniger  
123 Verwaltungsgebäude; mehr Achtsamkeit für Schnittstellen zwischen öffentlichen  
124 und privaten Investitionen.

### 125 **Globalisierung als Chance für Sachsen – Transparenter Freihandel als Motor für** 126 **wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz und soziale Sicherheit**

127 Sachsen hat seit der Wiedervereinigung massiv von der Globalisierung profitiert  
128 und konnte u.a. eine exportstarke Zuliefer-Industrie des Automobilbaus und der  
129 Elektronikherstellung aufbauen. Fördergelder der EU haben zudem wichtige  
130 Bereiche allgemeiner und beruflicher Bildung und eine Infrastruktur finanziert,  
131 die Unternehmen und Forschungseinrichtungen in diesem Land in internationale  
132 Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Es sind europäische Freihandelsabkommen, die  
133 für sächsische Firmen Absatzhürden insbesondere bezüglich des europäischen  
134 Auslands beseitigt haben. Inzwischen sind Sachsens Handelsbeziehungen nicht mehr  
135 nur europäisch, sondern haben sich in den letzten Jahren vermehrt auf die ganze  
136 Welt ausgedehnt.

137 Die Europäische Union hat bereits zahlreiche Handelsabkommen mit Partnern  
138 weltweit geschlossen - auch zum Vorteil der sächsischen Wirtschaft. Dennoch  
139 fehlt es gerade neueren Abkommen zu großen Teilen an dem, wofür wir GRÜNEN uns



140 seit jeher einsetzen: Transparenz und Umweltschutz. Die Öffentlichkeit hier und  
141 in den Partnerländern muss Einblick in die Verhandlungen der EU mit  
142 internationalen Handelspartnern haben und die Möglichkeit zur Mitsprache  
143 bekommen. Die Bürger\*innen müssen als interessierte Stimmberechtigte die  
144 Möglichkeit haben, sich über den Inhalt der Verträge frühzeitig und umfassend zu  
145 informieren. Manche Freihandelsabkommen wie das geplante TTIP schützen beinahe  
146 ausschließlich die Interessen großer Firmen – doch Politik ist dazu da, die  
147 Interessen aller wirtschaftlichen Akteure und damit aller Bürger\*innen zu  
148 vertreten. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass es keine privaten  
149 Schiedsgerichte gibt, die entscheiden, ob Investoren vom Staat entschädigt  
150 werden müssen. Dafür sind öffentliche Institutionen, also ordentliche Gerichte,  
151 zuständig.

152 Auch kann Freihandel kein Freibrief für Unternehmen sein, Sicherheits-, Sozial-  
153 und Umweltstandards zu untergraben. Wir haben keine zweite Erde. Daher müssen  
154 sich internationale Handelsabkommen neben dem wirtschaftlichen Nutzen besonders  
155 auch durch ökologische Nachhaltigkeit auszeichnen. Umweltzerstörungen und  
156 soziale Ausbeutung sind nicht zu akzeptieren, nicht in Sachsen und nicht in  
157 anderen Ländern, mit denen wir Handel treiben. Wir GRÜNEN sind Vorreiter dafür,  
158 die Grundpfeiler des europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzes in  
159 Handelsabkommen zu verankern und im internationalen Handel als Norm festzulegen.

160 Bei fairem Freihandel gewinnen alle. Freihandel bedeutet aber auch Wettbewerb.  
161 Das heißt, dass sächsische Produkte und Leistungen mit denen aus anderen  
162 Erdteilen konkurrieren und daher konkurrenzfähig bleiben müssen. Wir GRÜNE  
163 wollen umsteuern auf eine innovationsorientierte, umweltverträgliche  
164 Wirtschaftspolitik mit dem Ziel maximaler Wertschöpfung bei minimalem  
165 Ressourcenverbrauch. Wir stehen für Kooperation auf Augenhöhe mit Sachsens  
166 Handelspartnern weltweit. Indem wir den Strukturwandel konstruktiv angehen,  
167 geben wir Impulse für Erneuerung und zukunftsfähige Wettbewerbskraft. Wir wollen  
168 innovative sächsische Unternehmens- und Gründernetze mit dem Ziel stärken, in  
169 städtischen und ländlichen Gebieten Arbeitsplätze und Lebensqualität zu sichern  
170 und zu verbessern. Weltweit wollen wir den Einsatz intelligenter, nachhaltiger  
171 und umweltschonender Verfahren durch Kooperation und Dialog fördern – zum Nutzen  
172 dieser und folgender Generationen.

## Begründung

Dieser Text wurde von der (unlängst wiedererwachten) LAG Wirtschaft erarbeitet, um einen inhaltlichen Beitrag zur Vorbereitung der Landtags- und Kommunalwahlen im kommenden Jahr zu leisten. Es wurden die Themen aufgegriffen (biobasierte Wirtschaft, Strukturwandel, Außenwirtschaftsbeziehungen), die wir derzeit für die wichtigsten halten. Es ergeben sich klare Bezüge zu den GRÜNEN Positionen insb. bei den Themen Energie, Ökologie, Landwirtschaft und Europa. Wir hoffen auf eine konstruktive Diskussion :)

## V6NEU Für eine Neuorientierung in der Sucht- und Drogenpolitik in Sachsen

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

- 1 Zum Menschsein gehört die Suche nach Rausch und Betäubung. Um diesen Zustand zu
- 2 erreichen, werden häufig Substanzen genutzt – mit unterschiedlichen Wirkungen
- 3 und Risiken. Der Versuch der Regulierung des Drogenkonsums, indem zwischen
- 4 legalen und illegalen Drogen unterscheiden wird, stößt an klare Grenzen.
- 5 Legalisierte Drogen haben weder geringere Gesundheitsrisiken noch ein geringeres
- 6 Suchtpotential.
- 7 Die Entwicklungen in Bezug auf Einstiegsalter, Verbreitung, Verfügbarkeit und
- 8 Erkrankungen in Sachsen werden in den jährlichen Suchtberichten der Landesstelle
- 9 gegen die Suchtgefahren e.V. dargestellt.
- 10 Im bundesweiten Vergleich führt in Sachsen der Alkoholmissbrauch am häufigsten
- 11 zu Suchterkrankungen. Drei Viertel der Fälle suchtmedizinischer Versorgung in
- 12 sächsischen Krankenhäusern erfolgen wegen alkoholbezogener Störungen. Im
- 13 Freistaat sterben im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele Menschen an den
- 14 Folgen alkoholbedingter Krankheiten. Dazu kommen Problemlagen durch
- 15 Abhängigkeitserkrankungen in Verbindung mit dem Konsum illegaler Drogen.
- 16 Drogenbedingte Todesfälle nehmen auch in Sachsen zu.
- 17 Wir GRÜNEN sind überzeugt: Eine Drogenpolitik der Abschreckung und Bestrafung
- 18 verfehlt ihre Ziele. Sie führt nicht zur Reduktion des Konsums, sondern schafft
- 19 zusätzliche Probleme und Belastungen für Einzelne und mehr Kosten für die
- 20 Allgemeinheit, als dass sie solche vermeidet.
- 21 Die sächsischen Suchtangebote sind durch verschiedene und immer komplexer
- 22 werdende Problemlagen häufig überlastet. Die Polizeidirektionen verfügen oftmals
- 23 nicht über die notwendige personelle und technische Ausstattung, um Herstellung
- 24 und Handel von synthetischen Drogen zurückzudrängen. Aus der Kriminalisierung
- 25 von Drogenkonsument\*innen folgt zudem eine hohe Arbeitsbelastung von Polizei,
- 26 Justiz und Justizvollzug – bei oftmals fragwürdigem Erfolg.
- 27 Dieser Entwicklung setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine humane und aufgeklärte
- 28 Drogen- und Suchtpolitik entgegen, die auf suchtmedizinischen Erkenntnissen
- 29 basiert. Eine solche Politik stärkt die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener
- 30 beim Drogenkonsum und hilft Suchtkranken, ohne sie zu stigmatisieren. **Wir setzen**
- 31 **daher auf den Ausbau zielgruppenorientierter Prävention, konsequenter Kinder- und**
- 32 **Jugendschutz, Hilfe statt Strafe, Regulierung und Entkriminalisierung, eine**
- 33 **kompetente und ausreichend ausgestattet Polizei sowie auf Schadensminderung und**
- 34 **Überlebenshilfe.**
- 35 Wir wollen die Zahl der Alkohol- und Drogentoten senken und ein bedarfsgerechtes
- 36 Hilfesystem für Suchtkranke und suchtblastete Familien in allen Regionen
- 37 Sachsens erreichen. Dieses soll darauf ausgerichtet sein, ein unabhängiges, von
- 38 Sucht freies Leben zu fördern, soziale Notlagen suchtkranker Menschen zu
- 39 vermeiden und Angebote zur Unterstützung bereitzustellen. Wir wollen zudem die
- 40 Voraussetzungen für die bestmögliche Diagnostik, Versorgung und Behandlung für

41 die steigende Zahl von Neugeborenen schaffen, die durch Alkohol und/oder andere  
42 Suchtmittel geschädigt wurden.

43 Wir wollen, dass Konsument\*innen von Drogen nicht länger verfolgt werden. Drogen  
44 müssen entsprechend ihrer Risiken reguliert werden. Der weiteren Ausbreitung  
45 gesundheitlich besonders gefährlicher Drogen, wie zum Beispiel Crystal Meth  
46 wollen wir durch stärkere und zielgruppenspezifische Präventionsarbeit sowie  
47 Verringerung der Verfügbarkeit durch mehr personelle Ressourcen und bessere  
48 länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Polizei entgegenwirken.

#### 49 **1. Suchtprävention – zielgruppenorientiert, ganzheitlich und besser ausgestattet**

50 Suchtprävention ist dann erfolgreich, wenn sie eine eindeutige Zielsetzung hat,  
51 wenn die jeweilige Zielgruppe klar beschrieben ist und die dafür notwendigen  
52 Mittel bereitgestellt werden. Suchtprävention darf kein Flickenteppich sein. Sie  
53 muss alle geeigneten verhältnis- und verhaltensbezogenen Maßnahmen  
54 zusammenführen, die riskanten und abhängigen Gebrauch von Suchtmitteln sowie  
55 süchtige Verhaltensweisen verhindern, reduzieren oder risikoärmere  
56 Verhaltensmuster fördern. Notwendig dafür ist allerdings die Anerkennung des in  
57 der Gesellschaft fortdauernden Konsums von Rausch- und Suchtmitteln. Dies erst  
58 ist Voraussetzung für einen niedrighwelligen Zugang zu Konsument\*innen und zu  
59 den Abhängigen unter ihnen.

60 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 61 • *zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie*  
62 *illegaler Drogen für alle Altersgruppen, beginnend bei Kindern, um sie in*  
63 *ihrer Persönlichkeit und Gesundheitskompetenz zu stärken;*
- 64 • *wirksame und glaubwürdige Präventionsstrategien für alle Substanzen – auch*  
65 *bei legalen wie Alkohol, Tabak oder Medikamenten;*
- 66 • *Beteiligung der verschiedenen Zielgruppen bei der Entwicklung spezifischer*  
67 *suchtpräventiver Maßnahmen (z.B. Schüler\*innen, Jugendliche,*  
68 *Auszubildende, Studierende, Arbeitnehmer\*innen, Senior\*innen);*
- 69 • *mit Blick auf das junge Einstiegsalter die schulische Drogenprävention und*  
70 *-aufklärung bereits in den Klassenstufen 5 und 6 beginnen und*  
71 *suchtpräventive Projekte in der Jugendhilfe und Schulsozialarbeit*  
72 *ausbauen;*
- 73 • *die Fortbildungen für Beratungslehrer\*innen unter Anrechnung der dafür*  
74 *benötigten Stunden verbindlich regeln, ebenso wie die Bereitstellung der*  
75 *dafür benötigten Lehr- und Lernmaterialien;*
- 76 • *Aus- und Weiterbildungen für Fachkräfte, die in von Suchtproblemen*  
77 *betroffenen Familien wirken (z.B. Ärzt\*innen, Hebammen,*  
78 *Sozialarbeiter\*innen, Mitarbeiter\*innen der Jugend- und Gesundheitsämter);*
- 79 • *Leistungen der Suchtprävention verlässlich und langfristig finanzieren,*  
80 *damit sie ihre Wirkung entfalten können;*
- 81 • *ein umfassendes Werbeverbot für Suchtmittel, insbesondere ein Verbot von*  
82 *Außenwerbung für Alkohol und Nikotin sowie eine Initiative zur Aufnahme*  
83 *von Werbebeschränkungen für alkoholische Getränke im Rahmen des*  
84 *Rundfunkstaatsvertrages.*

## 85 **2. Konsequenter Schutz von Neugeborenen, Kindern und Jugendlichen**

86 Kinder und Jugendliche müssen wirksam und unabhängig vom Legalitätsstatus vor  
87 Drogen geschützt werden. Dennoch konsumieren auch Minderjährige Drogen mit zum  
88 Teil problematischem Konsumverhalten. Aufgrund des illegalen Status im  
89 Betäubungsmittelgesetz (BtMG) ist Cannabis nur auf einem unregulierten  
90 Schwarzmarkt verfügbar. Auf diesen auch in Sachsen umfänglich vorhandenen  
91 Schwarzmarkt greifen auch Kinder und Jugendliche zu. Die rechtlichen  
92 Möglichkeiten des Jugendschutzes können auf diesem Markt kaum Wirkung entfalten.

93 Zudem werden jährlich in Sachsen 150 bis 500 Kinder mit Schäden aufgrund von  
94 Alkoholkonsum geboren. Besorgniserregend ist auch die deutliche Zunahme der  
95 Fälle der durch Drogenmissbrauch geschädigten Neugeborenen.

96 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 97 • *die konsequente Durchsetzung von Altersbeschränkungen bei allen legalen*  
98 *Drogen, umfassende Werbeverbote und wirksame Sanktionierung bei Abgabe an*  
99 *Minderjährige;*
- 100 • *die Kommunen bei der personellen Absicherung von Jugendschutzkontrollen*  
101 *unterstützen;*
- 102 • *eine gezielte Entkriminalisierung junger Menschen, die konsumieren, um*  
103 *schädliche sekundäre Konsumfolgen zu reduzieren;*
- 104 • *jugen Menschen mit problematischem Konsumverhalten möglichst früh*  
105 *effektive Hilfen und einen uneingeschränkten Zugang zu Beratung und*  
106 *Behandlung ermöglichen;*
- 107 • *die Erlangung der Kontrolle des Staates über den Cannabismarkt durch ein*  
108 *Bundesgesetz (Cannabiskontrollgesetz), um die Rahmenbedingungen für*  
109 *Produktion und Handel so zu gestalten, dass der Kinder- und Jugendschutz*  
110 *konsequent umgesetzt werden kann (Abgabeverbot, Werbeverbote, Abstand zu*  
111 *Jugend- und Bildungseinrichtungen etc.);*
- 112 • *Kinder besser vor den schwerwiegenden Folgen des Alkohol- und*  
113 *Drogenkonsums in Schwangerschaft und Stillzeit schützen;*
- 114 • *die Entwicklung eines wissenschaftlich abgesicherten Konzeptes zur*  
115 *Erkennung und Behandlung insbesondere von durch Crystal geschädigter*  
116 *Säuglinge und Kinder mit sozialpädiatrischer Versorgung und Nachsorge bis*  
117 *mindestens zum Ende der Grundschulzeit;*
- 118 • *den Aufbau nach-stationärer Behandlungs- und Hilfsangebote für die Kinder,*  
119 *die durch Kinderschutzgruppen an allen sächsischen Krankenhäusern*  
120 *vermittelt werden.*

## 121 **3. Bedarfsgerechte Suchtberatung und -behandlung in allen Regionen Sachsens**

122 Abhängigkeitskranke Menschen und Menschen mit riskantem Drogengebrauch brauchen  
123 Akzeptanz für ihre Erkrankung und Hilfe. Die Landkreise und kreisfreien Städte  
124 sind zum Teil stark mit den Folgen von legalem und illegalem Drogenkonsum  
125 belastet. Sie benötigen Unterstützung durch die sächsische Staatsregierung. Eine  
126 gute Gesundheitsversorgung von Abhängigen, aufeinander abgestimmte  
127 Beratungsangebote sowie bedarfsgerechte ambulante und stationäre Hilfsangebote

128 müssen in allen Regionen entsprechend der Bedarfe und in hoher Qualität  
129 vorhanden sein.

130 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 131 • *die Förderung des Freistaates im Bereich der Suchthilfe so gestalten und*  
132 *ausstatten, dass eine leistungsfähige, differenzierte Versorgungsstruktur*  
133 *in der Suchtkrankenhilfe kontinuierlich sichergestellt werden kann sowie*  
134 *Versorgungsdichte, Versorgungsqualität und Qualifikation des Personals als*  
135 *Förderkriterien festgelegt werden;*
- 136 • *mehr Therapieangebote für Eltern, in denen auch Kinder jeden Alters mit*  
137 *aufgenommen werden können, um den Familienerhalt zu stärken;*
- 138 • *mehr Projekte über Landesmittel finanzieren, die sich mit dem Thema „Sucht*  
139 *im Alter“ auseinandersetzen und neue niedrigschwellige Hilfen anbieten;*
- 140 • *die zeitlichen Lücken zwischen stationärer Entgiftung und Langzeittherapie*  
141 *mit geeigneten Projekten schließen, um Rückfälle zu vermeiden;*
- 142 • *stationäre Suchtherapiestationen in weiteren Justizvollzugsanstalten,*  
143 *insbesondere im Frauenvollzug der Justizvollzugsanstalt Chemnitz*  
144 *einrichten;*
- 145 • *die Stellenausstattung der externen Suchtberatung in den*  
146 *Justizvollzugsanstalten bedarfsgerecht erhöhen;*
- 147 • *Gemeinsam mit der Landesärztekammer auf eine bedarfsgerechte und*  
148 *flächendeckende Ausweitung der Substitutionsgestützten Behandlung von*  
149 *schwerstabhängigen Drogenkonsumenten hinzuwirken und diese auf geeignete*  
150 *Weise zu fördern. Über die klassische Substitutionstherapie bei Heroin*  
151 *hinaus ist eine Substitution anderer Substanzen, insbesondere von Crystal*  
152 *Meth im Sinne einer ärztlich begleiteten Abgabe in kontrollierter Qualität*  
153 *an Schwerstabhängige zu erproben;*  
154 *die Förderung der Crystal-Suchthilfeprojekte, die seit 2015 mit*  
155 *Landesmitteln unterstützt werden, im Landeshaushalt verstetigen.*

#### 156 **4. Regulierung und Entkriminalisierung von Cannabiskonsum auf Bundes- und** 157 **Landesebene vorantreiben**

158 Drogenkonsument\*innen zu verfolgen, bindet Personal bei Polizei,  
159 Staatsanwaltschaften, Gerichten und im Justizvollzug, welches nicht ausreichend  
160 vorhanden ist. Erschwerend kommen die von Bundesland zu Bundesland  
161 unterschiedlichen Obergrenzen für den straffreien Eigenbedarf von Cannabis  
162 hinzu. Für viele Konsument\*innen hat Strafverfolgung schlimme Folgen und bewirkt  
163 oft wenig – im Gegenteil. Bei jungen Menschen kann dies den Einstieg in den  
164 Teufelskreis einer kriminellen Karriere befördern. Viele mit dem illegalen  
165 Drogengebrauch verbundene gesundheitliche Risiken sind Folgen der  
166 Kriminalisierung und nicht der jeweiligen Substanzen: Verunreinigte, mehrfach  
167 benutzte Spritzen übertragen Infektionen. Dealer\*innen mischen unter die Drogen  
168 alle möglichen schädlichen Substanzen, um mehr Geld zu verdienen.

169 Nicht zuletzt führt die Unterbringung von kriminalisierten, suchtkranken  
170 Menschen im Justizvollzug häufig zur Verschlechterung der persönlichen  
171 Lebenssituation und in Folge zu einer Verstärkung der Abhängigkeitserkrankung.

172 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen,*

- 173 • *dass psychoaktive Substanzen nach ihren gesundheitlichen Risiken reguliert*  
174 *werden;*
- 175 • *dass die Entkriminalisierung des Besitzes zum Eigenkonsum und die*  
176 *Schaffung von weiteren Alternativen zur Strafhaft bei anderen*  
177 *Betäubungsmitteldelikten vorangebracht werden;*
- 178 • *dass auf Bundesebene die Voraussetzungen für einen umfassenden Kinder- und*  
179 *Jugendschutzsowie für Verbraucherschutz (Produktsicherheit,*  
180 *Produktqualität, Senkung zusätzlicher Gesundheitsrisiken) mit einem*  
181 *Cannabis-Kontrollgesetz geschaffen werden;*
- 182 • *dass – solange die bundesgesetzlichen Voraussetzungen für eine*  
183 *kontrollierte Regulierung der Abgabe von Cannabis nicht vorliegen – in*  
184 *Sachsen der straffreie Eigengebrauch von Cannabis gemäß § 31a BtMG wie in*  
185 *Berlin bei maximal 15 Gramm festgesetzt wird, um Konsument\*innen, Polizei*  
186 *und Justiz von Ermittlung und Strafverfolgung zu entlasten;*
- 187 • *dass Konsument\*innen die Möglichkeiten erhalten, psychoaktive Substanzen*  
188 *anonym auf gefährliche Inhaltsstoffe oder Beimengungen kontrollieren zu*  
189 *lassen („Drug-Checking“), um die gesundheitlichen Risiken dieser*  
190 *Substanzen einzuschränken sowie Vergiftungen oder Überdosierungen zu*  
191 *reduzieren.*

192 **5. Unterstützung der Polizeidirektionen im Kampf gegen Herstellung und Handel**  
193 **von synthetischen Drogen**

194 Die Vielfalt und ständige Veränderung bei der Herstellung synthetischer Drogen,  
195 der grenzüberschreitende Handel sowie neue Handelswege über das Internet stellen  
196 die Ermittlungsbehörden vor große Herausforderungen. Durch den  
197 verantwortungslosen Personalabbau der vergangenen Jahre stehen in den  
198 sächsischen Polizeidirektionen aber zu wenig Beamt\*innen zur Verfügung, um  
199 insbesondere der Ausbreitung der organisierten Drogenkriminalität  
200 entgegenzuwirken. Sporadische Komplexkontrollen auf öffentlichen Plätzen  
201 bekämpfen die Drahtzieher im Hintergrund und die Drogenlabore kaum. Sie führen  
202 lediglich zur Verdrängung der Drogenkriminalität in andere Bereiche. Notwendig  
203 ist vielmehr eine kompetente, personell und technisch ausreichend ausgestattete  
204 Polizei.

205 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 206 • *eine Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Polizei bei der Sucht- und*  
207 *Drogenprävention unter Berücksichtigung der Ursachen und Grundlagen von*  
208 *Abhängigkeitserkrankungen;*
- 209 • *den Einstellungskorridor bei der Polizei weiter erhöhen, so dass durch den*  
210 *Einsatz von mehr, gut ausgebildeten und spezialisierten Beamt\*innen die*  
211 *Präventions-, Kontroll- und Ermittlungstätigkeit ausgebaut werden kann;*
- 212 • *die persönliche Präsenz von für Bürger\*innen sicht- und ansprechbare*  
213 *Beamt\*innen im öffentlichen Raum erhöhen, um den Drogenhandel einzudämmen;*
- 214 • *die technische Ausstattung der Polizei verbessern, insbesondere durch die*  
215 *Anschaffung weiterer mobiler Analysegeräte zum schnellen Drogenscreening;*

- 216 • *die Fortschreibung der polizeilichen „Bekämpfungskonzeption Crystal“ und*  
217 *die Erstellung eines umfassenden Lagebildes mindestens aller zwei Jahre;*
- 218 • *die bessere Zusammenarbeit der Polizei- mit den Zollbehörden sowie mit den*  
219 *benachbarten Ländern bzw. Bundesländern bei der Kriminalitätsbekämpfung.*

## 220 **6. Schadensminderung und Überlebenshilfe**

221 In Sachsen leben in, aber auch außerhalb der großstädtischen Ballungszentren  
222 suchtmittelmissbrauchende und -abhängige Menschen, die sich in komplexen  
223 sozialen oder gesundheitlichen Problemlagen (z.B. andauernde Wohnungslosigkeit,  
224 psychische Erkrankungen, Existenzkrisen etc.) befinden. Es sind Menschen, die  
225 keine eindeutige Motivation zur Änderung des Konsumverhaltens haben und/oder von  
226 Hilfesystemen kaum noch erreicht werden. Eine humane Drogen- und Suchtpolitik  
227 darf diese Menschen und ihre Probleme nicht ignorieren. Sie brauchen  
228 niederschwellige, vorurteilsfreie und akzeptierende Angebote der  
229 Schadensminderung und Überlebenshilfe.

230 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 231 • *Akuthilfen und konkrete lebenspraktische Hilfen (Ernährungs- und*  
232 *Hygieneangebote, Notschlafstellen, Kontaktläden, Straßensozialarbeit,*  
233 *medizinische/ärztlichen Hilfen etc.) ohne unbedingtem Beharren auf*  
234 *Konsumfreiheit gewährleisten mit dem Ziel, die psychischen, körperlichen*  
235 *oder sozialen Schäden zu mindern, eine Stabilisierung zu erreichen,*  
236 *Überleben zu sichern und die Mortalität senken;*
- 237 • *auch für diese Menschen einen leichten Zugang zu weiterführenden*  
238 *Hilfeangeboten und eine Anbindung an das Suchthilfesystem durch*  
239 *ausgebildetes Personal aufrecht und damit einen Ausstieg aus dem*  
240 *Substanzkonsum offen halten;*
- 241 • *bestmögliche Beratung zu den Risiken der konsumierten Substanz für*  
242 *Abhängige, die ihren Konsum nicht dauerhaft beenden können;*
- 243 • *Infektionsprophylaxe durch Möglichkeiten des Zugangs zu sauberen*  
244 *Spritzen/Spritzentausch in Verbindung mit Beratung, um*  
245 *Infektionskrankheiten wie HIV oder Hepatitis zu reduzieren;*
- 246 • *die Einrichtung sogenannter Drogenkonsumräume durch eine entsprechende*  
247 *Rechtsverordnung auf Landesebene ermöglichen. Die entsprechenden Kommunen*  
248 *sollen durch den Freistaat bei der Konzeption und Einrichtung von*  
249 *Drogenkonsumräumen einschließlich ergänzender Suchthilfe- und*  
250 *Substitutionsangebote begleitet und finanziell unterstützt werden.*

**V7NEU** Transparenz schaffen - Modernisierung des Parlamentsinformationssystems (EDAS) durch offene Standards

Antragsteller\*in: Daniel Gerber  
Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

1 Um den großen Papierverbrauch der Kommunalräte und Landesparlamente zu  
2 minimieren und Datenaustausch zu erleichtern, wurde in den 2000er Jahren ein  
3 großer Teil der Rats- und Parlamentsverwaltung digitalisiert. Die so  
4 entstandenen Ratsinformationssysteme (RIS) sind oft für normale Bürger\*innen die  
5 einzige Möglichkeit, an wichtige Dokumente zu gelangen. Innerhalb dieser Systeme  
6 befinden sich z.B. Informationen Ausschuss- und Plenarsitzungen sowie andere  
7 interessante Dokumente für eine Vielzahl von Bürger\*innen, Vereinen und  
8 Initiativen. Leider ist die sächsische Parlamentsinformationssystems-Website  
9 (auch EDAS genannt) als Informationsquelle für Bürger\*innen nur schlecht zu  
10 gebrauchen: Die Oberfläche ist veraltet, voll mit bürokratischen Fachbegriffen,  
11 mobil so gut wie nicht benutzbar und die Suchfunktion liefert nur unzureichende  
12 Ergebnisse und Filter. Dadurch werden viele wichtige Dokumente für die  
13 Öffentlichkeit faktisch unzugänglich.

14 Die Digitalisierung bietet dem sächsischen Landtag und der öffentlichen  
15 Verwaltung vielfältige Möglichkeiten, Innovation und Veränderung für eine  
16 transparente Parlamentsarbeit und besseres Regierungshandeln aktiv  
17 mitzugestalten. So wurde zum Beispiel der von der Open Knowledge Foundation  
18 entwickelte und betreute Industriestandard für Gremiendaten OParl konzipiert.  
19 Der Standard wurde entwickelt, um Politikverdrossenheit zu bekämpfen und  
20 ehrenamtliches Engagement zu unterstützen.

21 Mit der Freigabe der Informationen von EDAS über die OParl Schnittstelle  
22 erhalten Entwickler\*innen die Möglichkeit, Informationen neu darzustellen und so  
23 Bürger\*innen besser zu informieren und einzubinden. Die Transparenz kommt so  
24 nicht nur interessierten Bürger\*innen zu Gute, auch Journalist\*innen,  
25 Blogger\*innen, Wissenschaftler\*innen u.v.m. profitieren davon. Nicht zuletzt ist  
26 OParl auch eine Form der digitalen Wirtschaftsförderung.

27 Wir von Bündnis 90/Die Grünen Sachsen fordern, dass der Freistaat Sachsen eine  
28 Vorreiterrolle in Sachen Regierungstransparenz im Osten übernimmt. Auf dem Weg  
29 hin zu einem echten Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetzes nach  
30 Hamburger bzw. Rheinland-Pfälzischem Vorbild oder dem bereits vorliegenden  
31 Gesetzentwurf „Gesetz über die Transparenz von Informationen im Freistaat  
32 Sachsen“, fordern wir von Bündnis 90/Die Grünen Sachsen, dass die Verwaltung des  
33 sächsischen Landtags mit der Entwicklung einer OParl Schnittstelle beauftragt.  
34 Die Entwicklung soll dabei die aktuelle Version 1.1 der OParl-Spezifikation  
35 verwenden und alle dort gebotenen und vom aktuellen EDAS System unterstützten  
36 Merkmale enthalten.

37 Des Weiteren wird die sächsische Staatsregierung aufgefordert Kommunen bei der  
38 Einführung von OParl Schnittstellen in den kommunalen Ratsinformationssystemen  
39 zu fördern und zu unterstützen.



## **V8** Klimakrise entgegenwirken – Aktionsplan aufstellen

Antragsteller\*in: Jürgen Kasek (KV Leipzig), Jan Winterhalter (KV Leipzig), Tobias Möller (KV Leipzig),  
Ulrike Böhm (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

- 1 Seit Wochen erleben wir in Europa und auch in Sachsen eine Rekordhitze,  
2 einhergehend mit einer Dürreperiode. Ausweislich der Messdaten sind die Werte im  
3 Durchschnitt der Jahre 1981 bis 2010 seit April im Temperaturbereich um mehr als  
4 2,5 Grad zu hoch, während stellenweise nicht einmal 50 Prozent der  
5 durchschnittlichen Niederschlagsmenge erreicht werden. Die derzeitige Wetterlage  
6 ist dabei mit Klimavariationen nicht mehr zu erklären. Von den letzten 10 Jahren  
7 waren 9 jeweils als Rekordjahre im Bereich Temperatur gekennzeichnet.
- 8 Die Folgen davon sind gravierend. Flüsse, Seen und Teiche sind stark überhitzt  
9 oder sogar aufgrund der meteorologischen Dürre trocken gefallen mit dramatischen  
10 Auswirkungen auf wassernahe Ökosysteme. Die Wahrscheinlichkeit von  
11 Extremwetterereignissen, wie Starkregen und damit temporären  
12 Hochwasserereignissen hat weiter zugenommen. Die extreme Trockenheit hat die  
13 Anzahl an Wald- und Feldbränden deutlich steigen lassen, während mit deutlichen  
14 Ernteausfällen zu rechnen ist. Ausweislich der Daten des Landesamt für Umwelt,  
15 Landwirtschaft und Geologie (LfULG) zeigen die vergangenen Jahre den Trend für  
16 die klimatischen Veränderungen in Sachsen, die mit der Abnahme von  
17 Niederschlägen und steigenden Temperaturen einhergehen. Dies hat umfassende  
18 Auswirkung auf unser komplettes Leben.
- 19 Es braucht daher schnellstmöglich Klimaanpassungsmaßnahmen als auch Maßnahmen um  
20 eine weitere Verschärfung der Situation zu verhindern.
- 21 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen fordern daher:
- 22 1. Im Bereich Naturschutz
- 23 a. Zur Verhinderung von Waldbränden die Aufstellung von  
24 bundesländerübergreifenden Aktionsplänen, eine Beschleunigung des Waldumbaus weg  
25 von Monokulturen zu resistenteren Mischwäldern, sowie Schutzstreifen und  
26 Waldbrandriegeln.
- 27 b. Als wirksame Klimaschutzmaßnahme die verstärkte Wiedervernässung und  
28 Renaturierung von Mooren, da Moore nicht nur Treibhausgase binden, sondern auch  
29 den Wasserhaushalt des Bodens regulieren. Gerade in Sachsen benötigen wir ein  
30 entsprechendes Landesprogramm um trockengefallene Moore dauerhaft wieder zu  
31 vernässen.
- 32 c. Der Widerruf von Ausnahmegenehmigungen von Kraftwerken und Industrieanlagen  
33 um warmes Kühlwasser in bereits überhitzte Flüssen einzuleiten. Bereits ab 28  
34 Grad Wassertemperatur muss der Zufluss zwingend gedrosselt werden, um das  
35 Überleben von empfindlichen Fischarten zu sichern.
- 36 d. Die Überdüngung aus der industriellen Landwirtschaft, die zu einer  
37 Eutrophierung von Flüssen und Gewässern führt muss stärker beschränkt werden.
- 38 e. Trotz sinkender Bevölkerungszahl nimmt der Flächenverbrauch zu. Gerade in den  
39 urbanen Ballungsgebieten braucht es aber umso stärker den Schutz von

40 Grünstreifen und Bäumen. Wir benötigen ein wirksames Baumschutzgesetz in  
41 Sachsen.

42 f. Eine Beschleunigung der Maßnahmen des ökologischen Hochwasserschutzes und  
43 Überprüfung der Hochwasserschutzkonzepte der Städte, um temporäre  
44 Starkregenereignisse abfedern zu können.

#### 45 2. Verkehr/ Energie

46 a. Sofort umsetzbar und dringend notwendig ist ein bundesweites Moratorium für  
47 neue Kohlekraftwerke und Tagebaue oder deren Erweiterungen. Es kann nicht sein,  
48 dass in Zeiten der sich verschärfenden Klimakrise Energiekonzerne wie die MIBRAG  
49 Wälder und die Umwelt zerstören, obwohl die Tage der Braunkohle längst gezählt  
50 sind.

51 b. Ausbau des Programms zur Ausweitung von Vorhaben für die Förderung von  
52 „Innovativen Komplexvorhaben zur CO<sub>2</sub>-Minderung in den Kommunen“ durch das  
53 Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL), zur  
54 deutlichen Reduzierung des Energieverbrauchs.

55 c. Deutliche Reduktion des motorisierten Individualverkehrs durch verstärkte  
56 Förderung des Radverkehrs sowie des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) bzw. des  
57 öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

#### 58 3. Gesundheitsschutz/ Betroffene

59 a. Aufstellung eines landesweiten Aktionsplanes für wirksamen Gesundheitsschutz  
60 bei Extremwetterereignissen, um eine koordinierte Kommunikation über Tipps und  
61 Verhaltensweisen sicherzustellen und dadurch insbesondere Säuglinge, Kleinkinder  
62 und ältere Menschen, die von Extremwetterereignissen stärker beeinträchtigt  
63 sind, wirksamer zu schützen.

64 b. Einrichtung eines Versicherungsfonds, um geschädigte von  
65 Extremwetterereignissen, deren Existenz bedroht ist zu unterstützen.

#### 66 4. Haushalt/ Finanzierung

67 a. Einrichtung eines Fonds für Klimaschutz- und zu  
68 Klimafolgeanpassungsmaßnahmen, um die Finanzierung o.g. Maßnahmen zu sichern.

## **V8GNEU** GLOBALALTERNATIVE Klimaschutz in Sachsen – wir wollen endlich handeln!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

1 Beim Klimaschutz ist es 5 nach 12. Wo gefährliche Kipppunkte für lawinenartige  
2 Beschleunigung der Katastrophe liegen, lernt die Wissenschaft gerade erst in  
3 fiebrhafter Forschungsarbeit. Sehr klar ist hingegen bereits, dass deren  
4 Überschreiten um jeden Preis vermieden werden muss. Deshalb gibt es keine  
5 Treibhausgasemission mehr, die bis zu einer gewissen Schwelle unbedenklich wäre.  
6 Jede vermeidbare Tonne ist eine Tonne zu viel. Auch Sachsen muss jetzt  
7 unverzüglich handeln, um wirksame Beiträge zum Klimaschutz zu leisten. Denn das  
8 gebietet die Verantwortung gegenüber denen, die nach uns kommen und gegenüber  
9 dem gesamten Ökosystem unseres gemeinsamen Planeten.

10 Zugleich gilt es, die heutige Gesellschaft in all ihren Bereichen auf die  
11 rasante Erderhitzung vorzubereiten, die durch bisheriges Versagen beim  
12 Klimaschutz bereits losgetreten wurde und sie vor katastrophalen Folgen so gut  
13 wie möglich und so gerecht wie möglich zu schützen. Das gebietet die  
14 Verantwortung politischer Entscheidungsträger gegenüber der heutigen  
15 Gesellschaft.

16 Gerechtes Handeln heißt in diesem Zusammenhang, dafür Sorge zu tragen, dass die  
17 größten Verursacher dieser Gefahren und die größten Nutznießer bisherigen  
18 Nichthandelns auch den größten Beitrag zu ihrer Eindämmung leisten.

19 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt: wir von  
20 Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen versprechen, dass wir überall, wo wir uns in  
21 Legislative und Exekutive Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten erarbeiten,  
22 vorbeugenden Klimaschutz und verantwortungsvolle Klimaanpassung zu bedeutenden  
23 Zielen unseres Handels machen.

24 Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen versprechen: Vorbeugender Klimaschutz und  
25 verantwortungsvolle Klimaanpassung sind und bleiben zentrale Handlungsmaximen vor  
26 Ort und im Land, von denen wir uns nicht abbringen lassen.

27 Es geht dabei um nichts weniger als um die zivilisatorischen Existenzgrundlagen  
28 und um ein Ökosystem, das diese ermöglicht.

29 Wir beschließen im Kapitel B ein Bündel von Maßnahmen in allen Bereichen, die  
30 wir dazu anpacken, konkretisieren und umsetzen wollen.

31 Daraus benennen wir im Kapitel A die Maßnahmen, die in einem grünen Aktionsplan  
32 sofort auf den Tisch gehören, denn hier sind die größten Verbesserungen zu  
33 erreichen und damit muss unverzüglich begonnen werden.

### 34 **A) Maßnahmen des Aktionsplans**

#### 35 **1. Klimaschutz gesetzlich verankern: Sachsen braucht ein Klimaschutzgesetz.**

36 Klimaschutz muss so schnell wie möglich Verfassungsziel werden! Als Etappenziel  
37 wollen wir wie in anderen Bundesländern, wo Grün mitregiert, ein  
38 Klimaschutzgesetz für Sachsen durchsetzen. Die grüne Landtagsfraktion hat einen  
39 Gesetzentwurf vorgelegt. Auch in Sachsen soll es den Klimaschutz zum Grundsatz

40 der Raumordnung machen. An einem entschlossenen Ausbau Erneuerbarer Energien  
41 geht kein Weg vorbei. Das Gesetz steuert den Freistaat auf einen verbindlichen  
42 Treibhausgas-Reduktionspfad ein, der mindestens die nationalen Ziele anvisiert.  
43 Die öffentliche Verwaltung soll als Vorbild dienen und bis 2030 klimaneutral  
44 organisiert werden.

## 45 **2. Sachsen muss als Bundesland seine Blockadehaltung bei Klimaschutz und** 46 **Energiewende aufgeben**

47 Sachsen gehört als Bundesland endlich an die Seite derer, die im Bund und in der  
48 EU Klimaschutz vorantreiben und eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung als zentrales  
49 Instrument durchsetzen wollen! Ein rechtsverbindlicher, nationaler  
50 Kohleausstiegspfad liegt auch im sächsischen Interesse. Die bisherige  
51 Blockadestrategie hat nur dazu geführt, dass Sachsen nun unvorbereitet in den  
52 Kohleausstieg stolpert. Wir wollen, dass Sachsen hier mit einem  
53 selbstbestimmten, klimaschutzgerechten Ausstiegsfahrplan eigene Vorschläge  
54 bringt. Nur so kann Strukturwandelförderung rasch und zielgenau wirksam werden!

## 55 **3. Klimaschutz und Klimawandelanpassung gehören umgehend in die Landes- und** 56 **Regionalplanungsprozesse**

57 Die Fortschreibung von Landes- und Regionalplanung darf nicht länger auf  
58 überholten Grundlagen aus dem Jahr 2012 aufbauen! Neue Tagebaue, Abbaufelder und  
59 Kohlekraftwerke dürfen keine landesplanerischen Optionen mehr sein. Es versteht  
60 sich von selbst, dass kein weiteres Dorf mehr der Kohle geopfert wird! Die  
61 Perspektiven der Braunkohlenutzung in Sachsen sind auf den Auslauf- und  
62 Abschlussbetrieb beschränken. Das sächsische Energie- und Klimaprogramm muss  
63 sofort kompatibel mit nationalen Zielen weiterentwickelt und auf die Ziele des  
64 Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet werden!

## 65 **4. Mit einem Landesprogramm für energetische Sanierungen soll der Einsatz** 66 **energiesparender Technologie beschleunigt werden.**

67 Alte Ölheizungen müssen raus aus den sächsischen Kellern. Der Freistaat muss mit  
68 einem Förderprogramm die Wärmewende voranbringen, Emissionen mindern und durch  
69 Energieeinsparungen den Geldbeutel der Menschen schonen. Dabei setzen wir, wo  
70 immer möglich, auf intelligente Fernwärmekonzepte, auf Wärme aus erneuerbaren  
71 Quellen und Lösungen zur Sektorenkopplung. Es versteht sich von selbst – der  
72 Kohleausstieg muss auch und zuerst überall dort stattfinden, wo heute noch  
73 kommunale Wärmeversorgung an der Braunkohle hängt. Wir wollen die Kommunen bei  
74 der Entwicklung zukunftsfähiger Lösungen unterstützen.

## 75 **5. Wir wollen die Maut ausweiten und Schienengüterverkehr sowie Bus, Bahn und** 76 **Radverkehr stärken.**

77 Die Stagnation der CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 machen den Verkehrssektor zum  
78 klimapolitischen Sorgenkind. Nur mit einer entschlossenen Verkehrswende wird  
79 sich hier eine Verbesserung erreichen lassen. Es braucht effektive Maßnahmen, um  
80 mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dazu muss auch die LKW-  
81 Maut auf alle öffentlichen Straßen ausgeweitet werden. Hierzu muss ein  
82 datenschutzfreundliches Mautsystem aufgebaut werden. Damit auch Bürgerinnen und  
83 Bürger ihr Auto stehen lassen können, muss das Bus- und Bahn-Angebot sowie die  
84 Radwege-Infrastruktur in allen Regionen Sachsens ausgebaut werden. Damit auch in  
85 Sachsen die wünschenswerte öffentliche Förderung einer E-Mobilitäts-  
86 Infrastruktur wirklich klimapolitisch sinnvoll wird, braucht der Freistaat einen  
87 verbindlichen Ausstiegsfahrplan aus dem schmutzigen Kohlestrom!

88 **6. Wir wollen den Waldumbau zu standortgerechten artenreichen Mischwäldern**  
89 **konsequent vorantreiben.**

90 Lange Hitzeperioden lassen die Gefahr von Waldbränden schnell steigen -  
91 besonders in großflächigen Nadelholzmonokulturen. Die sächsischen Wälder  
92 brauchen mehr Mischwaldbestand und Schutzstreifen, um größere Katastrophen durch  
93 Waldbrände zu verhindern.

94 **7. Wir wollen Landwirtinnen und Landwirte helfen, ihre Anbaustrategie**  
95 **anzupassen.** Kurzfristige Hilfen in Jahren mit Extremwetterlagen für in  
96 Existenznot geratene Betriebe allein lösen keine Probleme der Struktur Anpassung.  
97 Gemeinsam mit den Landwirten sind Strategien zur Anpassung an die sich ändernden  
98 klimatischen Herausforderungen zu entwickeln. Dazu gehört Beratung zum Anbau von  
99 widerstandsfähigen Sorten, Mischfruchtanbau und Zwischenfruchtanbau. Außerdem  
100 brauchen wir dringend mehr Struktur in der Landschaft durch die Anpflanzung von  
101 Hecken und Bäumen. Dies kann die Abtragung von Böden (Bodenerosion) durch Wind  
102 und Starkregenereignissen wirkungsvoll eindämmen.

103 **8. Wir wollen mehr ökologischen Hochwasserschutz.** Die Staatsregierung setzt fast  
104 ausschließlich auf technischen Hochwasserschutz. Statt weiterer Deiche und  
105 Polder braucht es mehr natürliche Überflutungsflächen. Mit der Reaktivierung von  
106 Auen entlang der Flüsse, der Renaturierung begradigter Fließgewässer, der  
107 Ausdehnung der Flächennutzung und Aufforstungen im Einzugsgebiet der Flüsse im  
108 Freistaat kann auf ökologische und effektive Art vor Hochwasser geschützt  
109 werden. So wollen wir es angehen, Ursachen von Hochwasser zu beseitigen, statt  
110 nur Katastrophenbewältigung.

111 **9. Ein Landesförderprogramm „Grüne Kommunen“ soll helfen, Maßnahmen zur**  
112 **Abkühlung von Städten, für bessere Luft und Gesundheitsschutz umzusetzen.** Durch  
113 die Begrünung von Fassaden, Dächern und auf großen Betonflächen sollen bei  
114 Stadtklima und Feinstaubbelastung Verbesserungen erreicht werden. Das  
115 Förderprogramm kann dazu Anreize schaffen. Wir brauchen zudem dringend mehr  
116 Bäume in der Nähe unserer Straßen, um eine bessere Sauerstoffproduktion zu  
117 ermöglichen. Alte Bäume müssen wieder per Gesetz geschützt werden: weg mit dem  
118 „Baum-ab“ – Gesetz! Wir wollen die Flächenversiegelung eindämmen. Wir wollen die  
119 Einrichtung von Trinkbrunnen unterstützen. Das hilft den Menschen bei  
120 Extremhitze und unterstützt die Vermeidung von Plastikmüll.

121 **10. Wir wollen eine bessere Vorbereitung auf Extremwetterlagen.** Insbesondere für  
122 ältere Menschen und kleine Kinder brauchen wir im Freistaat Sachsen  
123 Notfallpläne. Wir müssen schnell handlungsfähig sein, um ihnen zum Beispiel bei  
124 starker Hitze helfen zu können. Weiterhin braucht es eine regelmäßige  
125 Fortschreibung der Vorsorgeplanung zur Bewältigung von Extremwetterereignissen  
126 und Großschadenslagen unter Berücksichtigung der veränderten  
127 Wahrscheinlichkeiten und Bedingungen.

128 **11. Wir wollen Wirtschaftsförderung und öffentliche Beschaffung an**  
129 **Klimaschutzkriterien und volkswirtschaftlichen Gesamtkosten ausrichten**

130 Die Steuerungswirkung von öffentlichen Fördermitteln muss verstärkt genutzt  
131 werden, um Klimaschutz und Klimawandelanpassung in der Wirtschaft  
132 voranzubringen. Entsprechende Kriterien gehören in die Förderrichtlinien. Das  
133 gilt auch für Vergaben durch die öffentliche Hand. Wir wollen ein modernes  
134 Vergaberecht und haben dazu einen grünen Vergabegesetzentwurf vorgelegt.

135 **B) Erweitertes Maßnahmenpaket in allen Bereichen**

136 **Energie/Wirtschaft/Klima**

137 • Sachsen braucht ein Klimaschutzgesetz, das verbindlich und längerfristig  
138 den Zielpfad definiert und den Klimaschutz zum Grundsatz der Raumordnung  
139 macht. Wir sehen das Klimaschutzgesetz als Etappe auf dem Weg zum  
140 Klimaschutz als Verfassungsziel.

141 • Vorbildrolle zur Klimaneutralität im Bereich der öffentlichen  
142 Verwaltungen!

143 • Mehr erneuerbare Energie in Sachsen - weg mit der Ausbaublockade!

144 Sachsen braucht jetzt die Fortschreibung des Energie- und Klimaprogramms mit  
145 neuen Zielen für Treibhausgasminderung und für den Ausbau Erneuerbarer Energien,  
146 die an Bundesziele ankoppeln und die Ziele von Paris ansteuern sowie die  
147 umgehende Fortschreibung entsprechender Teilpläne im Regionalplanungsprozess.

148 • Wir wollen die planerischen Perspektiven der Braunkohlenutzung in Sachsen  
149 in der Fortschreibung von Landes- und Regionalplanung auf den Auslauf- und  
150 Abschlussbetrieb beschränken. Neue Tagebaue, Abbaufelder und  
151 Kohlekraftwerke sind landesplanerisch nicht mehr vorzusehen. Kein weiteres  
152 Dorf darf mehr der Braunkohle zum Opfer fallen.

153 • Klimaschutzgerechte und damit nachhaltige Förderung des regionalen  
154 Strukturwandels – kein Geld für neue fossile Emissionspfade und für  
155 weiteren Klimaschutzboycott!

156 • Unterstützung für Kommunen und Stadtwerke bei der Aufstellung von  
157 kommunalen Wärmenutzungsplänen als Grundlage für den Ausbau von  
158 effizienter Fernwärmenetze mit Nutzung von Abwärmequellen und Einbindung  
159 erneuerbarer Wärmeerzeuger!

160 • Unterstützung für Kommunen und Stadtwerke beim Übergang zu einer  
161 braunkohleunabhängigen kommunalen Wärmeversorgung!

162 • Unterstützung für Kommunen und Stadtwerke bei der Umsetzung von Projekten  
163 zur Sektorkopplung auf dem Weg zur konsequenten Dekarbonisierung!

164 • Wir sehen die Bedeutung der Elektromobilität für Sachsen. Entschlossene  
165 Innovation sichert dabei viele, zukunftsfähige Arbeitsplätze und  
166 unterstützt die Sektorkopplung in der globalen Energiewende. Die  
167 öffentliche Förderung einer Infrastruktur für die E-Mobilität in Sachsen  
168 macht klimapolitisch aber nur Sinn, wenn der Ausstieg aus dem schmutzigen  
169 Kohlestrom und ein weiterer Dekarbonisierungspfad verbindlich gemacht  
170 werden.

171 • Wir wollen ein Landesprogramm für die Beschleunigung der energetischen  
172 Sanierung im Freistaat. Alte Ölheizungen müssen aus den Kellern, die  
173 energetische Sanierungsquote muss deutlich steigen.

174 • Sachsen braucht ein öffentliches Vergaberecht, das auch Ökologie,  
175 Ressourceneffizienz und Klimaschutz als Kriterien berücksichtigt. Nur so  
176 können Preise die volkswirtschaftliche und ökologische Wahrheit sagen.

177 • Sachsen muss in allen Richtlinien für Förderprogramme Klimaschutz und  
178 Nachhaltigkeit als Bewertungskriterien einführen.

- 179 • Der Freistaat muss sich auf Bundesebene für Sofortmaßnahmen zur Schließung  
180 der Umsetzungslücke bei den Klimazielen 2020 einsetzen. Die ältesten und  
181 schmutzigsten Kohlekraftwerke müssen noch vor 2020 vom Netz. Die  
182 angekündigten Sonderausschreibungsrunden für Erneuerbare Energien müssen  
183 endlich beschlossen werden.
- 184 • Sachsen muss sich auf Bundesebene für eine konsequente Verankerung Paris-  
185 kompatibler Langfristziele in einem nationalen Klimaschutzgesetz  
186 einsetzen.
- 187 • Der Freistaat muss sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine wirksame CO2-  
188 Bepreisung als wichtigstes Instrument zur Emissionsminderung in allen  
189 Sektoren einsetzen.
- 190 • Sachsen muss sich auf Bundesebene für die Novellierung von Bergrecht und  
191 Immissionsrecht mit dem Ziel einsetzen, die Genehmigungsfähigkeit von  
192 Rahmenbetriebspläne für neue Tagebaue und Abbaufelder sowie für neue  
193 Kohlekraftwerke auszuschließen, Grundabtretungsverfahren für die  
194 Braunkohle abzuschaffen und eine Beweislastumkehr bei Bergschäden durch  
195 Tagebaue einzuführen.
- 196 • Der Freistaat muss sich auf Bundesebene für einen rechtsverbindlichen  
197 nationalen Kohleausstiegsfahrplan einsetzen, der den CO2-Budgetansatz  
198 konsequent umsetzt. Zur konkreten Umsetzung an den sächsischen Standorten  
199 braucht Sachsen ein eigenes Konzept, das endlich langfristige Sicherheit  
200 für die Umsetzung der Strukturwandelförderung in den Revieren schafft.

#### 201 **Umwelt, Natur und Landwirtschaft:**

- 202 • Systematisches Anlegen von Hecken und Baumstreifen zum Schutz der Böden  
203 vor Erosion durch Wind und Starkregen
- 204 • Industrielle Tierhaltung eindämmen! Nur so viel, wie der Boden ernähren  
205 kann - auch bei Trockenheit
- 206 • Waldumbau beschleunigen weg von Nadelholzmonokulturen hin zu  
207 Mischwaldbeständen als Brandschutz und Baumartenanpassung an steigende  
208 Temperaturen, Einrichtung von Schutzstreifen
- 209 • Verbesserung und Ausweitung der Beratung und Forschung zum Einsatz  
210 trockenoleranter Sorten in der Landwirtschaft
- 211 • Großflächige Reaktivierung von Auen entlang der Flüsse, Renaturierung  
212 begradigter Fließgewässer, Extensivierung der Flächennutzung und  
213 Aufforstungen im Einzugsgebiet der Flüsse
- 214 • Endlich umsetzen: Maßnahmen des ökologischen Hochwasserschutzes!
- 215 • Renaturierung von Mooren

#### 216 **Anpassung in urbanen Bereichen: Grünere Städte**

- 217 • Mehr statt weniger Bäume! Das „Baum-ab-Gesetz“ muss endlich fallen.
- 218 • Stadtbegrünung an Fassaden, auf Dächern, Straßen und Plätzen

- 219 • Schaffung und Wahrung von Frischluftschneisen in den Städten
- 220 • Landesförderprogramm „Grüne Kommunen“
- 221 • Flächenneuversiegelung konsequent eindämmen und Brachflächen renaturieren
- 222 • Überprüfung und Anpassung von kommunalen und regionalen  
223 Hochwasserschutzkonzepten
- 224 • Unterstützung für den Umbau von Stadtentwässerungssystemen für zunehmende  
225 Extreme

## 226 **Verkehr**

- 227 • Ausweitung der LKW-Maut auch auf Landes- und Kommunalen Straßen
- 228 • Güter von der Straße auf die Schiene! Um Güterverkehr auf der Schiene und  
229 der Straßen besser miteinander zu verknüpfen, müssen ausreichend  
230 Zu-gangsstellen wie KV-Terminals, Güterverkehrszentren so-wie private  
231 Gleisanschlüsse geschaffen und eine Rollende Landstraße eingerichtet  
232 werden.
- 233 • konsequente Förderung und Ausbau des Bus- und Bahnangebots mit  
234 garantierten Anschlüssen in allen Regionen Sachsens
- 235 • Vorrang für Rad- und Fußverkehr: Nach Jahrzehnten der Maxime der  
236 autogerechten Stadt muss der Straßenraum anhand der Bedürfnisse aller  
237 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer verteilt werden. Jede Fahrt mit  
238 dem Fahrrad und jeder Weg zu Fuß verringert die Beeinträchtigungen, die  
239 der Autoverkehr in den Innenstädten durch Parkraumbedarf, Parkplatzsuche,  
240 Fahrzeuglärm, Abgase und Unfallpotenzial mit sich bringt.
- 241 • Umkehr des Regel-Ausnahme-Verhältnisses von Tempo 50/30 hin zu Tempo 30  
242 als Regelgeschwindigkeit und Tempo 50 als Ausnahme auf  
243 Hauptverkehrsstraßen in geschlossenen Ortschaften
- 244 • Förderung intelligenter Ladeinfrastruktur (öffentlich und privat) sowie  
245 Vorbildrolle der öffentlichen Verwaltung beim Abschied vom  
246 Verbrennungsmotor. Wir sehen jedoch bei allen Maßnahmen zur Förderung der  
247 Elektromobilität in Sachsen eine wichtige Voraussetzung: ein verbindlicher  
248 Ausstiegsplan aus der Kohleverstromung und eine klarer Pfad zur  
249 Dekarbonisierung der Stromerzeugung. Eine Elektromobilität, die die  
250 Emissionen lediglich vom Auspuff auf die Kraftwerkschlote in Lippendorf  
251 und Boxberg verlagert, ist klimapolitisch sinnlos.

## 252 **Gesundheits- und Bevölkerungsschutz**

- 253 • Mehr Vorsorge bei hitzebedingten Gesundheitsbelastungen insbesondere für  
254 Risikogruppen
- 255 • Notfallpläne insbesondere für ältere Menschen, Kinder und Kranke
- 256 • Trinkbrunnen-Förderprogramm für Kommunen
- 257 • Förderung von Klimatisierung und Verschattung in Schulen und  
258 Kindertagesstätten, im Gesundheitswesen sowie Einrichtung von  
259 Hitzeentlastungsräumen in besonders belasteten öffentlichen Bereichen



- 260 • Fortbildung im Gesundheitsdienst
- 261 • Hilfs- und Beratungsangebote in Stadtteilbüros, Seniorentagesstätten,  
262 sozialen Diensten
- 263 • Anpassung von Arbeitszeiten bei Extrembedingungen
- 264 • Unterstützung von Aufklärung, arbeitsmedizinischer Vorsorge und  
265 Schutzmaßnahmen für Beschäftigte in Außenbereichen
- 266 • Vorsorge und Gegenmaßnahmen gegen Erreger und Erkrankungen, die bislang in  
267 unseren Breiten nicht verbreitet waren
- 268 • medizinische Kompetenzbildung
- 269 • Verbesserung der Ausstattung der Lebensmittelkontrollbehörden

#### 270 **Vorsorgemaßnahmen gegen Schäden von zunehmenden Extremwetterereignissen**

- 271 • Aktualisierung regionaler Notfall- und Einsatzpläne nach aktuellen  
272 Ereignissen
- 273 • Einrichtung einer Landeszentralstelle zur Verbesserung der psychosozialen  
274 Notfallversorgung bei Großschadenslagen
- 275 • vollständige juristische Gleichstellung der ehrenamtlichen Helferinnen und  
276 Helfer der Hilfsorganisationen gegenüber den Kameradinnen und Kameraden  
277 der Feuerwehr
- 278 • Förderprogramm für Investitionen zur Schaffung baulicher Infrastruktur zur  
279 Unterbringung von Katastrophenschutztechnik und Mannschaften
- 280 • regelmäßige Fortschreibung der Vorsorgeplanung zur Bewältigung von  
281 Extremwetterereignissen und Großschadenslagen unter Berücksichtigung der  
282 veränderten Wahrscheinlichkeiten und Bedingungen

#### 283 **Finanzierung**

- 284 • Divestment aus allen Finanzanlagen, die noch immer von Gewinnen aus der  
285 fossilen Wirtschaft und –Energiewirtschaft abhängen
- 286 • Konsequente Nutzung der Gestaltungsmacht in Gremien und Organen zur  
287 Umsteuerung in nachhaltige Investitionen und Beteiligungen
- 288 • ab sofort Berücksichtigung von Klimaschutz- und Klimabildungs- und  
289 Klimawandelanpassungsmaßnahmen in allen relevanten Einzelhaushalten
- 290 • Einsatz des Freistaates auf Bundesebene für eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung  
291 zur verursachergerechten Finanzierung von Klimaschutz- und  
292 Klimawandelanpassungsmaßnahmen
- 293 • Einsatz des Freistaates auf Bundesebene für aufkommensneutrales,  
294 klimaschutzgerechtes Umsteuern im Bereich der Energie- und  
295 Emissionsbesteuerung

## Begründung

### Begründung:

#### **Wo Sachsen heute steht und warum gerade wir das dringend ändern müssen:**

Sachsen verweigert sich unter CDU-geführten Regierungen seit zwei Jahrzehnten beharrlich nationalen und internationalen Klimaschutzbestrebungen. Die SPD-Beteiligung an der derzeitigen Regierung hat zu neuen Absichtserklärungen geführt. Gehandelt hat auch diese Regierung nicht. Vier weitere Jahre wurden verloren.

Sachsen steht beim Klimaschutz mit leeren Händen da. Der Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist etwa ein Drittel höher als im Bundesdurchschnitt. Die Emissionen sind seit Ende der 1990iger Jahre sogar deutlich angestiegen. Für etwa zwei Drittel der gesamten sächsischen CO<sub>2</sub>-Emissionen ist die Braunkohleverstromung in den Großkraftwerken Boxberg und Lippendorf verantwortlich. Die wohlfeile Ausrede, Sachsen hätte mit dem Zusammenbruch der DDR bereits alle notwendigen Beiträge zum nationalen Klimaschutz geleistet, geht ins Leere. Auch vor der Wiedervereinigung war die CO<sub>2</sub>-Intensität der alten Bundesländer bereits viel niedriger als in der DDR. Diese Länder leisteten jahrzehntelang Solidarität bei der Abfederung des Strukturwandels und beim Aufbau einer modernen Infrastruktur in Sachsen. Jetzt ist es an uns, endlich auch eigene Anstrengungen zur Erreichung nationaler Klimaschutzziele zu unternehmen.

In diesem Jahr beträgt der Schaden in der Landwirtschaft durch extreme Trockenheit nach jüngsten Aussagen des zuständigen Staatsministers etwa 300 Mio. Euro. Sachsen ist auf Hilfe angewiesen.

Ganz ähnliche, stationäre Wetterlagen können wochenlang schier unglaubliche Wassermassen bei uns abladen. 2002 und 2013 haben gleich zwei solche „500-Jahre-Hochwasser“ innerhalb von nur 11 Jahren in Sachsen noch weit größere Schäden angerichtet, 2002 über 6 Milliarden Euro und 2013 etwa 2 Milliarden Euro. Sachsen brauchte und bekam auch dabei Hilfe.

Wir lange wird die nationale Hilfsbereitschaft anhalten, wenn sich der Freistaat zugleich hartnäckig jeder eigenen Mithilfe bei der nationalen Großaufgabe Klimaschutz verweigert? Wenn er sich nicht nur verweigert, sondern etwa durch Festklammern an der Braunkohle und Blockade der Energiewende sogar die gemeinsamen Anstrengungen der Anderen konterkariert? Sachsen sendet damit auch ein verhängnisvolles Signal der Entsolidarisierung, der Absage an Multilateralismus bei der Bewältigung der großen globalen Probleme nach außen und nach innen. Das ist Gift in einer Zeit, in der nationale Egoismen und Abschottung, in der Lüge und Konfrontation alles zu zerstören drohen, was die Weltgemeinschaft nach der furchtbaren Erfahrung grausamer Kriege an Strategien für ein Zusammenleben auf diesem einen Planeten über Jahrzehnte entwickelt hatte.

Für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen geht deshalb das Thema Klimaschutz in seiner Bedeutung weit über eine Summe von Einzelmaßnahmen im Freistaat hinaus. Für uns geht es beim Thema Klima auch um ein Klima globaler Gerechtigkeit, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, um das Klima des Umgangs miteinander und mit Menschen, die zu uns kommen. Deshalb ist das ein so zentrales, ja geradezu identitätsprägendes Thema für uns.

#### **Sachsen in der Klimakatastrophe: mittendrin und nicht nur dabei**

Die galoppierenden Klimaveränderungen kennen keine Landesgrenzen. Sie kommen unübersehbar auch in Sachsen an und werden von vielen Menschen als bedrohlich empfunden. Es wachsen Fragen in diesen Tagen: Was machen wir, wenn die extreme Trockenheit, wenn die langanhaltende Hitze wirklich erst der Anfang ist? Wie können wir das stoppen? Bekomme ich Unterstützung, wenn ich von Extremwetterereignissen betroffen bin und an wen kann ich mich um Rat und Hilfe wenden?

Die Extremwetter der letzten Monate und Jahre brauchen nicht als Beleg für Existenz der rasanten Erderhitzung herzuhalten, denn diese ist längst wissenschaftlich belegt. Abschmelzende Polargebiete und Gletscher sowie ein ansteigender Meeresspiegel sprechen eine klare Sprache. Die Extremwetterereignisse

sind vielmehr die Folge dieser sich anbahnenden Klimakatastrophe. Sie sind eine mess- und zunehmend fühlbare Konsequenz aus Veränderungen im globalen Klimasystem, die rasch Fahrt aufnehmen. Polargebiete heizen sich auf. Geringere Temperaturdifferenzen nehmen Strömungssystemen ihren Antrieb. Langzeitstabile Wetterlagen, die sowohl extreme Dürre als auch extreme Niederschläge bringen können, sind die Folge.

In Sachsen werden seit Jahren umfangreiche Klimadaten erhoben. Es existieren weit entwickelte Prognosen, wie sich bereits in diesem Jahrhundert das Klima hier bei uns deutlich verschiebt. Es gibt in Sachsen kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit.

### **Wir wollen endlich handeln:**

Für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: aus dem Wissen um die potenziell katastrophalen Folgen und aus dem Wissen um die Ursachen erwächst unmittelbar Verantwortung zum Handeln. Dieses Handeln hat auf heute und auf morgen zu zielen.

Verantwortung für das Hier und Heute verlangt, die heutige Gesellschaft in all ihren Bereichen auf die Veränderungen bestmöglich vorzubereiten und sie vor deren katastrophalen Folgen so gut wie möglich und so gerecht wie möglich zu schützen. Gerechtes Handeln heißt in diesem Zusammenhang, dafür Sorge zu tragen, dass die größten Verursacher dieser Gefahren auch den größten Beitrag zu ihrer Eindämmung leisten.

Verantwortung für das Schicksal der nächsten Generationen verlangt von uns, alles in unserer Kraft stehende zu tun, die Ursachen dieser Bedrohung zu beseitigen. Hier gilt es heute für morgen zu handeln, und das sofort. Wo gefährliche Kippunkte für selbstverstärkende Beschleunigung der Katastrophe liegen, ist nur ungenau bekannt. Klar ist aber, dass deren Überschreiten um jeden Preis vermieden werden muss. Deshalb gibt es keine sichere Treibhausgasemission, die bis zu einer gewissen Schwelle unbedenklich wäre. Jede vermeidbare Tonne ist eine Tonne zu viel.

Wir stehen nicht nur an Kippunkten des Klimasystems. Wir haben damit auch die Zivilisation und die Ökosysteme unseres Planeten an Kippunkte gebracht. Nie vor uns hatte eine Generation eine so entscheidende und so unaufschiebbare Verantwortung gegenüber allen, die nach uns kommen.

Es gibt keinerlei wissenschaftlichen Zweifel mehr, dass die menschengemachte Klimaerhitzung Extremwetterereignisse von Jahr zu Jahr wahrscheinlicher und vor allem gefährlicher macht.

Es gibt keinerlei wissenschaftlichen Zweifel, dass sofort gehandelt werden muss, um diese Entwicklung wenigstens zu bremsen und den Generationen nach uns wenigstens eine realistische Chance für ein Leben in einer stabilen Welt zu lassen.

Wir haben deshalb in diesem Antrag zusammengefasst, welche Einzelmaßnahmen wir in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft voranbringen werden, wo immer wir dazu Wege finden, Möglichkeiten haben und uns politische Gestaltungskraft erkämpfen. So schnell wie möglich und so konsequent wie möglich.

## **V9** Sperrstunde aufheben – sächsisches Gaststättengesetz novellieren

Antragsteller\*in: Jürgen Kasek (KV Leipzig), Jan Winterhalter (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für eine Novellierung des
- 2 sächsischen Gaststättengesetzes ein mit der Zielsetzung der Änderung von § 9 des
- 3 sächsischen Gaststättengesetzes dahingehend, dass generell keine Sperrstunde
- 4 mehr vorhanden ist und die Gemeinden beim Vorliegen von besonderen öffentlichen
- 5 Bedürfnissen oder Verhältnissen im Rahmen eigener Zuständigkeit durch
- 6 Rechtsverordnung eine Sperrstunde einrichten können.

### **Begründung**

Die Sperrstunde ist in § 9 des sächsischen Gaststättengesetzes geregelt, in dergestalt das gastronomische Einrichtungen und Vergnügungsstätten zwischen 5-6 Uhr geschlossen haben müssen.

Ursprünglich sollte damit die Nachtruhe gesichert werden, inzwischen handelt es sich um eine sogenannte Putzstunde. Die Sperrstundenregelung ist nicht dafür da Lärmbeschwerden zu regulieren. Diese werden ggf. über das Bundesimmissionschutzgesetz in Verbindung mit der TA Lärm und dem OWIG sanktioniert, so dass ein Rückgriff auf § 9 SächsGastG nicht nur systemwidrig sondern willkürlich und unsinnig ist.

Die Sperrstunde ist eine veraltete Regelung, die nicht mehr den Gegebenheiten städtischer Kultur, insbesondere dem Nachtleben und zeitgemäßen Lebensentwürfen entspricht. Deswegen haben eine Reihe von Bundesländern gar keine Sperrstunde mehr, die dadurch besonders attraktiv für Subkultur, Kreative und Kulturschaffende sind.

Die konsequente Durchsetzung der Sperrstunde würde vielen Kulturstätten insbesondere in den urbanen Ballungsgebieten in Sachsen die Existenzgrundlage nehmen, was nicht nur die Gefährdung von Arbeitsplätzen sondern vielmehr ein unwiederbringlicher kultureller Verlust für die für die Städte und ihr Lebensgefühl bedeuten würde.

Nach der in der Wissenschaft und Lehre vertretenen „Situational Crime Prevention Theory“, sinkt zudem die Kriminalität wenn weniger Situationen vorhanden sind, die diese begünstigen. Sperrzeiten können solche kriminalitätsbegünstigenden Verhältnisse erzeugen, indem sie dafür sorgen, dass eine große Anzahl alkoholierter Personen im Ausgehviertel gleichzeitig aus verschiedenen Bars auf die Straße strömt und es zu »Overcrowding«-Situationen (Überfüllung) kommt, die Konfliktpotential erzeugen. Verglichen mit einem stetigen Abfluss der Clubgäste ohne Sperrzeit, entstehen in Städten mit konzentrierten Ausgehvierteln durch Sperrzeiten zusätzlich Situationen für unerwünschte soziale Phänomene wie Ruhestörung oder Körperverletzung.